

(A) **Beginn: 10.05 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 60. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode und heiße Sie herzlich willkommen, insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die heutige Sitzung haben sich 23 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich Ihnen eine **Änderung des Beratungsverfahrens** unserer Plenarsitzung am Freitag bekannt, die von den drei Fraktionen einvernehmlich vereinbart wurde. Bei **Tagesordnungspunkt 5** - Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/2134, Stichwort: Für ein selbständiges Kettwig! - wurde vereinbart, den Antrag ohne Debatte an den Ausschuß für Kommunalpolitik zu überweisen und die Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlußempfehlung des Ausschusses durchzuführen. Dieses Verfahren ist in § 88 Abs. 2 b unserer Geschäftsordnung geregelt. Ich bitte Sie, diese **Änderung des Beratungsverfahrens** zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir bei unserer Tagesordnung. Wir treten in die Beratung ein. Ich rufe auf:

- 1 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2100

**Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/2130**

(C)

zweite Lesung

Außerdem haben Sie die **Drucksachen 12/2187 bis 12/2190** erhalten. Es handelt sich um vier **Änderungsanträge** der Fraktion der CDU, die wir in die Beratung einbeziehen.

Ich **eröffne die Beratung**. Vorgeschlagen wurde, daß wir mit der Runde "Bildung" beginnen. Ist das so einvernehmlich in den Fraktionen? - Dann gibt es zu dieser ersten Runde zunächst die Wortmeldung des Kollegen Reul für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

(Herbert Reul [CDU] begibt sich zum Rednerpult. - Birgit Fischer [SPD] spricht mit dem Präsidenten.)

- Herr Kollege Reul, ich höre gerade, daß es eine solche Verabredung nicht gibt. Frau Fischer möchte zur Geschäftsordnung reden. Ich darf Sie noch einen Augenblick um Geduld bitten.

Birgit Fischer (SPD): Das ist keine großartige Rede zur Geschäftsordnung, sondern eine kurze Darstellung.

(D)

Wir haben vereinbart, daß es drei verschiedene Reden gibt, in denen die Fraktionen ihre Schwerpunkte setzen. Wir haben uns aber nicht auf Themen verständigt. Jede Fraktion setzt den Schwerpunkt, den sie für richtig hält. Darüber hinaus gibt es keine Vereinbarung.

Präsident Ulrich Schmidt: Die Vereinbarung ist also: drei Diskussionsrunden. Gibt es dazu Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

a) Allgemeine Debatte

Wir haben drei Diskussionsrunden. In der ersten Runde spricht der Abgeordnete Reul für die Fraktion der CDU.

Herbert Reul (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser zentralen Klärung möch-

(Reul [CDU])

- (A) te ich mich dem Haushalt zuwenden. Wir haben ja schon in den letzten Wochen an verschiedenen Stellen miteinander diskutiert.

Ich möchte zu Beginn an die Beratungen zum Haushalt 1997 Ende letzten Jahres erinnern.

(Friedrich Schepsmeier [SPD]: An denen Sie nicht teilgenommen haben!)

Ich habe damals - auch in der zweiten Lesung - für unsere Fraktion hier ausgeführt, daß die Rechnungen, die Herr Finanzminister Schleußer vorträgt, ein klein wenig neben der Wirklichkeit liegen.

(Minister Heinz Schleußer: Sie haben was vom Bäcker erzählt!)

- Sie haben das mit dem Bäcker noch richtig in Erinnerung. Toll, Herr Schleußer, daß Sie sich das alles merken!

Wir haben damals vorgetragen, daß Sie sich ein klein wenig verrechnet haben. Wir haben gesagt, Sie haben Steuereinnahmen zu hoch angesetzt. Von 1 Milliarde DM war die Rede. Wir haben Ihnen prophezeit, daß Sie mit absoluter Sicherheit in dieses Hohe Haus wieder zurückkommen und uns mit einem Nachtragshaushalt, mit Korrekturen oder Sperrvermerken erneut beglücken würden, wie das ja immer der Fall ist. Und wir haben recht gehabt:

- (B)

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Herr Hellseher!)

Sechs Monate später haben Sie einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Unsere Befürchtungen sind eingetreten: Der Haushalt 1997 war das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Das Loch ist jetzt allerdings wesentlich größer, als wir es damals vorausgesehen haben.

(Reinhold Trinius [SPD]: Und wo bleibt Ihr Antrag, 300 Millionen mehr auszugeben?)

- Davon rede ich doch gar nicht.

(Reinhold Trinius [SPD]: Den gab es im Haushaltsausschuß!)

Also: sechs Monate später Nachtragshaushalt, sechs Monate später ist das Haushaltsloch noch viel größer - mit dem kleinen Unterschied, daß wir jetzt nicht mehr die Chance haben, wirklich gründlich über die Fragen zu reden, sondern daß im Eiltempo gehandelt werden muß.

Herr Finanzminister Schleußer, das zusammenfassend würde ich Ihnen den Rat geben: Ihre Prophe-

zeiungen liegen daneben. Sie haben Ihren Beruf verfehlt. Sie sollten in Zukunft besser als falscher Prophet durch die Welt laufen.

(C)

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Vielleicht holen Sie Herrn Theo Waigel hierher!)

Sie haben das, genau wie jetzt wieder, aus einem simplen Grund nicht getan, nämlich weil Sie sich in Ihrer rot-grünen Koalition über konkrete Maßnahmen nicht verständigen können. Wo konkret gespart werden muß, dazu können Sie nichts sagen, weil Sie keine Entscheidung hinkriegen. Deshalb auch jetzt wieder - Kollege Diegel hat das hier schon vorgetragen - die Flucht in die globalen Minderausgaben. 433 Millionen DM waren es schon. Jetzt kommen 500 Millionen DM dazu. Das sind fast 1 Milliarde DM globale Minderausgaben - nach dem Motto: Es muß gespart werden, aber wir wissen noch nicht genau, wo; irgendwo und nirgendwo.

(Minister Heinz Schleußer: So ein Quatsch!)

Das ist unkonkret und unsolid. Herr Finanzminister, eine solche Haushaltsplanung kann man nicht vorlegen. So kann man auch nicht vernünftig arbeiten.

(Bodo Champignon [SPD]: Der Waigel würde frohlocken, wenn er solche Voraussetzungen hätte!)

(D)

Sie treffen keine exakten Festlegungen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Aktion "bequemer Weg", nicht die Aktion "ehrlicher und steiniger Weg". Sie sind nicht bereit zu sagen, wo konkret Sparmaßnahmen umgesetzt werden, denn Sie haben nicht die Kraft, sie auch politisch durchzusetzen.

Es gibt einen zweiten Beleg dafür, daß Sie nicht die politische Kraft haben: Sie bekommen den Konsens in Ihrem Verein nicht hin, wie umzusteuern ist. Davon wird zwar ständig geredet. Herr Clement sagt immer am lautesten, es müsse umgesteuert, es müßten Prioritäten gesetzt werden. Aber wo konkret, wird nicht gesagt. Ich will das an ein paar Beispielen verdeutlichen, damit man sieht, was das am Ende für die politische Handlungsfähigkeit in diesem Land bedeutet.

Wir haben versucht, in den Fachausschüssen konkretere Details zu bekommen. In dem einen Ausschuß hat das geklappt, da war der Minister oder die Ministerin offen. In anderen Fachausschüssen ist überhaupt nichts gesagt worden, da war blin-

(Reul [CDU])

- (A) de Verweigerung an der Tagesordnung. Das ist im übrigen eine sehr unfaire Arbeitsweise. Eine Opposition kann nicht fach- und sachkundig über den Haushalt beraten, wenn die Regierung sich weigert, auf Fragen nach Details Informationen zu geben. Das einmal als Klammeranmerkung!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben keine Kraft zum Umsteuern. Ich will ein Beispiel nennen, wie Sie bei diesem Nachtrags-haushalt mit wirklich wichtigen Fragen umgehen:

Lehrstellenoffensive! Jeder weiß, daß das ein drängendes Problem ist und wir uns darum kümmern müssen, daß alle jungen Leute gerade jetzt im Herbst eine Lehrstelle bekommen. Der Wirtschaftsminister redet ja von morgens bis abends über die Frage - vielleicht heute auch schon wieder, weil er im Moment noch nicht da ist - auf irgendwelchen öffentlichen Veranstaltungen. Was macht diese Landesregierung? Die Landesregierung setzt 1 Million DM ein für eine Informationskampagne "Ausbildungskonsens". Auf gut deutsch: 1 Million DM wird eingesetzt, damit Herr Clement im Sommer mit dem Bus durch die Gegend fahren und eine Riesen-PR-Aktion machen kann, um sich als Kronprinz zu präsentieren, der da einmal Ministerpräsident werden soll. Das ist doch kein Beitrag zur Lösung des Problems! Das ist reine, billige PR-Aktion,

(B) (Beifall bei der CDU)

aber keine Hilfe für die 48 000 Jugendlichen, die Ende Mai einen Ausbildungsplatz gesucht haben. Das ist alles andere als ein richtiger Beitrag. Dort, wo es sich wirklich lohnte, etwas zu tun, wo man tatsächlich Wirkung erzielen könnte, kommen Sie aber nicht aus dem Quark.

Sie wissen alle, daß die Frage "Ausbildung" nicht nur bedeutet, daß es sich für die jungen Leute, die einen Ausbildungsplatz bekommen, lohnen muß, sondern es muß sich auch lohnen - sonst bekommen Sie keine Plätze - für diejenigen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen sollen, also schlicht und einfach: für Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund ist der Ansatz im Ausbildungskonsens, z. B. zweiter Berufsschultag, sehr praktisch und sehr konkret. Da kann man etwas tun.

Aber wie läuft das in Nordrhein-Westfalen? In Nordrhein-Westfalen läuft das nach dem Motto: Ausbildungskonsens - wir wollen da etwas tun. Und es gibt hoch und heilig Schwüre dazu und jeden Tag eine Veranstaltung, bei der Herr Cle-

ment fordert, das zu machen. Doch während Herr Clement zu den IHK-Veranstaltungen saust, hintertreibt Frau Behler das ganze Spiel und tut genau das Gegenteil.

(C) (Beifall bei der CDU)

Ministerin Behler gefährdet hinsichtlich der Verbesserung der Lehrstellensituation in diesem Lande mehr, als Sie sich vorstellen können, weil sie seit Wochen und Monaten nichts anderes macht, als die Abschaffung des zweiten Berufsschultages zu hintertreiben.

(Beifall bei der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Es ist eine ganz praktische Frage, ob bis zu 30 Tagen zugunsten des Unternehmer eingespart werden können und damit mehr Zeit für den Betrieb organisiert werden kann. Das Beispiel Niedersachsen hat gezeigt, daß das sehr wohl Erfolge bringt. Beim letzten Mal gab es dort 1,1 % mehr Ausbildungsplätze, während wir in Nordrhein-Westfalen 2,5 % weniger hatten. Das ist doch die praktische Frage. Es geht ja nicht mehr um irgendwelche Grundsätze, sondern darum, jungen Leuten konkret zu helfen. Herr Clement sagt: Wir machen das. Wir kümmern uns darum. Wir sind bereit, den Unternehmern ein Stück entgegenzukommen.

(D) Doch was nützen alle Theorien, wie geholfen werden kann, wenn Frau Behler auch noch die möglichen Konsense, die organisiert worden sind, zerschlägt. Da haben sich Länder- und Bundesminister verständigt, und Frau Behler tut nichts anderes, als sofort wieder dafür zu sorgen, daß das zerschlagen wird, daß es nicht funktioniert. Frau Behler, um es einmal auf den Punkt zu bringen: Sie sind das eigentliche Lehrstellenhemmnis in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der CDU)

Und wenn wir im Herbst dieses Jahres ein großes Defizit haben werden, tragen Sie dafür ein hohes Maß an Verantwortung, weil Sie sich in den letzten Tagen und Wochen so verhalten haben.

Ich bin einmal gespannt, wie Herr Rau sich in dieser Frage verhält. Am 3. Juli - das ist nicht mehr lange hin - gibt es ja die berühmte Konferenz der Ministerpräsidenten. Dort kann der Regierungschef zeigen, was er nun will: ob er sich für die Vereinbarung, die die Bundesländer mit dem Bildungsminister geschlossen haben, einsetzt - im übrigen: Vogel und Schröder waren die Verhandlungsführer - oder ob er dem zustimmt, was Frau

(Reul [CDU])

- (A) Ministerin Behler organisiert hat. Man kann es auch ganz klar und deutlich sagen: Der Herr Rau muß sich schicht und einfach entscheiden, ob er der Frau Behler oder dem Herrn Clement in dieser Frage folgt.

Ich kann nur hoffen, daß sich der Herr Rau überhaupt einmal entscheidet; das ist ja die erste Schwierigkeit. Aber die zweite ist, ob er sich - das hoffe ich - richtig entscheidet, und zwar im Sinne des Vorschlages von Herrn Clement, den zweiten Berufsschultag abzuschaffen und die Frau Behler in ihrem Bemühen endlich einmal zu stoppen. Es wäre zwar etwas Neues, wenn er nach 20 Jahren als Landesvorsitzender auch einmal eine Entscheidung in einer unangenehmen Frage träfe,

(Beifall bei der CDU)

aber es wäre um der Sache Willen sehr wichtig, daß er eine solche Entscheidung träfe.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Reul, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Degen zulassen?

- (B) **Herbert Reul (CDU):** Nein, ich habe zu wenig Zeit; ich muß sie jetzt nutzen.

(Bodo Champignon [SPD]: Hat er keine Zeit?)

Also - alles hin und her! Herr Clement, ich sage es Ihnen deshalb, weil ich finde, daß hier eine Chance besteht, wenn Sie Frau Behler in der Angelegenheit einmal einen Brief schreiben. Herr Westermann würde da sicherlich gern die Briefträgerfunktion wahrnehmen, damit es auch in die Öffentlichkeit kommt - da haben Sie ja einschlägige Erfahrungen -; das fände ich sehr hilfreich.

Das, was an Auseinandersetzungen im Moment in der SPD stattfindet, wird auch an diesem praktischen Beispiel wieder deutlich. Dort gibt es zwei unterschiedliche Sichtweisen, wie man in Nordrhein-Westfalen Politik für die Menschen machen soll: einmal aus der Sicht von Herrn Clement und zum anderen aus der Sicht von Frau Behler und Herrn Horstmann. Das macht sich ganz konkret an dem Beispiel fest: 1 Million DM mehr für PR-Kampagne Ausbildungsplätze - keine praktische Hilfe in der Frage des zweiten Berufsschul-

tags. Das ist die Quintessenz des ganzen Unternehmens. (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie waren schon einmal besser!)

Und im eigenen Bereich - da brauchen Sie gar nicht zu brüllen, Herr Matthiesen - sieht es ja auch nicht so super aus: Bei der Altenpflege sind es demnächst 4 000 Ausbildungsplätze weniger. Sie haben im letzten Jahr mit 1 575 Ausbildungsplätzen insgesamt weniger abgeschlossen. Also, wer von anderen etwas einfordert, muß erst einmal bei sich selber für Ordnung sorgen und Beiträge dazu leisten, daß vom Land Nordrhein-Westfalen Ausbildungsplätze ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Ausbildungskonsens und Riesen-PR-Kampagne ist das eine - entscheidend ist, was hinten rauskommt.

(Lachen bei der SPD)

Ich will ein zweites Beispiel nennen, an dem man auch schön deutlich machen kann, welches letztendlich die Auswirkungen dieses Nachtragshaushaltes sind. Wir hören von dem einen Teil der SPD, nämlich dem Kronprinzen Herrn Clement, jeden Abend auf irgendeiner IHK- oder Handwerker-Tagung, wie wichtig die Standortdebatte ist, und man müsse da neu nachdenken, auch Bestehendes in Frage stellen, umsteuern. Man müßte auch einen Wechsel in der Umweltpolitik organisieren. Zwingend wären ein Schub für Innovation und ein Schub für Selbständigkeit. Wir brauchen leistungsbereite Menschen in der Republik. -Da hat er recht!

Nur: Herr Clement, wo bleibt denn eigentlich der Beitrag dieser Landesregierung? Dafür sind Sie nämlich ganz allein zuständig. Kein anderer mischt sich ein in der Frage, daß Sie Voraussetzungen dafür schaffen, daß Leistungsbereitschaft, Innovation, Selbständigkeit stattfinden, in der Frage, was Sie eigentlich in der Schule an Voraussetzungen leisten. (D)

Wer ein solches Innovationskonzept will, wer leistungsbereite Menschen will, wer mehr Selbständige will, muß doch dafür sorgen, daß in der Schule Qualität und Leistung gesichert werden, er darf nicht zulassen, daß wir eine noten- und qualitätsfreie Schule in Nordrhein-Westfalen bekommen, und muß dort eingreifen.

(Beifall bei der CDU)

(Reul [CDU])

- (A) Und dann sind wir wieder an derselben Stelle. Herr Clement, wenn Sie über die Wissensgesellschaft reden - jeden Abend -, dann müssen Sie dafür sorgen, daß Ihre Kollegin Behler auch zuläßt, daß in der Schule eine solche Wissensgesellschaft eine Chance hat, daß da Zukunft ermöglicht wird.

Die Bildungspolitik, die hier organisiert wird, läuft nach dem Motto: Phantasialand zwischen den Ferien, aber nicht nach dem Motto: Leistungsschule. Da müssen Sie doch eingreifen.

(Minister Heinz Schleußer: Das ist ja nur dummes Zeug!)

- Nein, das ist kein dummes Zeug, Herr Schleußer. Vielleicht ist es mit der Schule bei Ihnen zu lange her. Deswegen wissen Sie es möglicherweise nicht mehr so genau.

Wenn Sie sich einmal ganz praktisch und einfach ein paar Fakten anschauen, halten Sie es dann für einen Beitrag für mehr Leistungsfähigkeit in der Schule, für mehr Leistungsstärke und Qualität, wenn Sie die Noten in den Grundschulen abschaffen? Halten Sie das für einen guten Beitrag?

- (B) Oder glauben Sie nicht, daß junge Menschen und auch Kinder die Erfahrung machen müssen, daß man Leistung erbringen und sich auch messen muß? Glauben Sie nicht, daß das notwendig ist? Das, was Frau Behler im Moment veranstaltet, indem sie Noten abschafft, indem sie Fachunterricht abschafft, indem sie den Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen zum Zufallsprinzip erklärt und nicht mehr nach Qualitätsstandards organisiert - das ist eine Politik, die mit Sicherheit nicht die Voraussetzungen schafft für das, was Herr Clement jeden Abend einfordert: Leistungsbereitschaft, Innovation, Zukunftsgesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

In der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen wird Spaßmachen zum obersten Prinzip erklärt. Ich sage Ihnen voraus - Herr Schleußer, Herr Clement -, daß diese Light-and-easy-Welle auf Dauer nicht funktionieren wird. Das ist keine Schule, die Verantwortung organisiert. Schule und Bildung sind kein Konsumgut, zum leichten Verzehr bestimmt. Sie bedeuten Anstrengung. Es muß auch in der Organisation der Schule deutlich werden, daß Anstrengungen verlangt werden.

Ich habe den Eindruck, Sie haben überhaupt kein Empfinden dafür, daß in der Schule ein Gefühl wie beim Bergsteigen entsteht, daß man nämlich

- (C) einen Erfolg erreicht und, wenn man die Schwierigkeit bewältigt hat, Befriedigung darüber verspürt. Das ist das Normale. Ein Schüler muß vor dem, was in der Schule von ihm verlangt wird, Achtung empfinden, denn sonst nimmt er das Lernen überhaupt nicht mehr wahr. Schule ist doch mehr als nur ein Zeitvertreib,

(Reinhold Trinius [SPD]: Das hier ist auch einer!)

zu dem man hingeht und Kinder eine bestimmte Zeit aufbewahrt. Das kann doch nicht wahr sein.

Frau Behler versucht - ich wiederhole das - , aus Schule so etwas wie eine Schlaraffenland-Veranstaltung zu machen - nach dem Motto: Hauptsache gemütlich; was herauskommt, ist egal. Nehmen Sie das denn nicht zur Kenntnis, Herr Schleußer? Sie haben jetzt Schwierigkeiten, weil Sie mit Frau Behler in der letzten Zeit etwas intensiver zusammenarbeiten.

(Lachen bei der CDU)

Man weiß ja da nie so genau, wer mit wem, wann, wo, was an politischen Konstellationen organisiert. Aber Herr Clement müßte sich an der Stelle wenigstens aufregen. Der müßte doch eigentlich sagen: Es kann doch nicht wahr sein, daß ich jeden Abend erzähle, ihr müßt euch mehr einsetzen, wir brauchen mehr Leistung, mehr Selbständige, und Frau Behler organisiert eine Schule, in der die jungen Leute nach dem Motto "Schlaraffenland ist überall" in eine Welt hereingeführt werden. Glauben Sie denn, daß das funktioniert?

(Minister Wolfgang Clement: Unglaublich!)

- Daß Sie an dieser Stelle nicht mehr sagen können, ist mir ja klar. Nur in der Auseinandersetzung der letzten Wochen, die wir gemeinsam in der Öffentlichkeit erleben konnten, zwischen Ihnen, Frau Behler, Herrn Horstmann und wer da sonst noch mitgewirkt hat - man weiß es ja nicht so genau -, spielt ja nicht nur die Frage eine Rolle, wer der Kronprinz ist und nachher die Krone übernehmen darf,

(Bodo Champignon [SPD]: Wie lange wollen wir uns das noch antun?)

sondern es spielt auch eine Rolle, welcher Inhalt denn auf dem Spiel steht und um was es hier wirklich geht, nämlich um den Kurs. Das haben Sie in aller Klarheit immer betont. Insofern nehme ich Sie beim Wort und sage: Dann verhindern Sie doch, daß die Noten in den Grundschulen abge-

(Reul [CDU])

- (A) schafft werden! Dann sorgen Sie doch dafür, daß so ein Unsinn wie autonome Schule, Schule der Beliebigkeit nicht stattfindet! Sorgen Sie doch dafür, daß in der Schule Leistungen, Fachlichkeit und Wissensvermittlung ihren Stellenwert bekommen und nicht so nebenbei stattfinden, sondern notwendig sind! Lassen Sie nicht zu, daß in jeder Schule nach dem Motto "Autonomie" jeder machen kann, was er will!

Bei den GRÜNEN überrascht es mich nur sehr begrenzt, daß die von Schule die Vorstellung haben, wir treffen uns morgens zur Konferenz - Lehrer, Schüler, Eltern - und überlegen, was wir heute mal machen. Aber zumindest Sie müßten doch von Ihrer Ableitung die Konsequenz ziehen und sagen: Das kann eben nicht beliebig sein, was in der Schule passiert, sondern wir brauchen eine klare Festlegung von Inhalten, wir brauchen einen Leistungsstandard, wir brauchen Qualitätskontrollen.

(Zuruf von der SPD: Zack, zack! - Bodo Champignon [SPD]: Aber ein bißchen plötzlich!)

- (B) Wenn Sie ein solche Bildungspolitik wollen, dürften Sie nicht zulassen - da bin ich wieder beim Haushalt -, daß bei der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung 4 oder 4,5 Millionen DM gekürzt werden. Das ist total verrückt. Da wird an der falschen Stelle gespart und überhaupt der falsche Akzent gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, daß wir die Qualität verbessern müßten. Sie müßten zumindest zur Kenntnis nehmen - auch wenn Sie das politisch anders bewerten -, daß die internationale TIM-Studie zu dem Ergebnis kommt, daß die nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften anderthalb Jahre hinter den Schülerinnen und Schülern gleichen Alters aus Bayern zurückhängen. Ich habe keine Lust dazu, daß meine Töchter anderthalb Jahre länger brauchen, nur weil Sie hier so eine Spiel-Veranstaltung organisieren wollen,

(Beifall bei der CDU)

nur weil Sie nicht bereit sind, hier klare Konsequenzen zu ziehen oder sich nicht einigen können, weil es in der SPD einen Riesenkrach gibt und man eben nicht zu Pötte kommt.

Wir werden auch nicht zulassen, daß Frau Behler mit den merkwürdigsten Aktionen versucht, von diesem Vorgang abzulenken. Noten werden abge-

schafft, die Schülerinnen und Schüler sollen demnächst - damit die Lehrer weniger Aufwand haben - weniger Arbeiten schreiben, und als Antwort gibt Frau Behler für Qualitätskontrolle: Es soll in Zukunft Musteraufgaben geben, und die Lehrer der Parallelklassen sollen gegenseitig ihre Klausuren korrigieren. Das ist abenteuerlich, was da passiert!

(Beifall bei der CDU)

Wer es ernst meint mit sozialer Leistungsschule, mit sozialer Marktwirtschaft, mit Leistungsgesellschaft, der darf nicht zulassen, daß Schule so verhunzt wird, wie das im Moment von der nordrhein-westfälischen rot-grünen Politik geschieht. Da ist dringend Handeln geboten. Da sind die Akzente richtig zu setzen. Der Haushalt, der jetzt vorliegt, setzt die Akzente an der falschen Stelle, weicht solchen Problemlösungen aus. Nordrhein-Westfalen, Herr Clement, braucht auch in der Bildungspolitik, daß Sie sich darum kümmern und nicht Frau Behler marschieren lassen.

(Bodo Champignon [SPD]: Ich komme zum Schluß!)

Kümmern Sie sich wirklich darum, was da für ein Unsinn angerichtet wird. Klären Sie einmal SPD-intern, was eigentlich Ihre Zukunftsgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist. Wollen Sie die Leistungsträger stärken? Wollen Sie junge Menschen stärken, in Fachlichkeit und Wissen auf die Zukunft vorbereiten?

(Unruhe - Glocke)

Oder wollen Sie so etwas zulassen, wie Frau Behler sich das vorstellt, nach dem Motto: Hauptsache gemütlich in der Schule?

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Ich sage Ihnen: Sie werden den Kindern einen Bärendienst erweisen, wenn Sie zulassen, daß die GRÜNEN über Frau Behler die Bildungspolitik bestimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Reul. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Walsken.

(Reinhold Trinius [SPD]: Der spricht jetzt aber zum Nachtrag! - Bodo Champignon [SPD]: Es geht heute auch um den Haushalt!)

(C)

(D)

- (A) **Ernst-Martin Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht so sicher, was für eine Rede ich eben gehört habe, ob das eine Rede zur Bildungspolitik war oder eine Rede nach dem Motto: Was ich schon immer einmal sagen wollte, heute sage ich es mal, oder ob das der Versuch des Generalsekretärs der CDU war, von den eigenen politischen Mängeln innerhalb der CDU abzulenken.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Ich habe das letztere als Eindruck verspürt.

Sie sprechen hier von falschen Akzenten im Haushalt. Sie sprechen davon, daß Sie andere Akzente setzen wollen. Sie sprechen davon, daß die globale Minderausgabe falsch ist. Dann schaue ich mir Ihre Anträge an, die Sie zum Haushalt gestellt haben und stelle fest, daß sich kein Antrag in die Richtung bewegt, in der Sie politisch hier zu argumentieren versucht haben. Davon ist nichts da. Das heißt, Ihre Rede steht in eklatantem Widerspruch zu Ihrem politischen Handeln.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Falsch!)

- (B) Das ist Ihr Problem seit Jahren in diesem Haus. Den Eindruck habe ich überhaupt. Wenn ich mir Ihre Rede zur Bildungspolitik, die eigentlich keine Rede war, sondern mehr Stammtischcharakter hatte,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

genau ansehe, habe ich das Gefühl, Herr Kollege Reul, daß Sie sich immer mehr von der Wirklichkeit in diesem Lande und vor allen Dingen von der Wirklichkeit in diesem Haus entfernen.

Als einen Punkt will ich nur die Diskussion zum zweiten Berufsschultag herausnehmen, über den wir im Laufe der anstehenden Plenartage ja noch debattieren werden: Sie scheinen offenbar nicht zu wissen, daß sich in Nordrhein-Westfalen aufgrund des Ausbildungskonsenses in allen 16 IHK-Bezirken dieses Landes durch Gespräche Lösungen ergeben, die - individuell auf die jeweilige berufliche Situation der Berufsschüler abgestellt - dazu kommen, über den zweiten Berufsschultag hinaus zu neuen, praktikablen Lösungen zu finden. Sehen Sie, so sieht die Wirklichkeit aus. Aber statt dessen klammern Sie sich noch an alten Ideologien und Überschriften fest, die mit den Tatsachen und Entwicklungen in diesem Lande nichts mehr zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Sie befinden sich in dem Dilemma, daß Sie sich immer weiter von der Wirklichkeit entfernen und nur noch in Überschriften, aber nicht mehr anhand von Fakten argumentieren. Ich will es mir deshalb auch erlauben, auf Ihre Bemerkungen zur Schulpolitik relativ wenig einzugehen. Wir haben während der nächsten Tage noch Gelegenheit, darüber nachzudenken und zu diskutieren.

Sie haben mit einer Kritik an der Fehleinschätzung des Finanzministers angefangen, soweit die Einnahmesituation des Landes betroffen ist. Interessant ist schon, daß Sie von "Haushaltsberatungen" sprechen, haben Sie selbst doch letztes Jahr von September bis Dezember die Beratung des Landeshaushalts verweigert. An diesen Beratungen hatten Sie sich ja nicht beteiligt.

(Beifall bei der SPD und des Daniel Kreutz [GRÜNE])

Heute reden Sie von den Beratungen, die damals stattgefunden haben, obwohl Sie daran gar nicht teilgenommen haben.

(Bodo Champignon [SPD]: So ist es!)

- (D) Sie stellen nach wie vor die Behauptung auf, daß sich der Finanzminister um 1 Milliarde DM verschätzt hat. Sie sind Opfer Ihrer eigenen Propaganda und nehmen auch hier die Realität nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Realität war: Im September 1996 hatte der Finanzminister den Haushaltsplanentwurf für 1997 eingebracht. Im September haben Sie behauptet, die Steuereinnahmen im Haushalt seien um 1 Milliarde DM zu hoch angesetzt worden und müßten aus diesem Grunde heruntergefahren werden. Die Steuerschätzung, die wir im November 1996 gehabt haben, ergab, daß der Finanzminister genau richtig geschätzt hatte,

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist glatt gelogen. Sie wissen es doch besser. Das stimmt doch nicht, was Sie erzählen!)

daß sich bei bestimmten Steuerarten Unterschiede ergeben hatten. Es ist damals eindeutig festgestellt worden, daß in der Summe der Steuereinnahmen zwischen dem, was wir im Haushalt stehen hatten, und dem, was die Steuerschätzung ergeben hatte, keine Differenz bestanden. So sieht die Tatsache aus. Und diese Tatsache neh-

(Walsken [SPD])

- (A) men Sie selbst heute noch nicht zur Kenntnis, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Offenbar haben Sie auch nicht gemerkt, daß Sie im November - als die neue Steuerschätzung kam - Ihre eigene Argumentationslinie gewechselt haben. Seinerzeit haben Sie gar nicht mehr davon gesprochen, daß sich der Finanzminister verschätzt habe, sondern gesagt, Sie benötigten deshalb eine Ergänzung zum Haushalt, weil sich in einzelnen Steuersektoren unterschiedliche Entwicklungen ergeben hätten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt doch alles nicht!)

Heute erinnern Sie sich noch nicht einmal mehr an die zweite Argumentationslinie, die Sie gefahren haben, nachdem die erste Argumentationslinie wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

Mein Fazit: Sie sollten zunächst einmal die Geschichte Ihrer eigenen Politik ein bißchen kritischer reflektieren, damit Sie wissen, wovon Sie überhaupt reden.

- (B) Es kam die Steuerschätzung im Mai dieses Jahres: Weil der Finanzminister wußte, daß diese Steuerschätzung das größte Debakel in der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte dieser Bundesregierung offenbaren würde, hat er rechtzeitig die Notbremse gezogen und seine Haushaltssperre verkündet. Das war wenige Tage vor der Steuerschätzung im Mai.

Es kam die Steuerschätzung, und siehe da: Die Haushaltssperre war tatsächlich notwendig und auch begründet. - Wenn ich mich recht erinnere, so kam als erstes vom CDU-Abgeordneten Rüsenberg die Frage: Warum ist die Regierung so unverschämt und kürzt in einigen Bereichen? - Soweit ich mich erinnere, ging es um die Jugendpolitik.

Betrachte ich das näher, so sind Ihre Aussagen, es müsse 1 Milliarde DM eingespart werden, und die Reaktionen der Landesregierung aufgrund der Steuerschätzung, daß man wegen der Haushaltssperre kürzen müsse, in Wahrheit nicht ernst zu nehmen. In Wirklichkeit wollen Sie nämlich gar nicht kürzen, sondern Sie wollen ein Spielchen treiben, das da heißt: Ihr sollt kürzen, aber wenn ihr kürzt, darf nicht an den Stellen, an denen ihr

kürzt, gekürzt werden. Das ist die Unglaublichkeit Ihrer Politik, die mit Solidität nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Uns in Nordrhein-Westfalen unterscheidet vom Bund, daß auf Bundesebene nach wie vor eine Haushaltssperre gilt. Dort bewegt sich politisch nichts mehr. Der Finanzminister in Bonn ist nicht in der Lage, einen Nachtragshaushalt auf die Beine zu bringen, weil alles das, was er an Potentialen zur Deckung der Minderausgaben hat, in der Luft zerrissen wird. So verweigert beispielsweise der Koalitionspartner Steuererhöhungen. Auch der Zugriff auf das "Fort Knox", die Bundesbank, ist ihm öffentlich unmöglich gemacht worden. In Bonn herrschen nach wie vor Unsicherheit, Ungewißheit, der Eindruck einer nicht handlungsfähigen Bundesregierung.

Deshalb ärgert Sie natürlich maßlos, daß wir in Nordrhein-Westfalen unmittelbar nach der Steuerschätzung einen Nachtragshaushalt auf die Beine gestellt haben, daß es die Landesregierung geschafft hat, die schwierigen Enden zusammenzubinden und 1,8 Milliarden DM an Ausgaben zu streichen, zu reduzieren und dem Parlament entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, so daß wir im Landtag jetzt in der Lage sind, die Handlungsfähigkeit der Regierung dadurch wiederherzustellen, daß wir noch vor der Sommerpause einen Nachtrag verabschieden. Das ärgert Sie gewaltig,

(Beifall bei der SPD)

weil das den großen Unterschied zu Bonn herstellt: Hier wird regiert, wird gearbeitet und gehandelt; in Bonn wird geredet, schwadroniert, es liegt alles auf dem Tisch, aber nichts wird entschieden. - Dieser Unterschied ärgert Sie.

(Beifall bei der SPD und des Ewald Groth [GRÜNE])

Statt dessen halten Sie sich an Marginalien auf: Natürlich haben wir eine sehr hohe globale Minderausgabe. Natürlich kann es sein, daß durch die globale Minderausgabe, die wir jetzt erhöht haben, Investitionen zurückgefahren werden müssen. Das kann durchaus sein. Sie wissen aber genau, daß dadurch die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts nicht tangiert wird.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Woher wissen Sie das denn?)

(C)

(D)

(Walsken [SPD])

- (A) - Herr Dr. Linssen, ich kann Ihnen genau sagen, woher ich das weiß: Die Verfassungsmäßigkeit hängt davon ab, ob bei der Einbringung des Haushalts die Investitionen und die Kreditaufnahme in Übereinstimmung zu bringen sind. Das wissen Sie so gut wie ich. Sie haben deswegen doch schon einmal eine Verfassungsklage verloren. Im Haushaltsvollzug kann es Differenzen geben. Es kann durchaus sein, daß bereits Investitionen verfügt sind, für die nachher eine Kreditaufnahme notwendig wird. Es kann aber auch sein, daß dadurch keine Möglichkeit mehr besteht, im konsumtiven Bereich zu sparen, und dafür noch eine zusätzliche Kreditaufnahme erforderlich ist. Das kann sich im Haushaltsvollzug ergeben. Es gibt kein Gericht der Welt, das Ihnen bestätigen würde, daß sich dadurch eine Verfassungswidrigkeit des Haushalts ergäbe. Im Gegenteil: Das ist ausdrücklich als verfassungskonform dargestellt worden. Daran halten wir fest.

Wir sind auch zuversichtlich, daß der Finanzminister seine Zusage, die er gegeben hat, daß nämlich durch die globalen Minderausgaben die Investitionen möglichst geschont werden sollen, einhält. Wir sind sicher, daß der Finanzminister seine Zusagen in diesem Punkt einhält, wie es im übrigen noch keine Zusage des Finanzministers gegeben hat, die er nicht eingehalten hätte.

(B)

(Lachen bei der CDU)

- Selbstverständlich! Nennen Sie doch einmal Beispiele! - Außer Lachen fällt Ihnen nichts ein. Ich sehe schon: Sie reduzieren sich darauf, durch Lachen kundzutun, daß Sie eigentlich keine Argumente haben. Das ist schade. Vielleicht sollten Sie an dieser Stelle einmal etwas nachholen.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Was die Verfassungswidrigkeit des Haushalts anbelangt, so haben Sie schlechte Karten. Der Haushalt, wie er jetzt vorgelegt worden ist, ist verfassungskonform. Das gilt auch für die Höhe der globalen Minderausgabe.

Ich wundere mich ja immer wieder: Als wir im Haushalts- und Finanzausschuß - da war es manchmal richtig spannend - daran erinnerten, daß die CDU im Haushaltsjahr 1994 die Einsetzung einer globalen Minderausgabe in Höhe von 1 Milliarde DM zusätzlich zur Finanzierung des Haushalts beantragt hat,

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

- fiel Ihren Kollegen nichts anderes ein, als zu sagen: Was haben wir damit zu tun, was vor vier Jahren passierte? (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Reul, was sagen Sie dazu! - Gegenrufe von der CDU)

Sehen Sie, daß ist die Glaubwürdigkeit, die Sie in Ihrer politischen Linie verkörpern, und ich bin froh, daß Sie in der Opposition die Chance haben, weiterhin dort zu agieren.

(Herbert Reul [CDU] greift zum Telefonhörer. - Klaus Matthiesen [SPD]: Da nützt auch das Telefonieren nichts mehr!)

Es gibt ein zweites Problem bei der globalen Minderausgabe: Dieses betrifft die Frage, ob die Höhe der globalen Minderausgabe mit dem vereinbar ist, was der Gesetzgeber im einzelnen bei bestimmten Titeln festgelegt hat. Da gibt es natürlich Differenzen, und es gibt Verfassungsgerichtsentscheidungen dazu, die festlegen, daß die globale Minderausgabe eine bestimmte Höhe der Gesamthaushaltsansätze nicht überschreiten darf. Das, was wir hier in diesem Nachtragshaushalt beschließen, bewegt sich weit unterhalb dieser Linie. Wir haben also auch an dieser Ecke überhaupt keine Bedenken, daß das, was wir tun, verfassungswidrig ist.

(D)

Es ärgert Sie natürlich, daß wir mit der globalen Minderausgabe die Handlungsfähigkeit für die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe vom Parlament auf die Regierung übertragen. Das ärgert Sie, weil Sie dann natürlich nicht mehr die Chance haben mitzubestimmen, wie das Geld eingespart bzw. an welcher Stelle es eingesammelt wird. Das ärgert Sie gewaltig, und das kann ich auch verstehen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das dürfen Sie doch auch nicht mitbestimmen! Sind Sie denn Regierungsmitglied!)

- Sehen Sie: Uns ärgert dies nicht, weil wir Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung setzen; das ist der Unterschied.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist wirklich unglaublich!)

Es gibt eine Alternative dazu, Herr Kollege Arentz, und diese hat Ihr Kollege Reul - wie immer auf einem Auge sehr blind - dargestellt: Er sagt, die Regierung bzw. die Mehrheit solle spezifische Einsparungsvorstellungen eröffnen. Wir sollen vielmehr sagen, wo anstelle der globalen Minderausgaben, die wir auflösen sollen, im einzelnen

(Walsken [SPD])

- (A) reduziert werden soll. Ich sage Ihnen: Den Weg, den wir gehen, haben wir hier aufgezeigt, aber wenn Sie der Meinung sind, daß die globalen Minderausgaben aufgelöst werden sollten, dann frage ich Sie: Wo sind denn Ihre Anträge,

(Lachen bei der CDU)

die globale Minderausgabe aufzulösen und konkret die Haushaltstitel zu benennen, die Sie reduzieren wollen?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr werdet doch eurer eigenen Anträge nicht gerecht!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Linssen: Ihnen fehlt der Mut dazu, konkret zu sagen, an welcher Stelle Sie sparen wollen. Dieser Mut fehlt Ihnen schon seit Jahren!

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht immer die Verantwortung der einen geißeln und den Mut von sich selber unter den Tisch kehren. Das ist das Problem, denn Sie sind ein furchtsamer Hase, der sich in Wahrheit nicht zu sagen traut, an welcher Stelle er kürzen will.

Von daher ist der Weg, den wir vorschlagen, der richtige. Das, was Sie tun, ist wie immer inkonsequent und entspricht insoweit auch Ihrer politischen Linie.

(B)

Lassen Sie mich kurz auf die vier Anträge eingehen, die Sie hier stellen. Ich sage noch einmal: Die Anträge haben mit dem, was Kollege Reul hier vorgetragen hat, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Sie beschäftigen sich vielmehr mit Details des Haushaltsplans des Nachtragshaushalts, und es lohnt sich vielleicht, dazu ein paar Worte zu verlieren.

Beim Beteiligungskapitalfonds wollen Sie durch eine Verpflichtungsermächtigung schon ab 1997 Geld zur Verfügung stellen. Dieser Punkt ist im Wirtschaftsausschuß ausgiebig diskutiert worden. Ich darf an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß es im Wirtschaftsausschuß und im Plenum zu einstimmigen Beschlüssen gekommen ist, einen Kapitalbeteiligungsfonds in Nordrhein-Westfalen für Risiko- und Wagniskapital zur Verfügung zu stellen und zu eröffnen. Diese Einstimmigkeit ist in langen Debatten und in einer Anhörung, die höchst interessant war und sehr viel bewegt hat, erzielt worden; so ist mein Eindruck.

Im Wirtschaftsausschuß - ich konnte als Mitglied des Finanzausschusses und als Hauptberichterstatter an der Sitzung teilnehmen - stellte sich

heraus, daß für die Projektmanagementgesellschaft, die hier sozusagen eine Projektbeurteilung für die Beteiligungen vornehmen soll, bereits ausreichend Geld im Wirtschaftsetat zur Verfügung steht. Der Wirtschaftsminister hat erklärt, daß mit der Gründung dieser Gesellschaft begonnen werden könne. Die Zusage steht also, und es gibt keinen Grund, zusätzliches Geld im Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Ein zweiter Punkt betrifft die Frage, was eigentlich hinter dieser Gesellschaft steht. Für mich war die interessanteste Erkenntnis aus der Debatte bei der Anhörung, daß die Gesetzgebungsmechanismen, die aus Bonn auch auf die Mentalität der deutschen Anleger wirken, dazu führen, daß es keinen freien Beteiligungsmarkt unterhalb der Aktienkapitalien gibt. Weil dieser Markt aber notwendig ist, um junge Existenzen zu unterstützen, haben wir als Land gesagt, daß der Staat in einen solchen Markt eintreten und ihn solange fördern soll, bis er sich selbst trägt.

In der Anhörung hat sich ergeben, daß die Bankenvertreter, die Sparkassenvertreter und die Vertreter des Kreditgewerbes generell diesen Ball aufgegriffen haben, weil dies eine interessante Sache sei, an der sie sich beteiligen wollten. Daraus resultierte die nächste Diskussion, in der es darum geht, ob nicht die Kreditwirtschaft möglicherweise komplett eigenständig einen solchen Beteiligungsfonds entwickelt und auf die Beine stellt. Der Wirtschaftsminister und der Finanzminister haben erklärt, daß die Gespräche darüber im Gange sind, und am 30. Juni dieses Jahres findet wahrscheinlich das letzte Gespräch darüber statt; vielleicht werden noch weitere Gespräche folgen. Dann wird sich ergeben, ob eine privat organisierte Beteiligungspolitik im Land zu den Bedingungen möglich ist, die dieser Landtag einstimmig verabschiedet hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch dieses Gespräch abwarten! Warum müssen wir, nachdem wir bereits durch Resolutionen unseren Willen bekundet haben, jetzt auch noch durch Haushaltsvermerke den Eindruck erwecken, als stünden wir nicht zu unserem Wort? - Wir stehen zu unserem Wort, und wir stehen ebenso dazu, daß es sinnvoll wäre, einen freien Beteiligungsmarkt zu bekommen, der auch ohne öffentliche Hilfe funktioniert. Falls dieser Markt aber nicht zustande kommt, stehen wir aber auch dazu bereit, einem solchen Markt mit öffentlicher Hilfe beizutreten und die Entwicklung zu fördern; so sieht die Sachlage aus. Jetzt einen Antrag zu stel-

(C)

(D)

(Walsken [SPD])

- (A) len, erscheint mir ein Hinweis darauf zu sein, daß Sie Hektik und Eile in eine Sache hineinbringen wollen, die auf einem guten Wege ist und von allen in diesem Hause getragen wird.

Die Veräußerung der Landesbeteiligung an Flughäfen ist eine sehr durchsichtige Geschichte: Sie wollen natürlich nicht, daß die Flughafenbeteiligung an eine Gesellschaft des Landes übertragen wird, damit im Anschluß daran eine Veräußerung durch die Gesellschaft selbst erfolgen kann; das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuß ausgiebig diskutiert. Wir haben aber auch darüber diskutiert, daß es wichtig ist, einen richtigen Zeitpunkt für Veräußerungen zu finden. Da der Zeitpunkt der Veräußerung durch das Verfahren des Landtags verzögert werden kann und dadurch der Marktwert sinkt, wäre es klug, nach Möglichkeit eine Beteiligungsgesellschaft zu bilden, um marktnah und damit zu bestmöglichen Konditionen für das Land eine Veräußerung realisieren zu können.

Deshalb sind wir mit der vorgeschlagenen Lösung sehr einverstanden und lehnen es ab - was Sie wollen -, eine Ausnahme von der Regel zu machen.

- (B) Mich wundert es, wo Ihr fünfter Antrag eigentlich geblieben ist. Sie hatten nämlich im Haushalts- und Finanzausschuß noch den Antrag gestellt, alle aus Vermögensveräußerungen erzielten Erträge in eine Sonderrücklage für den Strukturwandel einzustellen. Der Antrag ist leider verschwunden.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wo ist er geblieben?)

Ich frage mich nun, ob er im Haushaltsloch der CDU verschwunden ist oder wohin er sonst verschwunden sein mag; er liegt nicht vor. Oder sollten Sie heute auf die Einbringung des Antrages verzichtet haben, weil Ihnen aufgegangen ist, daß Sie mit diesem Antrag eine Deckungslücke im Haushalt aufreißen würden, für die Sie nicht in der Lage wären, eine andere Deckung zu bieten?

(Reinhold Trinius [SPD]: Von 300 Millionen DM!)

Meine Damen und Herren, ich habe auf Ihre Anträge hingewiesen. Wenn wir den Nachtragshaushaltsplan sehr schnell verabschieden, sind wir - so denke ich - in Nordrhein-Westfalen auf einem sehr guten Wege. Damit stellen wir die Handlungsfähigkeit der Regierung her, damit sichern wir Flexibilität in der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe, und damit sind wir auch in der

Lage, das, was die Menschen von uns wollen, auch zu realisieren. Das ist eine gute und solide Politik, die wir mit oder ohne die Opposition - das liegt bei Ihnen - fortsetzen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Walsken. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Schumann.

Brigitte Schumann (GRÜNE):

(Klaus Matthiesen [SPD]: Gehen Sie nicht so hart mit uns um!)

- Mal sehen, wen ich mir heute vornehmen muß.

(Reinhold Trinius [SPD]: Ich würde mit Reul anfangen!)

Die Herausforderung des Debattenbeitrages meines Kollegen Herrn Reul liegt nicht so sehr im intellektuellem Niveau,

(Beifall des Abgeordneten Groth [GRÜNE])

sondern darin, Ihnen einmal Paroli zu bieten und zu sagen, wo es eigentlich lang geht, Herr Reul, und diesem Unsinn öffentlich zu widersprechen.

Ihre Taktik, Herr Reul, ist erkannt. Sie flüchten sich in bildungspolitische Stammtischparolen - wie mein Kollege Walsken richtig gesagt hat -, weil Sie sonst über Fakten und die Wahrheit reden müßten. Die Wahrheit ist, Herr Reul, daß die Verursacher des Haushaltsloches und die Verursacher der Operation "Nachtragshaushalt", die für uns sicher schmerzhaft ist, in der Bundesregierung sitzen!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Steuersenkungen, Steuerstreichungen, Abschreibungserleichterungen für die wirklich Reichen und die Unternehmen haben zu einer Entleerung oder besser: Plünderung der öffentlichen Kassen - auch des Landeshaushaltes - geführt. Hinzu kommen die Finanzierung der Massenerwerbslosigkeit und die damit verbundenen Mindereinnahmen. Darüber gilt es zu reden. Das können Sie hier nicht darstellen, weil Sie dann zugeben müßten, daß schwerwiegende Versäumnisse bei Ihrer Partei in Bonn liegen und nicht von der Landesregierung zu vertreten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Unruhe)

(C)

(D)

(Schumann [GRÜNE])

- (A) Ich sage es noch einmal: Ihre Taktik ist erkannt!
Jetzt komme ich zu Ihrer bildungspolitischen Kampagne, die Sie zu dieser frühen Stunde begonnen haben, weil die CDU offensichtlich ein Interesse daran hat, Ihre Parolen zu dieser Tageszeit und nicht morgen zu einer späteren Sendezeit breitzutreten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sagen Sie endlich, was Sie wollen!)

Eine Partei, die den neunstündigen Berufsschultag für alle Berufschülerinnen und Berufsschüler fordert, weil es die Arbeitgeber so wollen, hat keine bildungspolitischen Qualitätskriterien, die ich als Bildungspolitikerin der GRÜNEN ernst nehmen kann und ernst nehmen müßte. Mit der Totalübernahme dieser sehr alten Forderung, die in den 80er Jahren immer wieder von der Arbeitgeberseite erhoben wurde, haben Sie den Boden einer rational darstellbaren Bildungspolitik verlassen.

Wir kennen aber Ihre Positionen: Die Zeiten ändern sich, die Schule muß sich ändern, aber die CDU proklamiert das, was in den 50er Jahren galt, und erklärt, daß es auch heute noch richtig sei.

- (B) Wir kennen Ihre Positionen: Sie beten das hierarchisch gegliederte Schulwesen jederzeit gesund, obwohl die Verwerfungen unübersehbar sind und eine Reform dringend notwendig ist.

Sie setzen Leistung mit der Erteilung von Noten gleich. So etwas wirklich Unzeitgemäßes von Ihrer Seite ist kaum zu überbieten.

Die Gleichsetzung von Leistung mit der Reproduktion von festen Wissensbeständen ist ebenfalls obsolet.

Die Anbindung des Lernens an einen fragwürdig gewordenen traditionellen Fächerkanon und an überkommene Lernmethoden, die Kritik an der Subjektperspektive des Lernens und an Schullebenskonzepten, von denen Sie dann sagen, daß es sich um "Phantasialand in den Ferien" handle - so etwas Groteskes -, all diese Positionen, mit denen Sie uns jetzt wieder überschütten, kennen wir von Ihnen. Wir lehnen Ihre Vorstellung von einem absolut alten und überkommenen Bildungskonzept ab.

Die Wiederbelebung von Sekundärtugenden, die Forderung nach Verschärfung der Selektion, die Zugangsbeschränkung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, das alles sind Ihre altbekann-

ten Positionen, die niemandem, aber auch niemandem mehr einleuchten. Diese Positionen, die Sie immer wieder ins Parlament hineintragen, stehen im Widerspruch zu dem, was die Wirtschaft selbst an Schlüsselqualifikationen und an Kompetenzbildung von den Jugendlichen fordert. Darüber sollten Sie ebenso wie die Wirtschaft, die sich auch widersprüchlich verhält, nachdenken.

Ich würde Ihnen gern einmal etwas vorhalten, was Industriosozioologen in einer Studie, die die GEW 1992 in Auftrag gegeben hat, nämlich über die "Schule für eine moderne Industriegesellschaft", niedergelegt haben; dort heißt es:

"In der Ausdifferenzierung von Schultypen, Fächern und Wissensbeständen spiegeln sich traditionelle Vorstellungen von Arbeitsteilung und Spezialisierung wider. Hierarchische Strukturen und eine starke formale Regulierung entsprechen tayloristischer Vorstellung von Arbeitsorganisation und traditionellen bürokratischen Organisationsstrukturen. Eine starke Orientierung an allgemein definiertem Wissen und eine nicht minder starke Abstrahierung von individuellen Erfahrungen und Problembezügen stehen der Entwicklung von Fähigkeiten zur Analyse und Bewertung von Handlungsalternativen entgegen."

Das heißt: Was Sie einfordern, hilft auch den Arbeitgebern nicht, hilft nicht dem sogenannten "Standort Deutschland", weil hier eine Arbeitsgesellschaft festgeschrieben wird, die von vorgestern ist und die sich nicht modernisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darauf müßten Sie eine Antwort geben. Diesen Widersprüchen, die hier von uns aufgedeckt werden, müssen Sie sich stellen.

Ich komme zu Ihrer alten Forderung, das Niedersachsen-Modell hier und jetzt sofort einzuführen, um Ausbildungsplätze zu schaffen. - Niedersachsen ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Beseitigung der angeblich ausbildungshemmenden Faktoren der Berufsschule eben nicht dazu führt, einen einzigen Ausbildungsplatz zu schaffen.

Was Sie hier an Zahlen vorgelegt haben, Herr Reul, das bestreite ich. Richtig ist, daß die Erfahrungen sagen: Es gibt keinen Zugewinn, ebenso wenig, wie es diesen Zugewinn in Nordrhein-Westfalen geben wird, wenn wir diesen blanken Unsinn nachvollziehen wollten.

(C)

(D)

(Schumann [GRÜNE])

- (A) Es ehrt die Ministerin, daß sie Herrn Schröder, der für diese Debattenlage nicht unmaßgeblich verantwortlich ist, öffentlich gerügt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war ausgesprochen einverstanden und trotz des Ausbildungskonsenses, den wir als GRÜNE ja weiterhin kritisieren und der auch die Vorarbeit für diese jetzige Debattenlage geschaffen hat, erleichtert, daß die Ministerin eindeutig erklärt hat, daß dies für Nordrhein-Westfalen nicht vorgesehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies, das ist der einstündige Berufsschultag im zweiten und dritten Lehrjahr mit jeweils neun Stunden.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Der eintägige, Entschuldigung! Einstündig wäre Ihnen wahrscheinlich noch lieber, wie man annehmen muß; denn dann wären ja die betrieblichen Verfügungszeiten über die Auszubildenden noch auszudehnen. Da ist ja noch etwas denkbar, wenn ich Ihnen darin folgen würde.

- (B) Aber wenn Sie meinen, Herr Reul, Sie hätten hier etwas für die Auszubildenden gesagt, die Rechte der Auszubildenden hochgehalten, dann kann ich dem nur entgegenhalten: Die Rechte der Auszubildenden kommen bei diesem Gezerre um den Berufsschulunterricht, um Organisationsmodelle und um den Umfang des Berufsschulunterrichts unter die Räder! Es ist gar nicht Ihr Anliegen, die Qualität der Ausbildung zu sichern oder sich für die Jugendlichen einzusetzen. Sie folgen einfach der Wirtschaft und deren kurzfristigen Interessen!

Diese Forderung, die Sie aufstellen, widerspricht geradezu der Qualität von Bildung, die Sie hier von Herrn Clement und von Frau Ministerin und von der Landesregierung einfordern. Das widerspricht den wachsenden beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen an künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Arbeitswelt, die vor allem durch schnellen technologischen Wandel gekennzeichnet ist und deswegen auch danach verlangt, daß die Verhaltens- und Gestaltungskompetenzen der Menschen im Arbeitsprozeß gestärkt und ausgeweitet werden.

Wer mehr will als ein reibungsloses Funktionieren des einzelnen Menschen als kleines Rädchen am Arbeitsplatz, der muß dafür sorgen - und das ist unsere Forderung -, daß die Dualität nicht zur

- (C) Unterordnung des einen Partners, nämlich des Betriebes, unter den anderen Partner, nämlich die Schule, gerät, wie Sie es fordern.

Wenn Sie Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung meinen, dann verlassen Sie bitte sofort diese Position, distanzieren Sie sich davon; sonst können wir Sie in unseren weiteren Diskussionen über Bildungspolitik überhaupt nicht ernst nehmen!

Ich sage jetzt etwas zu den Operationen, die im Einzelplan 05 sozusagen als Folge der uns durch Bonn auferlegten Pflichten stattfinden, nämlich ein Haushaltsloch zu stopfen, das nicht - noch einmal! - von der Landesregierung verursacht wird, sondern von Ihren Parteikollegen in Bonn.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mein Gott!)

Da die Personalkosten in unserem Bereich fast alle Mittel binden, gibt es nur eine ganz geringe flexible Masse an Mitteln und an Haushaltspositionen, die für das Umsetzen der globalen Minderausgaben zur Verfügung stehen, die auch mit Rücksicht auf diese Tatsache geringer ausfallen - Gott sei Dank! - als für andere Ressorts.

- (D) Zwei Positionen sind uneingeschränkt gehalten worden. Das möchte ich hier noch einmal herausstellen. Die verlässliche Grundschule von 8.00 bis 13.00 Uhr - ich weiß nicht, wie Sie das nennen, Herr Reul, wahrscheinlich "Phantasialand zwischen den Ferien" -, ein Programm, das für die Eltern, für die Mütter, die Alleinerziehenden ganz besonders wichtig ist und nachgefragt wird, das auch die Grundschulen wollen, das die Schulträger wollen, dieses Programm wird uneingeschränkt fortgesetzt. Hier finden keine Kürzungen statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Position "Geld statt Stellen", die wichtig ist, weil wir eben mit anderen Mitteln als nur mit vollwertigen Stellen derzeit wegen der Finanzschwierigkeiten auch im Schulbereich hantieren müssen, wird uneingeschränkt gehalten; es gibt daran keine Abstriche. Wenn Abstriche gemacht werden, dann erfolgen sie tatsächlich bei Fortbildung, bei Reisekosten, bei Modell- und Schulversuchen. Das tut weh; das sage ich hier auch. Aber dazu gibt es im Augenblick keine Alternative. Wir müssen diese globalen Minderausgaben auch im Schulhaushalt umsetzen.

Allerdings macht sich die CDU natürlich keine Gedanken darüber, was es bedeutet, wenn beispielsweise die Fortbildung gekürzt wird. War es

(Schumann [GRÜNE])

- (A) doch in den letzten Jahren immer so, daß ihr die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer nicht wesentlich war. Im Gegenteil, es wurden Vorschläge gemacht, wie man das Zentrum für Lehrerfortbildung, nämlich das Landesinstitut in Soest, abschaffen könne und wie man diese Mittel für etwas anderes einsetzen sollte. Das heißt also, diese Position "Fortbildung" liegt Ihnen nicht am Herzen; darüber haben Sie hier auch nicht geredet. Es ist etwas, was Sie selber in der Vergangenheit sozusagen immer wieder veräußert haben. Insofern war wohl auch von Ihrer Seite dazu wohl nichts zu sagen.

Ich kann noch einmal hervorheben, daß wir diesem Nachtragshaushalt in der jetzigen Form unsere Zustimmung geben. Er kann nicht titelscharf vorgegeben werden, einmal wegen der Kürze der Zeit und zum anderen weil zu den einzelnen Ansätzen und bei den Bezirksregierungen noch Recherchen angestellt werden müssen, damit man genau weiß, was ausgegeben worden ist und was nicht ausgegeben worden ist.

- (B) Wir erklären, daß Sie, Herr Reul, mit Ihrer Rede eine Art bildungspolitischer Kapitulation abgegeben haben. Wir werden darüber ja noch weiter beraten. Aber es sei Ihnen jetzt schon gesagt, daß das, was Sie dazu vorgebracht haben, nicht die Bohne von Wahrheit enthält.

(Lachen bei der CDU)

Es stellt vielmehr ein böses Zerrbild der Schule in Nordrhein-Westfalen dar. Sie werden im Lande niemanden finden, der Ihnen dafür Beifall klatscht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Schumann. - Für die Landesregierung spricht die Frau Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, es muß Sie ja wirklich unglaublich ärgern, daß in den Schulen

des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich Leben herrscht. (C)

(Zuruf von der CDU: Wo?)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Insoweit stimme ich Ihnen zu. Das Schulleben in Nordrhein-Westfalen ist lebendig. Es ist auch sehr unterschiedlich und sehr differenziert zu betrachten, und es ist eine Menge in Bewegung. Ich finde, es ist die Aufgabe einer Schulministerin, diese Bewegung zu unterstützen und positiv zu begleiten und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß dies mit der entsprechenden Ausstattung, der entsprechenden Unterstützung, der entsprechenden Qualität auch passieren kann. Da Sie mit diesen Entwicklungen offensichtlich nicht so gut zurechtkommen, müssen Sie nach dem Motto verfahren: Wo kommen wir denn da hin, wenn wir uns von der Wirklichkeit auch noch irritieren lassen?

(Lachen bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Wer die Augen zumacht und, je unangenehmer einem die Widerlegung der eigenen Vorurteile werden könnte, sie um so fester schließt, entfernt sich immer weiter von dem, was tatsächlich im Lande passiert. Er wird auch immer weniger mit dem ernstgenommen, was er anspricht. Ich rate Ihnen, sich einmal auf Sachinformationen zu konzentrieren, sie sich aus erster Hand zu besorgen. Dazu gibt es ganz viel Material, nicht nur aus der Landesregierung, dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, auch aus den Protokollen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Dann kann man über die Sachfragen, da, wo es notwendig ist, einvernehmlich und kontrovers diskutieren. Ich glaube, das täte der Sache insgesamt gut. Solche Beiträge, wie wir heute morgen einen haben hören müssen, ziehen aber das Niveau insgesamt dermaßen herunter, daß sie eher zur Abschreckung vor politischen Debatten insgesamt führen. Das ist etwas, was ich ausdrücklich bedauere. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich freue mich darüber, daß die Landesregierung durch den Nachtragshaushalt, aber auch durch andere Entscheidungen deutlich gemacht hat, daß Bildung, Ausbildung und Qualifizierung höchste

(Ministerin Behler)

- (A) Priorität im Landeshaushalt haben. Das kann man nachweisen. Es ist ja nicht zufällig so, daß die Opposition auf diesen Punkt unter dieser Tagesordnung gar nicht eingegangen ist.

Dann will ich zwei inhaltliche Bereiche aufgreifen, die angesprochen worden sind. Da geht es einmal um die Fragen von Leistung, Leistungsbeurteilung, Qualität und Qualitätssicherung. Ich glaube, daß solche Fragen zu ernst sind, als daß man sie unter relativ billigen und polemischen Überschriften diskutieren könnte. Ich glaube, eine solche Fragestellung läßt auch erwarten, daß diejenigen, die sich dazu äußern, sich mit den tatsächlichen Sachverhalten auseinandersetzen. Wenn sich dann einer darüber lustig macht, daß um der Sicherung der Vergleichbarkeit von Noten, Abschlüssen und Berechtigungen willen auch parallel korrigiert werden muß, damit Leistungsbeurteilungen transparent werden und Maßstäbe offengelegt werden, dann kann ich nur sagen, er ist weit von der Schule weg, wenn er meint, das sei ein verzichtbares Element.

Natürlich kann ein solcher einzelner Schritt noch nicht alle Fragen der Evaluation beantworten. Das behauptet aber auch niemand. Daß zur Evaluation sehr viel mehr an Selbstevaluation, auch an Fremdevaluation dazugehört, ist allen Beteiligten geläufig. Lesen Sie doch einfach mal die Aussagen, die Programme, die Vorschläge und die Vorgaben dazu durch. Das würde dann auch zu besseren Ergebnissen in der Diskussion führen.

- (B) Damit komme ich zur Berufsschule. Ich bin gerne bereit - das möchte ich hier ausdrücklich erklären -, Ihnen allen - auch meinem Kollegen Dr. Rüttgers von der Bundesebene - Besuche in berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen zu vermitteln. Offensichtlich ist das notwendig. Offensichtlich ist auch die Diskussion mit Berufsschullehrern notwendig.

(Zuruf von der SPD: Die brauchen Nachhilfe!)

Wenn Sie der Meinung sind, daß solche Diskussionen zunächst einmal unter Ideologieverdacht stehen, dann rate ich Ihnen: Führen Sie doch dann diese Diskussionen wenigstens einmal mit den Berufsschullehrern mit Ihrem eigenen Parteibuch.

Auch daraus könnten Sie eine Menge lernen, und vielleicht glauben Sie denen eher. Ich bekomme im Augenblick jedenfalls explizit mit Hinweis auf die CDU-Mitgliedschaft sehr viel Zustimmung aus Kreisen gerade von Berufsschullehrern. Vielleicht

- führen Sie diese Diskussionen auch. Ich leite sie gern an Sie weiter. (C)

Ich rate Ihnen ebenfalls: Führen Sie die Diskussion doch einmal mit Herrn Zehetmair und Frau Schavan. Auch diese stehen ja wahrscheinlich bei Ihnen nicht unter Ideologieverdacht. Ich leite Ihnen zudem gern - falls Sie das nicht gelesen haben - die entsprechenden Interviews oder Vorträge von beiden zu. Dann ist man besser informiert und muß nicht so etwas formulieren, wie wir das heute morgen haben hören müssen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den berufsbildenden Schulen den Ausbildungskonsens, die einzelnen Punkte, die dort festgelegt sind, Schritt für Schritt umgesetzt. Wir haben im Ausbildungskonsens aber auch stehen, daß der Umfang des Berufsschulunterrichts von allen Beteiligten nicht in Frage gestellt wird. Was im Augenblick gerade aus Ihren Reihen heraus passiert, ist der Versuch, diese Aussage zu unterlaufen und de facto auf eine Kürzung von Unterricht in der Berufsschule hinzuarbeiten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt nicht! Wo werden die 480 Stunden von uns angegriffen?)

- In der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" stand in der vergangenen Woche ein wörtliches Zitat Ihres wirtschaftspolitischen Sprechers, der gesagt hat: Im Klartext heißt das: Kürzung des Berufsschulunterrichts. Ich stelle Ihnen den Artikel gern zur Verfügung. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, das stimmt nicht! Sie wissen auch, daß das nicht stimmt!)

- Ich habe keine Gegendarstellung dazu gelesen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir reagieren doch nicht auf jeden! - Lachen bei der SPD)

- Richtig! - Sie werden ja morgen bei der Diskussion zu diesem Thema Gelegenheit haben, Ihre Position deutlich zu formulieren.

Im übrigen möchte ich auch hier wiederholen: Wer die Frage nach einem oder zwei Berufsschultagen stellt, hat schon das System des Berufsschulunterrichts, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, nicht verstanden. Es geht nämlich nicht um die Frage nach einem oder zwei Tagen ---

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Hat Herr Clement das nicht kapiert?)

(Ministerin Behler)

- (A) - Nein, es gibt an dieser Stelle überhaupt keine Differenzen zwischen dem Kollegen Clement und mir.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Natürlich gibt es die! - Weitere Zurufe von der CDU
- Gegenrufe von der SPD)

Darf ich weiterreden, Herr Präsident?

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Es ist nicht ungewöhnlich, daß jemand einen Zwischenruf macht, Frau Ministerin.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ja, aber im Augenblick nahm die Zahl der Zwischenrufe einigermaßen dramatisch zu,

(Lachen bei der CDU)

und ich würde sehr gern deutlich die Positionen benennen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Zieren Sie sich nicht so!)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Bitte schön, Frau Ministerin!

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Es ist offensichtlich so, daß das Zuhören sehr schwer zu erlernen ist.

(Zuruf von der CDU: Jawohl, Frau Lehrerin!
- Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe
- Glocke)

Wir haben schon seit einer Reihe von Jahren eine Vorgabe, die ein Jahreswochenstunden-Paket umfaßt. Ich selbst habe es für sinnvoll gehalten und halte es für sinnvoll, daß man all die unterschiedlichen Organisationsmöglichkeiten, die sich innerhalb dieses vorgegebenen Stundenrahmens bewegen, ausschöpft und vor Ort auf dem Konsenswege zwischen den Beteiligten so umsetzt, daß die Schnittmenge der gemeinsamen Interessen möglichst hoch ist. Jede schematische Regelung auf der Landesebene ist schlechter als das Setzen auf flexible Lösungen vor Ort. Das steht auch völlig außerhalb der Diskussion.

Wenn jetzt an verschiedenen Stellen im Land die Abstimmungsgespräche zwischen den Partnern jeweils nicht systematisch geführt wurden, ist es

(C) notwendig, sie an einen Tisch zu bringen. Die Schuldzuweisungen sind da allerdings sehr unterschiedlich vorzunehmen. Ich habe Fälle erlebt, wo ein Hauptgeschäftsführer einer Kammer den Leiter einer Berufsschule nicht kannte. Das kann nicht sein. Aber wo Menschen miteinander zu tun haben, gab und gibt es immer auch Kommunikationsprobleme, die einmal die eine und einmal die andere Seite zu verantworten hat.

Um dies zu verhindern und um zu optimalen Lösungen vor Ort zu kommen, hat es in 15 Regionen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend mit allen Berufsschulleitern und allen Vertretern der Kammern im Laufe dieses Frühjahrs jeweils vor Ort Abstimmungsgespräche in einer Serie von Konferenzen gegeben. Ich habe das hier schon einmal dargestellt. In allen diesen Konferenzen sind noch einmal alle unterschiedlichen Organisationsmodelle vorgestellt worden, und alle unterschiedlichen Organisationsmodelle haben ihre Berechtigung. Sie sollen branchen- und regionalspezifisch vor Ort so umgesetzt werden, daß es allen Beteiligten möglich ist.

Das ist - und das bestätigen gerade auch die Vertreter der Kammern - der richtige Angang. Der richtige Angang ist nicht, über Tage zu diskutieren. Der richtige Angang ist es, über flexible Organisationsmöglichkeiten zu sprechen und diese dann auch umzusetzen. Da allerdings ist die Schulaufsicht dabei, hilft da, wo es Probleme gibt, unterstützt und forciert, wo ein Prozeß zu langsam läuft. Denn das Interesse von Betrieben an Anwesenheiten ihrer Auszubildenden ist legitim. Es kann aber nicht dazu führen, daß auf der anderen Seite Qualität von Ausbildung über den Berufsschulunterricht in Frage gestellt wird. Von daher sind solche Diskussionen, wie wir sie heute morgen unter dieser Überschrift in Vorwegnahme des morgigen Tagesordnungspunktes hier führen mußten, sachlich gar nicht angemessen.

(D) Der achtstündige Berufsschultag ist die Grundlage. Allein dadurch haben Betriebe die Lehrlinge 20 Tage pro Jahr mehr im Betrieb. Sie sollten das einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Daß die Modernisierung beruflicher Bildung eine ganz wesentliche Frage ist, das bestreitet doch niemand. Aber dies bekommt man nur hin in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten. Man bekommt es nicht hin, wenn man auf selbstdefinierte Kriegsschauplätze ausweicht, die mit den eigentlichen Aufgaben gar nichts zu tun haben.

Das Thema der Ausbildungsstellensituation selbst ist viel zu ernst, als daß man es in billiger Polemik

(Ministerin Behler)

- (A) verbrauchen dürfte. Das, was Sie uns dazu heute geboten haben, ist kein Ansatz, um tatsächlich zur Lösung der Probleme beizutragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie sollten auf den Weg zurückkehren, den Sie sonst auch für sich in Anspruch nehmen, nämlich gemeinsam eine Kraftanstrengung für junge Leute im Lande zu organisieren, damit wir Ausbildungsplätze für sie haben, und nicht meinen, in offenkundiger Vorausschau auf befürchtete Ergebnisse hier Sündenböcke in den Schulen zu suchen. Das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und das kann man auch den Schulen nicht zumuten, die sich unter schwierigen Bedingungen allen möglichen neuen Anforderungen stellen müssen - das können wir den Schulen nicht erlassen -; aber die Schulen brauchen bei diesem Weg und in diesem Prozeß unsere Unterstützung und keine Schuldzuweisungen und keine Sündenbockfunktionen.

Deshalb möchte ich zum Schluß nur noch sagen: Wer Leistung einfordert, unter anderem in Schulen, der muß sie auch selbst erbringen. Sonst wird man nämlich unglaublich.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich rufe die nächste Diskussionsrunde auf und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs der Debatte, Herr Kollege Walsken, einen Punkt richtigstellen, den Sie hier falsch vorgetragen haben. Sie haben behauptet, der Haushaltsentwurf 1997 habe den Zahlen, die sich aus der Steuerschätzung November 1996 ergeben hätten, entsprochen. - Das ist die Unwahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Die Steuerschätzung November 1996 wies 68,3 Milliarden DM aus. Im Haushaltsplan eingesetzt waren 69,3 Milliarden DM. Genau wegen dieser Unseriosität haben wir uns damals gewei- gert, uns auf das Spiel der Mehrheit im Zuge der

Beratungen im vergangenen Herbst hier im Hause einzulassen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Sie können so viel Geschichtsklitterung versuchen, wie Sie wollen: Sie werden damit nicht durchkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt des Arbeitsministers bringt eine Menge neuer Unsicherheiten für die Träger der sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil nämlich dem Minister der Mut gefehlt hat, dem Parlament und der Öffentlichkeit klar und deutlich zu sagen, wo er mehr als 270 Millionen DM in seinem Haushalt einsparen will.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen ab sofort alle Zuwendungsempfänger - alle Zuwendungsempfänger! - mit völlig unkalkulierbaren Leistungskürzungen rechnen.

(Zuruf des Ernst-Martin Walsken [SPD])

Die soziale Landschaft zahlt einen hohen Preis für die Flucht des Ministers aus seiner Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Der Nachtragshaushalt des Sozialministers enthält geringfügige Verschiebungen in einzelnen Etatpositionen - dazu will ich hier nichts weiter ausführen -, vor allem aber eine massive Erhöhung der globalen Minderausgaben auf 271 Millionen DM. Diese 271 Millionen DM müssen in diesem Jahr allein im Förderbereich des Sozialministeriums eingespart werden. Das entspricht 4,5 % des Gesamthaushalts. Da jedoch viele Haushaltspositionen bereits heute fest gebunden und zugesagt sind, sind ab sofort bei den noch nicht gebundenen Leistungen und freiwilligen Zuwendungen des Landes massive Einschnitte im Durchschnitt zwischen 10 % und 20 % zu befürchten.

(Beifall bei der CDU)

Damit jeder weiß, worüber wir hier sprechen, will ich beispielhaft Bereiche nennen, die diese Kürzungen zu tragen haben:

- sämtliche Maßnahmen des Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- alle bisher noch nicht vertraglich vereinbarten Investitionen im Krankenhausbereich
- die Investitionen im Kindergartenbereich

(Arentz [CDU])

- (A) - die Maßnahmen der Altenhilfe und die Förderung der Jugendarbeit
- die Integration behinderter Menschen
- die Maßnahmen für den Schutz der Gesundheit und zur Bekämpfung von Aids und Drogen-sucht.

Alle diese Bereiche werden nun Kürzungen im Schnitt zwischen 10 % und 20 % hinnehmen müssen. Stellen Sie sich einmal vor, die Bundesregierung würde so etwas vorlegen, was hier los wäre! Hexensabbat würden Sie hier veranstalten!

(Beifall bei der CDU)

Auch die Spielwiesen der GRÜNEN werden Kürzungen hinnehmen müssen. Es hat mich schon erstaunt, mit welchem Gleichmut die Vertreter der GRÜNEN im Sozialausschuß - Frau Hürten und Herr Kreutz - die entsprechenden Erklärungen des Ministers zu den Sozialbüros und den sozialen Betrieben zur Kenntnis genommen haben. Offensichtlich macht Macht auch ausgemachte Fundis ganz cool.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Der Minister hat bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß erklärt, das sei ja alles gar nicht so problematisch, denn er habe in den letzten Jahren am Jahresende immer 300 Millionen DM seines Haushalts übrig gehabt, und zwar im wesentlichen aus drei Bereichen stammend: aus der Förderung der Kindergärten,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha!)

aus der Förderung der Krankenhäuser

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Noch schlimmer!)

und aus den arbeitsmarktpolitischen Programmen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Hier stellen sich nun in der Tat Fragen. Hat der Minister eigentlich die entsprechenden Etatansätze des Landtags in der Vergangenheit nicht ernst genommen? Hat der Minister Kindergärten, Krankenhäuser und die Arbeitsmarktpolitik als Spardosen seines Haushalts betrachtet? Wie vereinbaren sich eigentlich, Herr Horstmann, diese von niemandem legitimierten Einsparungen mit dem hohen Stellenwert, den gerade diese Landesregierung in ihren Sonntagsreden den Kindergärten,

den Krankenhäusern und der Arbeitsmarktpolitik beigemessen hat? (C)

(Beifall bei der CDU)

Und, Herr Horstmann, wie vereinbart sich eigentlich die Einsparung - so, wie Sie es uns dargestellt haben - von rund 20 % der Landesmittel im Jahr allein in der Arbeitsmarktpolitik mit Ihren Attacken, wenn es um die Arbeitsmarktpolitik im Bund geht?

(Beifall bei der CDU)

Herr Horstmann, wissen Sie, das ist doppelte Moral, was Sie hier machen. Sie werfen der Bundesregierung vor - ich zitiere Sie jetzt wörtlich -, "sie" - die Bundesregierung - "nehme offenbar in Kauf, zunehmend Arbeitslosigkeit zu finanzieren, anstatt den Arbeitslosen durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik neue Perspektiven zu eröffnen." - So Horstmann zu Bonn, aber selber spart er von 500 Millionen DM über 100 Millionen, die er in der Vergangenheit nicht ausgegeben hat! Wissen Sie, Sie sitzen in Zukunft bei jeder Kritik an der Arbeitsmarktpolitik des Bundes in einem dünnwandigen Glashauss. Wer so handelt, der gibt den Arbeitslosen Steine statt Brot.

(Beifall bei der CDU)

- Auch hilfloses Lachen führt nicht weiter, Herr Minister. - Daß der Minister offenbar jedoch selber überhaupt nicht daran glaubt, auch in diesem Jahr die globale Minderausgabe aus den vorgenannten Positionen erwirtschaften zu können, das hat er bei den Beratungen im Ausschuß durch zwei Bemerkungen deutlich gemacht. Einmal haben Sie gesagt, und zwar wörtlich, Herr Horstmann:

"Bei jeder Mark, die noch nicht ausgegeben ist, kann man grundsätzlich gar nichts ausschließen." Das ist eine schöne Sicherheit für die Träger. Zweitens: "Bewirtschaftungsmaßnahmen müssen nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts schnell kommen, weil ja dann die Haushaltssperre ausläuft."

Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann ist es ein unerträglicher Umgang mit der Öffentlichkeit und dem Parlament, daß Sie uns heute nicht sagen, wie und wo Sie konkret Bewirtschaftungsmaßnahmen ansetzen werden.

(Beifall bei der CDU)

(Arentz [CDU])

- (A) Wenn Sie nicht den Verdacht verstärken wollen, daß Sie die Grausamkeiten im Schutz der Sommerpause verüben wollen, dann stellen Sie sich bitte gleich hier und heute an dieses Rednerpult und klären Sie uns und die Öffentlichkeit über die konkreten Planungen Ihres Hauses auf.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, hat in den Ausschußberatungen versucht, Licht in das Dunkel des Nachtragshaushalts zu bringen. Die SPD hat unsere Nachfrage nach 45 Minuten - welch lange Zeit! - mit einem Antrag nach § 45 der Geschäftsordnung beantwortet. Gnädigerweise durften wir dann noch einmal 30 Minuten weiter nachfragen, bis die SPD gemeinsam mit den GRÜNEN mit der Keule der Geschäftsordnung das hohe Recht des Parlaments auf Diskussion und Festsetzung des Haushaltes erschlagen hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe einen so undemokratischen und brutalen Umgang mit dem Haushaltsrecht des Parlaments bisher weder im Ausschuß noch im Landtag erlebt.

(Hört, hört! und Beifall bei der CDU)

- (B) Gerade einmal eineinviertel Stunden durfte der Ausschuß diskutieren, um Licht in die Dunkelkammer des Sozialhaushalts zu bringen. Und dann das erzwungene Ende der Diskussion durch SPD und GRÜNE! Ja, ja, Herr Kreutz, so stellen Sie sich Demokratie vor, wenn Sie an der Macht teilhaben.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, Sie stehen fest in der Tradition des Jakobinertums.

(Beifall bei der CDU)

Wie grauenhaft schlecht muß eigentlich das Gewissen der Mehrheit im Ausschuß gewesen sein, wenn sie zu solchen Methoden greift.

Meine Damen und Herren, der Umgang mit dem Nachtragshaushalt ist aus unserer Sicht allerdings nur ein weiteres Indiz für den Bankrott der Sozial-, Jugend-, Familien- und Gesellschaftspolitik dieser Landesregierung. In all diesen Bereichen hat die Landesregierung die Zeichen der Zeit nicht erkannt und sich als unfähig erwiesen, auf neue Herausforderungen Antworten zu geben. Die Lan-

desregierung redet mit gespaltener Zunge, je nachdem, ob es um Bonn oder um Düsseldorf geht. (C)

(Beifall bei der CDU)

Der amtierende Sozialminister hinterläßt schon im rein handwerklichen Bereich den Eindruck, völlig überfordert zu sein. Einige Beispiele mögen diese Kritik belegen.

Erstens. Der Eiertanz des Sozialministers bei der Diskussion um die Sozialhilfebroschüre der SPD-Bundestagsfraktion. - Herr Horstmann, wer heute nicht die Kraft hat, sich von einer Broschüre zu distanzieren, die zum Mißbrauch der Sozialhilfe auffordert, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und ist fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU)

Die Aufforderung zum Mißbrauch sozialer Leistungen muß ebenso geächtet werden wie die Aufforderung zur Steuerhinterziehung.

(Beifall bei der CDU)

Herr Horstmann, haben Sie eigentlich bei der Fragestunde überhaupt nicht gemerkt, wie betreten viele Kollegen der SPD-Fraktion bei Ihren Ausführungen zur Seite geguckt haben? (D)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Die Doppelzüngigkeit in der Debatte über die Arbeitsmarktpolitik. - Wer wie Sie, Herr Horstmann - wörtlich - der CDU vorgehalten hat, die Bonner Kohlepläne stünden für den Wechsel der CDU zum Thatcherismus,

(Lachen bei der CDU)

und wer wie Sie die Bundesregierung immer wieder aufgefordert hat, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu erhalten, der verliert wirklich jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit, wenn er die vom Landtag bewilligten Mittel für die Arbeitsmarktpolitik entweder nicht ausgeben will oder nicht ausgeben kann.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben, Herr Horstmann, öffentlich im Ausschuß, im Parlament immer wieder die Arbeitsmarktpolitik zum Herzstück der Landespolitik erklärt. Ich sage Ihnen, Sie stellen weniger als ein halbes Prozent des Landeshaushalts für dieses Herzstück zur Verfügung. Das ist mir ein schöner

(Arentz [CDU])

- (A) Umgang mit dem Herzensanliegen der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie mir es nicht übel, meine Damen und Herren, aber dieser Landesregierung geht es ganz offensichtlich weniger um die arbeitslosen Menschen als um den parteipolitischen Profit aus der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU - Daniel Kreutz [GRÜNE]: Unglaublich!)

Drittens. Die Landesregierung sieht ihren Beitrag zum Ausbildungskonsens offensichtlich darin, die Wirtschaft mit markigen Worten aufzufordern, mehr zu tun, und selber Ausbildungsplätze zu vernichten. Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Michael Breuer vom 12. Juni 1997 hat die Landesregierung im Ausbildungsjahr 1996 1 575 Ausbildungsverträge im Bereich der dualen Ausbildung abgeschlossen. 1997 will die Landesregierung nach ihren eigenen Auskünften nur noch 1 391 Lehrlinge neu einstellen. Das ist ein stolzes Minus von mehr als 10 %. Fürwahr, Herr Kniola, ein gelungener Beitrag zum Ausbildungskonsens!

- (B) (Minister Franz-Josef Kniola: Keine Ahnung!)

- Dann ist die Frage falsch beantwortet. Ich lese die Zahlen aus der Antwort der Landesregierung vor. Dann regeln Sie das in Ihrem eigenen Laden, Herr Kniola.

Noch schlimmer sieht es aus, wo Herr Horstmann direkt Verantwortung trägt. In diesem und im nächsten Jahr soll ein ganzer Jahrgang in der Altenpflegeausbildung gestrichen werden.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch nicht!)

- Herr Minister, da können Sie mit Zahlen jonglieren, soviel Sie wollen. Tatsache ist, Sie machen mit einem Federstrich 1997 und 1998 mehr als 4 000 Ausbildungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen kaputt.

(Beifall bei der CDU)

Allein in diesem Jahr müssen die Altenpflegeseminare Hunderte von Jugendlichen, denen sie bereits eine Ausbildungszusage erteilt hatten, den blauen Brief schicken, weil Sie es so beschlossen haben. Welche Glaubwürdigkeit haben da noch

- (C) Appelle an die Privatwirtschaft, in der Ausbildung von jungen Leuten mehr zu tun?

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Ein besonders gelungener Beitrag des Familienministers Horstmann zur Förderung der jungen Familie ist die Ankündigung, die Elternbeiträge zu den Kindergärten massiv zu erhöhen und gleichzeitig die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder wegfallen zu lassen. Herr Horstmann, Sie nehmen mit dieser Maßnahme den Eltern kleiner Kinder in Nordrhein-Westfalen mehr Geld aus dem Portemonnaie heraus, als die von Ihnen in Bonn so leidenschaftlich befürwortete Erhöhung des Kindergeldes überhaupt gebracht hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten uns Familienförderung immer anders vorgestellt, als daß Waigel bluten muß, damit Horstmann kassieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Ein trauriges Kapitel der Gesundheitspolitik dieses Ministers ist der Umgang mit den Krankenhäusern. Nach den Aussagen des Ministeriums selbst gibt es in 16 Krankenhäusern in unserem Lande gravierende Mängel beim Brandschutz. Einige Krankenhäuser müßten eigentlich aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Der angestaute Investitionsbedarf beläuft sich inzwischen auf über 5 Milliarden DM. In einer solchen Situation ist der zuständige Fachminister nicht in der Lage, die vom Landtag bewilligten Mittel auszugeben. 1995 hat der Minister nach eigenen Aussagen im Ausschuß 150 Millionen DM aus der Krankenhausförderung nicht unterbringen können. Im Jahre 1996 waren es über 60 Millionen DM. Und in diesem Jahr hat er bis zum 30. Mai von über einer Milliarde DM noch nicht einmal 20 % verausgabt. Statt ständig über Seehofer zu schimpfen, sollten Sie zunächst einmal Ihre Hausaufgaben im eigenen Lande machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Den Krankenhäusern und den kranken Menschen würden Sie im übrigen auch helfen, Herr Minister, wenn Sie endlich die Kraft für eine neue Krankenhausplanung im Land Nordrhein-Westfalen fänden. Es spricht doch Bände, wenn Ihr Parteifreund, der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Ingo Flenker, von einem verdeckten Verfahren in der Krankenhausplanung beim Schleifen

(D)

(Arentz [CDU])

- (A) von 8 000 Krankenhausbetten spricht. Macht Sie das denn nicht nachdenklich? Nicht die Opposition, Ihre eigenen Parteifreunde schreiben Ihnen ins Stammbuch, wie unerträglich das Verfahren ist, das Sie hier anwenden!

(Beifall bei der CDU)

Sechster Punkt: Wirklich kein Ruhmesblatt Ihrer Regierungskunst, Herr Horstmann, ist auch Ihr Umgang mit dem Thema Forensik. Bei der Suche nach einem neuen Standort für die Errichtung einer Einrichtung für psychisch kranke Straftäter sind Sie nach Herten gezogen, haben zum Entsetzen Ihrer eigenen Parteifreunde den starken Mann markiert, aufgetrumpft nach allen Regeln der Kunst, statt mit den Betroffenen den Konsens zu suchen. Als Ihnen dann nach mehr als sechs Monaten angeblich die Unhaltbarkeit Ihrer Rechtsposition klar wurde, haben Sie unter Hinterlassung eines riesigen Scherbenhaufens den ungeordneten Rückzug angetreten.

(Beifall bei der CDU)

Ihr aktueller Vorschlag, die psychisch kranken Straftäter über alle Kliniken in Westfalen zu verteilen, wird von der gesamten Fachwelt für undurchführbar gehalten und mit ätzender Kritik bedacht.

(B)

Es ist im übrigen ein Stück aus dem Tollhaus, daß in einer so hoch belasteten Einrichtung wie Eickelborn ein komplett hergerichtetes Haus seit fast einem Jahr deswegen nicht belegt werden kann, weil das Ministerium nach Auskunft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe nicht in der Lage ist, das Geld für einen notwendigen Sicherheitszaun zu bewilligen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Unglaublich ist das!)

Siebtens: Völlig falsche Signale setzt der Minister auch in der Drogenpolitik. Beim Amtsantritt hat er noch gesagt, bei Fixerstuben sei er skeptisch. Inzwischen ist er vom Paulus zum Saulus geworden und läßt seinen Landesdrogenbeauftragten, seinen Abteilungsleiter, in der Gegend herumlaufen und erklären, man müsse ernsthaft erwägen, ob man nicht Fixerstuben schaffen wolle. Ich sage Ihnen: Fixerstuben für Drogenabhängige sind genauso wenig tauglich wie Trinkerhallen für Alkoholkranke, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Achter Punkt: Ein wirklich allerletztes Beispiel für das ungeheure Maß an sozialer Sensibilität und Gerechtigkeitsstreben der rot-grünen Koalition stellt Ihre Absicht dar, zum 1. Januar 1998 tiefe Einschnitte in das seit Jahrzehnten gewährte Landesblindengeld vorzunehmen.

(C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das sollten wir mal machen!)

Das Landesblindengeld soll in Zukunft generell auf 900 DM begrenzt und zusätzlich noch mit den Leistungen der Pflegeversicherung verrechnet werden. Damit will die Landesregierung allein zu Lasten blinder Menschen 70 Millionen DM im Jahr einsparen. Stellen Sie sich einmal vor, meine Damen und Herren, das hätte auch nur ein Hinterbänkler aus der Bundestagsfraktion der CDU in einem Interview vorgeschlagen! Sie hätten doch gleich Aktuelle Stunden durchgeführt!

(Beifall bei der CDU)

Aber ich sage Ihnen: wenn Sie so handeln, ist das keinen Deut besser. Ihre Devise ist nicht Versöhnen statt Spalten, sondern abzukassieren, wo sich keiner wehren kann.

Alle diese Beispiele, meine Damen und Herren, stehen für die Fehler in der Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik dieser Landesregierung. Die gravierendste Fehlentscheidung aber war Ihre Ernennung, Herr Dr. Horstmann, zum Sozialminister.

(D)

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe von der SPD)

Wir haben uns lange gefragt: Warum hat der Ministerpräsident so etwas getan? Es gibt darauf nur eine Antwort: Rau will die Vorsitzenden der SPD-Bezirke möglichst vollständig am Kabinettsstisch versammelt haben, um seine eigene Macht abzusichern.

(Oliver Wittke [CDU]: Das hat er jetzt davon!)

Der Machterhalt ist dem Ministerpräsidenten offensichtlich wichtiger als die Frage, ob seine Bezirksvorsitzenden auch Kompetenz und Herzblut für ihr jeweiliges Amt mitbringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das hier mit ganz einfachen Worten: So ist Nordrhein-Westfalen nach mehr als dreißig

(Arentz [CDU])

- (A) Jahren SPD-Regierung zur Beute einer Partei gemacht worden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht alles, was im "Spiegel" steht. Aber am 21. April 1997 fand ich eine sehr zutreffende Beschreibung in diesem Blatt. Da wurde ein ungenannter Spitzen-genosse mit folgenden Worten zitiert: "Zwischen Horstmann und seinem Rücktritt steht nur noch Johannes Rau." Der "Spiegel" kommentierte das so: Rau wolle unter keinen Umständen Bewegung im Kabinett. Ein Rücktritt Horstmanns gefährde die von Rau sorgsam austarierte Balance im Kabinett. Damit wäre dann der Regierungschef auch nicht mehr Herr des Verfahrens bei seinem von vielen Sozialdemokraten inzwischen erhofften Rücktritt.

Ich weiß nicht, ob der "Spiegel" auch mit der letzten Vermutung recht hat. Ich bin mir aber ziemlich sicher, daß auch viele gestandene Sozialdemokraten die Sozialpolitik dieses Ministers mit großer innerer Distanz betrachten. Dieses Land hat eine bessere Jugend-, Familien- und Sozialpolitik und - mit Verlaub, Herr Minister - auch einen besseren Sozialminister verdient!

- (B) (Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, ich hätte es auch gesagt, wenn Sie es nicht angesprochen hätten, weil ich denke, es könnte morgen untergehen: Wir haben das erfreuliche Ereignis, daß wir morgen in einer Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Antrag aller drei Fraktionen zur Weiterentwicklung des Maßregelvollzuges verabschieden werden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weil ihr endlich auf unseren Dampf gekommen seid!)

- Herr Dr. Linssen, vielleicht haben Sie ja an irgendeinem Tag im Jahr auch einmal ein Gespür dafür, was das bedeutet. Machen Sie das nicht kaputt, sondern freuen Sie sich gemeinsam darüber, daß in einer sehr streitigen Frage dieses Parlament und die Fraktionen im zuständigen Aus-

schuß über die Weiterentwicklung in diesem Bereich einer Meinung sind! (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Aber nicht in der Frage des Standortes!)

Die Einigung in dieser Frage erstreckt sich nicht nur über die drei Fraktionen, sondern ist in voller Übereinstimmung auch mit der Zielsetzung der Landesregierung erfolgt.

Kollege Arentz, ich haben Ihnen vorhin schon einmal gesagt: Meine Hoffnung war immer, daß es in Ihrer Fraktion noch gewisse Reste gibt, die an Familienfreundlichkeit festhalten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie ist es denn beim Kindergarten?)

- Herr Dr. Linssen, reden Sie sich doch am besten vor den Plenarsitzungen aus! Dann sind Sie in den Sitzungen etwas souveräner.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sagen Sie etwas zum Elternbeitrag!)

Ihr Kollege Arentz ist ja nun heute extra aus Großbritannien angereist und hat Frau und Kinder im Urlaub zurückgelassen. Unser Eindruck ist: Die Rede war es weiß Gott nicht wert. Es wäre familienfreundlicher gewesen, wenn er im Urlaub geblieben wäre. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Heiterkeit)

Was die Opposition anbelangt, begnügen wir uns ja schon mit Kleinigkeiten. Wir freuen uns ja, daß Sie sich überhaupt an Haushaltsdebatten zur Sozialpolitik wieder beteiligen, meine Damen und Herren.

(Richtig! und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

An den Beratungen in den zurückliegenden Jahren, auch noch im Jahr 1996 für den Haushalt 1997, haben Sie sich überhaupt nicht beteiligt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das war ja ein Lügenhaushalt! Wir machen doch nicht bei Lügenhaushalten mit!)

Als es dann konkret über den Haushalt ging, wurden Sie schon wieder schwankender. Sie haben sich bei der Schlußabstimmung im Ausschuß in bestimmten Bereichen doch der Stimme enthalten. Das war alles etwas zögerlich, was Sie da veranstaltet haben.

(Kuschke [SPD])

- (A) Herr Kollege Arentz, Sie unterscheiden sich - leider Gottes - auch nicht mehr von Kollegen Reul, der vorhin nicht einmal die Mindeststandards von Anstand im Umgang miteinander wahren konnte. Auch Sie wurden sehr persönlich, Sie haben den Minister angegriffen. Ich weiß nicht, ob Sie als Person die Kompetenz dazu haben, ob Sie da nicht im Glashaus sitzen. Ich will Sie nur erinnern: Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der sogenannten Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Sie sind bei Ihrem letzten Kongreß nicht einmal in der Lage gewesen, den Kongreß ordentlich zu Ende zu führen,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was?)

denn Sie waren sich uneinig darüber, ob öffentlich geförderte Arbeitsmarktpolitik zukünftig überhaupt noch stattfinden soll.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Haben Sie eigentlich Tinte gesoffen?)

- Herr Kollege Arentz, jetzt haben Sie selbst noch einmal dokumentiert, auf welchem Niveau Sie sich befinden. Das kann man im Protokoll nachlesen und sich einen Reim darauf machen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

(B)

Immer, wenn Sie in einer solchen Art und Weise oder als Clown, wie in der letzten Sitzung, reagieren, scheinen Sie sich sehr unsicher zu fühlen. Das spricht im Grunde genommen für Sie.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Können Sie mal was zum Nachtragshaushalt sagen!)

Sozialpolitik in schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, muß eindeutige Maßstäbe haben. Einer davon ist die soziale Gerechtigkeit. Wir haben in den vergangenen Tagen noch erleben müssen, wie die Bundesregierung - nur mäßig widersprochen - den Griff in die Pflegekassen tun wollte. Das ist doch nicht diese Landesregierung oder die Koalitionsfraktionen in diesem Hohen Hause gewesen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU] winkt ab. - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Unsinn!)

Heute liegt die Pressemitteilung auf dem Tisch, welcher Verschiebebahnhof bei den Kinderkuren aufgemacht wird, die aus dem Bereich der Rentenversicherung in den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung transferiert werden sollen -

- (C) mit dem Risiko und dem Wagnis, daß wir nicht wissen, ob die gesetzlichen Krankenkassen in den kommenden Monaten das der Beliebigkeit und Freiwilligkeit überlassen.

(Loke Mernizka [SPD]: So ist es!)

Da frage ich Sie: Was hat es mit Familien- und Kinderfreundlichkeit zu tun,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was hat das denn mit dem Landeshaushalt zu tun?)

die Ärmsten der Armen, die Kinder, nicht mehr in Kuren gehen zu lassen? Das ist eine Schweinerei, die Sie zu verantworten haben, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Sozialpolitik in schwierigen Zeiten hat auch damit zu tun, wie wir mit der Sicherung der großen Risiken umgehen. Was haben Sie dazu beigetragen, eine Gesundheitsreform mit strukturellen Reformen auf den Weg zu bringen? Überhaupt keinen Beitrag haben Sie dazu geleistet! Mit zwei Neuordnungsgesetzen zur gesetzlichen Krankenversicherung, mit dem Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung - merkwürdiger Titel; diese Zielsetzung wird nicht eintreten - haben Sie nur dazu beigetragen, die Belastung der einzelnen Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erhöhen, aber keine strukturelle Reform in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen.

(D)

Sie müßten eigentlich einen Beitrag dazu leisten, daß es wieder mehr Eigeninitiative und Selbsthilfe gibt, daß mehr Menschen die Chance haben, aus nicht verschuldeter Arbeitslosigkeit herauszukommen. Was tun Sie? Allein das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen setzt sich nach wie vor damit auseinander, daß 450 Millionen DM im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit gekürzt worden sind, weshalb alle Städte und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen in enorme Schwierigkeiten kommen.

Letzter Punkt, den ich noch ansprechen will: Es hat überhaupt nichts mit sozialer Sensibilität zu tun, Herr Kollege Arentz, wie Sie in der Frage der Drogenpolitik verfahren. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

"Wir betrachten es als ein Gebot der Nächstenliebe, diesen Menschen den Ausstieg zu erleichtern."

(Kuschke [SPD])

- (A) Das ist ein Zitat aus einem Interview mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Frau Roth. Im "Spiegel" der vergangenen Woche sagt Frau Roth:

"Weil die meisten Bundestagsabgeordneten meiner Partei nicht aus Ballungsgebieten kommen, sperren sie sich gegen solche Pläne. In Frankfurt kennt die CDU das kaum vorstellbare Elend, in dem Drogenkranke stecken, sehr genau. Wir betrachten es als ein Gebot der Nächstenliebe, diesen Menschen den Ausstieg zu erleichtern."

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Den Ausstieg, aber nicht Stoff geben!)

Ich zitiere Frau Roth noch einmal, weil ich weiß, es tut Ihnen weh. Das muß Ihnen weh tun, damit Sie an dieser Stelle sensibler werden.

(Beifall bei der SPD)

"Die bundesweit bekannte Drogenszene in Frankfurt hat gezeigt, wohin ein falscher Begriff von Toleranz führen kann, nämlich in einen Abgrund von Kälte und Mißachtung."

- (B) Das ist das Verdikt von Frau Roth über Ihre Drogenpolitik, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Kuschke, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wittke zulassen?

Wolfram Kuschke (SPD): Nein, danke.

(Oliver Wittke [CDU]: Sie verschweigen, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister aus Gelsenkirchen gegen Fixerstuben ist!)

Wenn ich die Erwartung hätte, daß Kollege Wittke einen substantiellen Beitrag hier leistet, hätte ich damit überhaupt keine Probleme.

(Widerspruch von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Wer hat hier eigentlich keinen Anstand mehr? - Heinz Hardt [CDU]: Das sollen Haushaltsberatungen sein? Alles Guiltoline! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Maßlos! - Glocke)

Frau Roth führt weiter aus - Herr Dr. Linssen -, daß die Zahl der Drogentoten in Frankfurt deutlich gesunken sei, nämlich von 147 im Jahr 1991 auf zuletzt 31. Ich zitiere Frau Roth:

"Ich führe diesen Erfolg vor allem auf das Methadonprogramm zurück sowie auf die Gesundheitsräume, in denen sich Abhängige hygienisch und ohne Angst vor Verfolgung ihren Schuß setzen können - übrigens im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt."

Zitat Frau Roth, CDU-Oberbürgermeisterin in Frankfurt.

Meine Damen und Herren, glauben Sie ernsthaft, Sie könnten Ihre Politik den Menschen in diesem Land weismachen, wenn fast alle Polizeipräsidenten in Nordrhein-Westfalen mittlerweile sagen: Lassen Sie uns im Rahmen einer differenzierten Drogenpolitik den Weg gehen, Schutz- und Gesundheitsräume anzubieten, neben Vorbeugung, neben Prävention, neben Prophylaxe - natürlich unter dem Oberziel, Sucht möglichst erst nicht entstehen zu lassen. Das ist vernünftige Drogenpolitik. Dazu sind Sie nicht in der Lage. Dazu leisten Sie keinen Beitrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Landespflegegesetz, zur Altenpolitik. Wir bedauern es - möglicherweise mit einigen aus Ihrer Fraktion -, daß wir in eine Situation kommen, in der wir die Web- und Konstruktionsfehler des Pflegeversicherungsgesetzes feststellen. Das gilt für die Eingliederung von Behinderten, das gilt für gerontopsychiatrisch veränderte Menschen und letztlich auch für das Standardpflegesatzmodell, über das wir nachher noch diskutieren werden, bei dem der Bundesgesetzgeber nicht in der Lage ist, für Eindeutigkeit zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit den Landespflegegesetz ein Gesetz auf den Weg gebracht, das in hervorragender Art und Weise versucht hat, diese Konstruktionsfehler, soweit es ging, auszumerzen und die Altenpolitik in diesem Lande nach vorne zu bringen.

Erst heute war die Aussage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in der Zeitung zu lesen, daß in Westfalen-Lippe im stationären Bereich der pflegebedürftigen Menschen mittlerweile nicht mehr 50 % von der Sozialhilfe abhängig sind. Ich weiß, daß wir uns in früheren Jahren, als wir über die Pflegeversicherung diskutiert haben, noch vorgestellt haben, daß diese Prozentsätze ganz

(C)

(D)

(Kuschke [SPD])

- (A) anders aussehen könnten. Aber, meine Damen und Herren, diesen Erfolg haben wir nur erreicht, indem wir das Pflegewohngeld im Landespflegegesetz verankert haben - eine Maßnahme, Herr Kollege Arentz, die von Ihnen zutiefst bekämpft worden ist und die Sie nicht für richtig gehalten haben!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Weil sie völlig unzureichend ist!)

Wir stellen fest, das es der richtige Weg ist, den wir dort gegangen sind.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist ein Skandal, was Sie da machen!)

Und was im Bereich der Altenpflegeausbildung stattfindet, Herr Kollege Arentz - so dumm sind Sie ja nun nicht -, dazu kann ich Ihnen den Vorwurf der Unwahrheit nicht ersparen. Es trifft überhaupt nicht zu, daß die Landesregierung 4 000 Ausbildungsplätze in dem Bereich streicht. Richtig ist vielmehr: Wir haben bereits im Jahre 1996 12 500 Ausbildungsplätze gehabt. Und jetzt kommt die entscheidende Botschaft, die auch ins Land geht - davon bin ich überzeugt -: Im Jahre 1997 haben wir schon bis heute 2 500 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie da auf die vermissene Idee kommen können, hier würden 4 000 Ausbildungsplätze abgeschafft, wissen Sie wahrscheinlich nur allein.

Und Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Arentz - da warnen wir Sie vor dem Spiel mit dem Feuer -, daß wir dringend darauf angewiesen sind, daß wir für die Vergütungen in der Altenpflegeausbildung eine vernünftige Refinanzierung bekommen.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Das Umlageverfahren ist kein Verfahren, das wir auf Dauer werden halten können. Und wir können es nur hinbekommen, wenn wir auf Bundesebene im Bundespflegeversicherungsgesetz verankern, daß eine Refinanzierung verpflichtend über die Kassen zu erfolgen hat. Wir fordern Sie auf, Herr Kollege Arentz: Gehen Sie mit uns im Bundestag

den Weg in Richtung einer solchen gesetzlichen Regelung. (C)

(Zurufe des Herbert Reul [CDU] und des Lothar Hegemann [CDU])

Reden Sie mit den Kolleginnen und Kollegen in Bayern, Herr Kollege Reul. Wir sollten diesen Weg fördern, weil wir nämlich, wenn uns dies nicht gelingt, ein ganz anderes Problem haben. Wir reden dann nicht über 12 500 oder 15 000 oder sogar noch mehr Ausbildungsplätze, sondern wir reden dann möglicherweise über null Ausbildungsplätze, weil die Bundesregierung und Sie dabei versagt haben, die Finanzierung der Ausbildungsvergütung auf eine vernünftige und tragfähige Basis zu stellen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das sind alles Dinge, die im Landeshaushalt ihren Niederschlag gefunden haben. Ich habe das Landespflegegesetz erwähnt.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist Schwachsinn!)

- Herr Kollege Hardt, halten Sie sich nicht so viel am Flughafen Düsseldorf auf. Schauen Sie einmal wieder in den Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen, dann fällt Ihnen auch noch ein, was darin sonst noch steht. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ich freue mich ja, wenn Sie sich so erregen; denn dann weiß ich, daß ich auf der richtigen Seite bin, meine Damen und Herren.

Ich komme zum Bereich der Gesundheitspolitik. Wir haben zur Krankenhausproblematik - Herr Kollege Arentz, Sie wissen das sehr genau, und die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuß und auch die Fraktion müßten es wissen -, seit Jahren ein höchsttrichterliches Urteil auf dem Tisch liegen, das es den Ländern verwehrt, in dem Bereich der Instandsetzung und auch im Bereich des Brandschutzes so zu investieren, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist doch unwahr! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht! - Weiter Zurufe von der CDU - Glocke)

(Kuschke [SPD])

- (A) Der Punkt ist gewesen, daß der Bundesgesetzgeber überhaupt nicht oder erst zu spät die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen hat, daß eine entsprechende Finanzierung überhaupt stattfinden kann. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nein, das ist nicht die Wahrheit!)

Wenn Sie in die Krankenhäuser hineingehen, Herr Kollege Arentz - ich kann bei Ihnen nicht so ganz ausschließen, daß Sie außer Schinken und Rühreiern auch noch etwas anders im Flugzeug zu sich genommen haben -, werden Sie auf den Sachverhalt angesprochen. Sie wissen ganz genau, daß dort die Bundesregierung unter Beschuß genommen und nachdrücklich aufgefordert wird, diese Dinge auch zu ändern.

Meine Damen und Herren! Dann kommen wir zu der Frage: Was macht unsere Diskussion um Sozialpolitik in schwieriger Haushaltslage eigentlich aus? Es geht letztendlich um die Frage, ob wir den Sozialstaat erhalten wollen. Das, was wir in den vergangenen Jahren auf der Seite der Bundesregierung erlebt haben, war nun in keinsten Weise dazu angetan, bei den Menschen mehr Vertrauen in diesen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erwecken. Wir haben erleben müssen, daß Sie gegen jede soziale Versicherung angegangen sind. Das gilt für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung; das gilt für den Bereich der Pflegeversicherung.

- (B) Sie sind, Herr Kollege Arentz - auch dort sind Sie ja Mittäter -, im Bereich der Rentenversicherung wieder auf einem üblen Wege. Sie wollen Tausende von Rentnerinnen und Rentner um das bringen, was sie mühsam im Arbeitsleben erarbeitet haben. Sie nehmen es weiter in Kauf, daß Tausende von Frauen mit der Rente allein kein Auskommen finden werden und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Das ist die Ehrlichkeit, die Sie in ihren Debatten nicht aufbringen.

Das heißt, in der Debatte über den Nachtragshaushalt gegenüber der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen in der Frage Sozialpolitik den Vorwurf zu erheben, wir würden unsozial vorgehen, spottet jeder Beschreibung. Das fällt auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, im übrigen sehen das die Träger im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und in

der Gesundheitspolitik - ob das bei den Aidsinitiativen oder wo auch immer ist -, wesentlich gelassener als Sie selbst. Die Zahl der Zuschriften hält sich in Grenzen. Man setzt darauf, daß vernünftige Gespräche geführt werden. Man hat ein hohes Vertrauen in die soziale Orientierung des Ministeriums und der Koalitionsfraktionen. Das ist schon in den vergangenen Jahren der Fall gewesen; damit haben wir nie Probleme gehabt.

Aber uns erreichen tagtäglich Zuschriften, die sich mit der Frage beschäftigen: Wie wird es in der Arbeitsmarktpolitik des Bundes weitergehen? Werden Kinder zukünftig überhaupt noch die Möglichkeit haben, Kuren zu beginnen? Werden CDU/CSU und FDP weiterhin daran gehindert, ganze Regionen sozial und wirtschaftlich auszubluten, wie es im Bereich der Kur- und Reha-Standorte der Fall ist? Lassen Sie sich das noch einmal sagen: Über 40 % Rückgänge der Kuranträge im Rheinland und in Westfalen-Lippe bedeutet Anstieg der Arbeitslosigkeit in den betroffenen Regionen auf Zahlen um die 30 %! Wir werden im Ostwestfälischen, Herr Kollege Paus, erleben, daß ganze Landstriche durch diese Politik der Bundesregierung ausbluten werden.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, die Doppelzüngigkeit, Eiertanz - all die Dinge, von denen Sie hier gesprochen haben, sehen wir nicht, sondern wir sagen: Angesichts eines Nachtragshaushalts, den diese Landesregierung einbringen mußte aufgrund finanzieller Fehlentwicklungen und Ursachen, die dieses Land wie alle Bundesländer nicht zu verschulden hat, sondern die Bundesregierung, sind wir weiterhin in der Lage, sozialen Kurs zu halten und den Menschen in diesem Land auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Reul hat mich heute morgen mit der Art und Weise, wie er sich hier für die Forderung der Arbeitgeberorganisationen zur Abschaffung des zweiten Berufsschultages mit Brandreden ins Zeug gelegt hat, sehr stark an

(C)

(D)

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) eine ehemalige Fraktion dieses Hauses erinnert, die sich in ähnlicher Weise mit Reden als Kaderpartei mancher Arbeitgeberverbände gerierte. Diese Fraktion, Herr Reul, ist mittlerweile hier ausgestorben. Ich möchte Ihnen nicht im Wege stehen, diesem Beispiel zu folgen, wenn Sie so weitermachen.

(Lachen und Beifall des Loke Mernizka [SPD])

Herr Arentz, was Sie uns gerade hier geboten haben, war für mich ausgesprochen beruhigend.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Erste Klasse war das!)

Denn das hat mir gezeigt - was ich ahnte -, daß Sie zur Sache Nachtragshaushalt Nordrhein-Westfalen eigentlich überhaupt nichts auf der Pfanne haben.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Sie suchen Zuflucht, indem Sie irgendwelche beliebigen Versatzstücke - ich glaube, Herr Walsken hat das schon einmal gesagt - nach dem Motto "Was ich immer schon einmal sagen wollte" mit dem Klebstoff der Ihnen eigenen Demagogie so zusammenmontieren, daß Sie vielleicht bei uninformierten Zuhörern eine Chance haben, das Gefühl zu hinterlassen, hier im Land Nordrhein-Westfalen wäre etwas faul.

(B)

Hermann-Josef Arentz, Mitglied - kein unwichtiges - der Partei der Totengräber des Sozialstaats in Deutschland, hier aufzuführen als Verteidiger der sozialen Belange gegen Rot-Grün war schon eine erstklassige Vorstellung, die für mich wirklich hohen Unterhaltungswert hatte und an Absurdität kaum zu überbieten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kollege Kuschke hat sich gerade schon erhebliche Mühe gegeben, Ihre Falschbehauptungen, auch wissentliche Falschdarstellungen von Sachverhalten, die Ihnen sehr gut bekannt sind, zurechtzurücken, damit das nicht einfach so im Raume stehen bleibt. Das will ich alles nicht wiederholen. Ich muß nur auch an dieser Stelle sagen: Die Rede des Kollegen Kuschke hat auch für mich wieder gezeigt, daß wir in der Auseinandersetzung mit Ihnen, Herr Arentz, und mit der CDU Deutschlands ein sehr hohes Maß sozialpolitischer Übereinstimmung zwischen BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und der SPD haben. Das ist eine Feststellung, die mich weiterhin hoffen läßt. (C)

Sie haben mich noch einmal bezüglich der Vorgänge im Ausschuß angesprochen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ja!)

Sie haben mir vorgeworfen, ich stünde in der Tradition der Jakobiner. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen erzählen, was da abgelaufen ist. Wir hatten die Nachtragshaushaltsberatungen auf der Tagesordnung, und die CDU kommt mit einer Liste von - ich weiß nicht: 20, 30, 40; wieviel waren es? - Einzeltiteln aus dem Haushalt, um den Minister zu jedem Einzeltitel mit der immer wiederkehrenden Frage zu behelligen,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ist das verboten?)

ob aus diesem Titel die globale Minderausgabe mit erwirtschaftet werden solle oder ob dies nicht der Fall sei. Und das tut die CDU, nachdem der Minister eingangs in einer Generaldebatte zur Frage der Erwirtschaftung globaler Minderausgaben das gesagt hat, was er beim heutigen Stand der Dinge dazu sagen kann. Es ist ein Mißbrauch des Ausschusses, wenn man ihn zu einem Händchen-Theater macht, (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

wo mit einer vorgefertigten Frageliste nur Zeit geschunden wird, ohne daß ein Minimum an Aussicht besteht,

(Ruth Hieronymi [CDU]: Jakobiner!)

hier einen Zugewinn an Erkenntnis für das Parlament zu erreichen. Dazu muß ich Ihnen sagen: Es ist ein Akt des Selbstschutzes dieses Ausschusses, wenn man hinterher, nachdem Sie nicht bereit waren, von diesem Theater abzulassen, von den Möglichkeiten der Geschäftsordnung Gebrauch macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Kreutz, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

(Unruhe - Glocke)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Wenn Sie bitte einmal schweigen würden einen Augenblick.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Bitte schön, Herr Dr. Linssen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Kreutz, ist Ihnen bekannt, daß die GRÜNEN zu dem gleichen Sachverhalt bei der gleichen Ausgangslage vor der Wahl 1995 durch ihren Sprecher Busch haben erklären lassen, dieses Verfahren - genau das, was jetzt auch praktiziert worden ist mit der globalen Minderausgabe - sei absolut undemokratisch? Und können Sie dem Hohen Hause vielleicht erklären, ob offensichtlich die Teilhabe an der Macht, das heißt, die Veränderung des Seins auch bei Ihnen das Bewußtsein verändert hat?

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Daniel Kreutz (GRÜNE):** Natürlich ist es grundsätzlich so, daß man, wenn man in eine neue Situation gerät, immer dazulernt. Das ist ja auch richtig.

(Lachen bei der CDU - Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU] und des Heinz Hardt [CDU])

Aber zweitens, Herr Linssen, will ich Ihnen sagen: Undemokratisch war es zutiefst, als sich die CDU-Landtagsfraktion bei den Haushaltsberatungen 1998 hier ihrer Rolle verweigert hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: 98?!)

- Bei der Haushaltsberatung 1997 - Sie wissen genau, wovon die Rede ist. Undemokratisch ist es auch, wenn Sie versuchen, Ihre Rolle im Ausschuß dazu zu benutzen, den Fortgang geordneter Haushaltsberatungen im Ausschuß zu blockieren und zu lähmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Was?)

(C) Zur Drogenpolitik und Ihrem Verhältnis zu Ihrer Parteikollegin Frau Roth, der Oberbürgermeisterin von Frankfurt, hat der Kollege Kuschke sich auch schon geäußert. Herr Arentz, wenn Sie das, was Sie hier drogenpolitisch erzählen, als Linie der CDU verkaufen und dies weiterhin glaubwürdig tun wollen, bin ich gespannt, wann Sie in naher Zukunft den Parteiausschlußantrag gegen Ihre Parteikollegin Frau Roth in Frankfurt einbringen. Denn das kann ja wohl nicht sein, daß Sie uns hier erzählen, die CDU halte das für den Untergang des Abendlandes, was ihre eigene Parteikollegin in Frankfurt macht und aus praktischer Erfahrung für hochgradig richtig hält. Da müssen Sie schon etwas kürzer treten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Meine Damen und Herren, wir debattieren hier aber den Nachtragshaushalt.

Natürlich ist es so, daß für diejenigen, die sich in besonderer Weise der Sicherung und Weiterentwicklung sozialstaatlicher Strukturen verpflichtet sehen - insbesondere für Sozialpolitiker -, ein Nachtragshaushalt, mit dem über eine globale Minderausgabe eine halbe Milliarde DM eingespart werden muß, mit Sicherheit keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung ist. Das ist wohl klar. So muß der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales zusätzlich eine globale Minderausgabe in Höhe von 103,5 Millionen DM erbringen. Das ist gut ein Fünftel der insgesamt zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe. Damit steht er vor der selbstverständlich wenig erfreulichen Aufgabe, in seinem Haushalt Einsparungen von insgesamt rund 270 Millionen DM in den Förderbereichen und knapp 13 Millionen DM bei den Personalausgaben erbringen zu müssen. Das ist keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung.

(D) Aber es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden - das werden wir draußen im Lande tun -: Die Ursache für diese notwendige Operation findet sich nicht im Düsseldorfer Kabinett, heißt weder Heinz Schleußer noch etwa Axel Horstmann, sondern sitzt am Kabinetttisch in Bonn und trägt zum Beispiel den Namen Theo Waigel oder auch den Namen des heute noch amtierenden Bundeskanzlers.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Bundesregierung zwingt allen Ländern Sparoperationen auf. Sie hat die steuer- und verteilungspolitischen Weichenstellungen vorgenom-

(Kreutz [GRÜNE])

- A) men, deren fatale Auswirkungen sich in den Ergebnissen der letzten Steuerschätzung abzubilden beginnen. Mein Kollege Bajohr hat Ihnen das anlässlich der ersten Lesung mit konkreten Beispielen belegt. Im Kabinett Kohl sitzen diejenigen, die systematisch die Schwachen schröpfen, um die Starken zu mästen, die unseren Sozialstaat kaputtsparen, die öffentlichen Haushalte ausbluten, die Staatsverschuldung in die Höhe treiben, um die Akkumulation privaten Reichtums bei Konzernen, Banken und Vermögensbesitzern zu fördern.

(Lachen des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Herr Arentz, darüber brauchen Sie gar nicht zu lachen. Das sind Tatsachen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verschärfung nicht nur der Massenerwerbslosigkeit und privaten Armut, sondern auch der Verlust von finanziellen Gestaltungsspielräumen bei Bund, Ländern und Gemeinden ist die unvermeidliche Kehrseite der Bonner Klientelpolitik zugunsten der Reichen, Herr Arentz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- B) Damit Sie wissen, wie das aussieht: Auch 1996 hatten wir in Deutschland erneut einen Zuwachs der Geldvermögen privater Haushalte von über 300 Milliarden DM auf den neuen historischen Rekordstand von 4,95 Billionen DM, also 4 950 Milliarden DM, fast 5 Billionen DM zu verzeichnen. Das ist weit mehr als das Doppelte der gesamten Staatsverschuldung.

Während sich die untere Hälfte der Haushalte von diesem Geldvermögen 10 % solidarisch zu teilen hat, konzentriert sich bei den obersten 5 % der Haushalte allein ein Drittel des Geldvermögens. Und beim obersten Fünftel der Haushalte sind es zwei Drittel. So sieht die verteilungspolitische Schieflage in Deutschland aus, in die 15 Jahre Kohl hineingeführt haben.

Damit einher geht der Marsch in den Lohnsteuerstaat, der die Arbeitgeber immer weiter aus einer angemessenen Mitfinanzierung gesamtgesellschaftlich notwendiger Aufgaben entläßt. Die Kohl-Regierung hat den Verfassungsgrundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums in sein Gegenteil verkehrt und das soziale dem privaten Eigentum tributpflichtig gemacht, und zwar um so mehr, je

- größer das Eigentum ist. Es gibt in Deutschland keinen Mangel an finanziellen Mitteln, sondern es gibt eine falsche Verteilung der vorhandenen Ressourcen, die Jahr für Jahr immer dramatischere Ausmaße annimmt und auch unser Land Nordrhein-Westfalen als eines der wirtschaftlich stärksten dieser Republik in absehbarer Zeit - sollte das so weitergehen und keine Änderung eintreten - an den Rand der finanzpolitischen Gestaltungsfähigkeit führen wird. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Soweit also dieser Nachtragshaushalt für Nordrhein-Westfalen ein Sparhaushalt ist, wurde er durch die Bundesregierung erzwungen. Nur wenn es gelingt, sich von dieser Regierung zu befreien, haben Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration wieder eine Chance in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Der Regierungswechsel in Frankreich und die Regierungserklärung von Herrn Jospin geben Anlaß zu der Hoffnung, daß wir dort ein Beispiel dafür erleben, daß ein Regierungswechsel von konservativen zu Reformkräften auch mit dem notwendigen Politikwechsel verbunden werden kann, was man von Großbritannien in dieser Form nicht unbedingt sagen kann. (D)

Wir jedenfalls werden die Leute im Land, die befürchten, daß sich ihre soziale Perspektiven durch die Erwirtschaftung der notwendigen Einsparungen weiter zu verdüstern drohen, immer wieder darauf hinweisen, daß man hier unter Zwang der Kohl-Regierung handeln muß. Doch eben dieselben Bürgerinnen und Bürger haben ein Interesse an der zügigen Verabschiedung des Nachtragshaushalts, weil erst damit die Haushaltssperre, die der Finanzminister verfügen mußte, aufgehoben werden kann und dringend benötigte Fördermittel wieder fließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Arentz, wenn die Opposition kritisiert, daß wir mit dem Instrument der globalen Minderausgabe die Anwendung eines zügig greifenden Instruments für geboten halten, bedeutet das nichts anderes, als daß die CDU-Landtagsfraktion mit ihrer Forderung nach einer titelscharfen Einzelberatung verlangt, die Haushaltssperre bis weit in die zweite Jahreshälfte hinein aufrechtzuerhalten.

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) Die Einbrüche in soziale Strukturen, die dadurch entstehen werden, wollen Sie natürlich nicht verantworten. Sie wollen hier nur ein bißchen Schaum schlagen,

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ach du je!)

um der Landesregierung und der Koalition ausgerechnet in sozialen Fragen irgendetwas ans Bein zu binden. Das, Herr Arentz, wird Ihnen nicht gelingen.

Ich gehe davon aus, daß sich der Minister im Haushaltsvollzug im wesentlichen von zwei Zielen leiten lassen wird: zum einen, die notwendigen Einsparungen so zu erwirtschaften, daß Brüche in den sozialen Strukturen unseres Landes vermieden werden können, und zum anderen, die notwendigen Weiterentwicklungen, die die Koalitionsfraktionen mit ihren Haushaltsbeschlüssen in einigen Politikfeldern eingeleitet haben, nicht zu blockieren.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So sieht einer aus, der das Landesblindengeld kürzt.)

- (B) Anlaß zu vorsichtigem Optimismus in dieser Hinsicht kann die Auskunft sein, die uns der Minister im Ausschuß gegeben hat. Herr Arentz, Sie waren selber dabei. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß in den Haushalten der vergangenen Jahren regelmäßig Ausgabenreste in einem erheblichen Umfang - etwa im Volumen der globalen Minderausgabe - angefallen seien. Das läßt hoffen, daß wir das Schlimmste verhindern können, und hat auch nichts damit zu tun, daß der Landtag zuviel Geld für soziale Zwecke bereitgestellt hätte. Angesichts der sozialen Krise ist das gar nicht möglich.

Herr Arentz, vielmehr wissen Sie genau, daß es in der Frage des Mittelabflusses immer wieder tatsächlich Umstände gibt, die auch von der Landesregierung nicht zu beeinflussen sind und die dazu führen, daß die eingeplanten Mittel nicht im vorgesehenen Umfang abfließen können.

Dies führt gerade in den ausgaben- und finanzstärksten Bereichen des Haushalts zu Ausgabenresten, die zum Jahresende anfallen. Der Minister hat uns zugesichert, daß er sich bemühen werde, dem reformpolitischen Willen des Parlaments, der sich in den ausgebrachten Haushaltsansätzen dokumentiert, auch unter den Bedingungen des Nachtragshaushalts Rechnung zu tragen.

Positiv ist darüber hinaus zu vermerken, daß wir mit dem Nachtragshaushalt trotz angespannter Finanzlage im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik 7 Millionen DM für die Integration junger Erwerbsloser in die Arbeitswelt zusätzlich bereitstellen können - ganz im Gegensatz zu den Optiken, die der Herr Arentz aufzumachen versucht.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 100 Millionen DM werden gespart und 7 Millionen zur Verfügung gestellt! Das ist toll!)

Wenn Herr Arentz die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik tragen müßte, wäre davon nicht mehr viel übrig; da bin ich mir absolut sicher.

Angesichts der schlimmen Erwerbslosigkeit von jungen Leuten, die immer mehr aufs tote Gleis der Langzeiterwerbslosigkeit geschoben werden, kann man diese zusätzliche Anstrengung nur begrüßen, selbst wenn man damit keineswegs in der Lage ist, auch nur annähernd die Defizite der Arbeitsmarktpolitik des Bundes auszugleichen.

Wir müssen natürlich auch mit zusätzlichen 5,3 Millionen DM dafür Sorge tragen, daß dem Staatsbad des Landes Nordrhein-Westfalen - Bad Oeynhausen -, das durch den Frontalangriff der Bundesregierung auf die medizinische Rehabilitation aufs schwerste in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet ist, eine Überlebensperspektive gesichert werden kann.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wegen des Mißmanagements!)

Auch hier kommen notwendige Mehrausgaben aufgrund von Handlungszwängen zustande, für die die Bundesregierung die Verantwortung trägt und bei denen wir uns um Schadensminderung und -begrenzung zu bemühen haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, daß Sie diesem Nachtragshaushalt Ihre Zustimmung erteilen, und danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Minister Horstmann für die Landesregierung das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr

(C

(D

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) verehrten Damen und Herren! Ich habe in Teilen - das möchte ich vorweg sagen - ein gewisses Verständnis für den Herrn Kollegen Arentz.

Der Herr Kollege Arentz hat sich hier in den letzten Monaten manches anhören müssen: zum Thema Rente, zum Thema Pflege,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wir haben einen guten Entwurf vorgelegt, aber die SPD kneift!)

zum Thema Arbeitsmarkt, zum Thema Gesundheitspolitik,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da sind wir um Klassen besser!)

zum Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Gutes Gesetz!)

zum ersten Neuordnungsgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung, zum zweiten Neuordnungsgesetz, zum Pflegegesetz und so weiter, meine Damen und Herren.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schauen Sie sich doch Ihre Krankenhauspolitik an!)

- (B) Nicht alles davon hat er wirklich zu Recht eingesteckt, aber er hat viele Lasten und Kritiken auf sich genommen, und er hat sich tapfer in den letzten Monaten bemüht, alles zu verteidigen, was sowohl die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch die Landesregierung an der Bonner Politik zu kritisieren hatten.

All das haben Sie tapfer getragen, und seitdem warten Sie natürlich auf eine Gelegenheit, Herr Kollege Arentz, bei der Sie den Versuch wagen können, der Landesregierung unsoziale Kürzungen und Einsparungen nachzuweisen. Das verstehe ich alles, Herr Kollege Arentz, aber ich muß Ihnen folgendes sagen: Was Sie hier vorgetragen haben, hat weder mit der Wahrheit noch mit dem Nachtragshaushalt 1997 etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe einen gewissen Frust, und ich verstehe auch ein gewisses Maß an Enttäuschung: Sie sitzen in dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales und wissen, daß da ein Sozialminister sitzt, der nun erklären soll, wie er 100 Millionen DM zusätzliche globale Minderausgabe erwirtschaften will. Nun warten Sie natürlich geradezu darauf, daß dieser Sozialminister irgend

- (C) etwas sagt, bei dem Sie sofort auf die Pauke hauen und sagen können: Seht her, liebe Leute in Nordrhein-Westfalen, hier macht die Landesregierung von NRW schlechte, unsoziale Politik.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Dafür werden Sie leider bezahlt!)

Diese Gelegenheit habe ich Ihnen aber nicht geboten, Herr Kollege Arentz. Sie haben übrigens auch Anfang des Jahres, als wir über den Haushalt in seiner Ursprungsfassung gesprochen haben und als in meinem Einzelplan schon 180 Millionen DM an globalen Minderausgaben standen, gar nicht danach gefragt. Ich kann mich überhaupt schlecht an Beiträge Ihrerseits aus der damaligen Haushaltsdebatte erinnern, wenn ich ehrlich sein soll. Ich weiß gar nicht, ob Sie etwas gesagt haben, aber ich glaube es nicht.

(Zuruf von der CDU)

- Ich weiß ja, wie es dazu gekommen ist: Sie durften damals nichts sagen, weil das die abgesprochene Strategie und Linie war. Dann kam aber der Nachtragshaushalt, und da sollte es anders sein: Sie wollten loslegen und warteten auf die Vorlage, in der etwas gestrichen, gekürzt und gespart werden sollte. - Diesen Wunsch haben wir Ihnen aber im Ausschuß nicht erfüllt, und das ist frustrierend für Sie, Herr Kollege Arentz.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben gegenüber dem Parlament eine Rechenschaftspflicht!)

- Ich sage Ihnen, Herr Arentz: Das, was Sie hören wollen, worauf Sie warten, das bekommen Sie nicht zu hören, weil es nicht nordrhein-westfälische Politik ist, politisch motivierte Leistungseinschnitte zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Und weil wir das nicht machen, Herr Arentz, sitzen Sie fest eingemauert im 30%-Turm, und ich wünsche Ihnen, daß Sie dort noch lange bleiben.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie trauen sich nichts!)

Jetzt zu den einzelnen Aussagen, die Sie gemacht haben: Sie sagen, daß nun alle Zuwendungsempfänger in Nordrhein-Westfalen um ihre Förderungen fürchten müssen. Ganz abgesehen davon, daß das ein Vorwurf ist, der logisch nicht zu dem Vorwurf paßt, über den Sie im weiteren gesprochen haben, will ich an dieser Stelle klar und deutlich und auch für die Öffentlichkeit bestimmt sagen: Keine Zuwendungsempfänger werden in

(D)

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) Nordrhein-Westfalen um ihre Förderungen fürchten müssen, meine Damen und Herren.

Aus der Sicht jeder Fachpolitik - auch der Sozialpolitik - ist es nur zu begrüßen, daß dann, wenn bei den Ausgaben eines öffentlichen Haushalts im Verhältnis zu den zurückgegangenen Einnahmen ein Anpassungsbedarf gesehen wird, dieser mit dem Mittel einer globalen Minderausgabe aufgebracht wird. Ich begrüße es als Sozialminister dieses Landes ganz ausdrücklich, daß der Finanzminister zu diesem Vorschlag gekommen ist.

Warum tue ich das? - Eine globale Minderausgabe stellt anders als titelscharfe Kürzungen in einzelnen Bereichen sicher, daß der Haushalt in seinem Volumen so weitgehend wie möglich ausgelastet werden kann. Wenn Sie statt einer globalen Minderausgabe innerhalb eines Haushaltsjahres titelscharfe Kürzungen vornehmen würden, dann hätte dies zur Konsequenz, daß Sie die Kürzungen vorgenommen hätten und daß Sperrungen von Ausgaben in bestimmten Ansätzen und Bereichen erfolgt wären, aber am Ende hätten Sie trotzdem noch eine Minderausgabe im Haushalt übrig.

- (B) Warum ist das so? Es ist so, weil das kamerale Haushaltsplanungs- und -rechnungssystem, mit dem der Landeshaushalt gefahren wird, uns schlicht und einfach für die Veranschlagung vorgibt, sich auf die sichere Seite zu begeben, weil überplanmäßige Ausgaben im weiteren Verlauf des Haushaltsjahres so gut wie überhaupt nicht zu erreichen sind. Geplant werden also keine Mittelwerte vermutlicher Ausgaben, sondern geplant und eingestellt werden Beträge, von denen man weiß: Damit kommen wir aus.

Ich will ganz offen sagen, daß mir das im Bereich der Kindergärten ganz besonders wichtig war. Viele Beteiligte in Nordrhein-Westfalen haben eine große Kraftanstrengung unternommen, damit tatsächlich zum 1. Januar 1999 der Rechtsanspruch aller Eltern auf einen Kindergartenplatz erfüllt werden kann. Wir wollten nicht, daß die Errichtung auch nur einer einzigen Kindergartengruppe in Nordrhein-Westfalen in Gefahr gerät, weil vielleicht im Landeshaushalt nicht ausreichend Mittel eingestellt worden sind.

Im übrigen steuern nicht wir das Ausgabeverhalten im Kindergartenhaushalt, sondern dies tun die Träger und die örtlichen Jugendämter, sprich: die Kommunen; wir leisten unseren Finanzierungsanteil dazu. Wie viele Kindergärten entstehen, entscheidet nicht die Landesregierung. Deshalb denke ich überhaupt nicht daran, irgendeine poli-

tisch motivierte titelscharfe Kürzung vorzunehmen, die es zuließe, uns nachzusagen, daß wir im Kindergartenbereich einsparen wollen. Das wollen wir gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ähnlich verhält es sich bei der Arbeitsmarktpolitik. Herr Kollege Arentz, Sie können das nicht ändern. Ich muß doch jedes Jahr im Januar oder Februar den Trägern gewisse Kontingente an Maßnahmen zur Verfügung stellen. Ich muß doch dem Berufsförderungszentrum beispielsweise in Essen sagen können, daß es x Maßnahmen für folgende Personengruppen durchführen könne. Wenn sich bei der Abrechnung solcher Maßnahmen im nachhinein herausstellt, daß in diesen Maßnahmen weniger Teilnehmer als vorgesehen waren, weil vielleicht 14 Tage vor Beginn eines solchen Kurses Teilnehmer abgesprungen sind, dann werden aus dem Landeshaushalt geringere Beträge fällig. Die gebundenen Mittel sind dann höher als die tatsächlich abgeflossenen Mittel. Jeder, der mit dem öffentlichen Haushalt zu tun hat, weiß, daß solche Vorgänge normal und nicht auszumerzen sind.

Ich freue mich darüber, wenn der Landeshaushalt auf der Ausgaben Seite insgesamt nach unten angepaßt werden muß, weil die Einnahmen in der erwarteten Höhe ausbleiben, daß mir die Freiheit bleibt, diese bewilligungs- und veranschlagungstechnisch bedingten Reste in einzelnen Haushaltstiteln zusammenzufassen und dem Finanzminister als globale Minderausgabe zur Verfügung zu stellen. Ich finde das nicht schön, aber ich halte es für das Bestmögliche, um eine solche Minderlast des Haushalts herbeizuführen.

An Kürzungen ist nicht gedacht, Herr Kollege Arentz. Das haben Sie in letzter Zeit häufiger erlebt, und Sie haben mit Wiederholungen nicht gespart. Deshalb gehe ich das Risiko ein und sage Ihnen etwas über die titelscharfen Kürzungen im Bundeshaushalt 1997. Wir haben oft darüber gesprochen.

Bei der Arbeitsmarktpolitik ist allein der Bereich von Fortbildung und Umschulung um 20 % heruntergefahren worden. Die Folge davon ist, daß in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr viele tausend Maßnahmen nicht begonnen werden konnten.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Herr Arentz, der Bundesjugendplan wurde 1997 - vielleicht hört auch Herr Kollege Rüsenberg zu - um 12 % gegenüber dem Vorjahr 1996 zurückge-

(C)

(D)

(Minister Dr. Horstmann)

- A)** fahren. In Nordrhein-Westfalen ist beim Landesjugendplan noch zugelegt worden.

(Beifall bei der SPD)

Die Mittel für die Drogenhilfe, Herr Kollege Arentz, sind im Haushalt des Bundesministers Seehofer 1997 gegenüber 1996 um 21 % zurückgefahren worden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 15 % bei Ihnen!)

Dazu kommen Kürzungen, die Ihre ganze Drogenpolitik völlig unglaubwürdig machen. Auf das, was Sie eben gesagt haben, antworte ich wie folgt: Sie wollen den Drogenabhängigen, denen Frau Roth in Frankfurt in bestimmter Weise hilft, in Wahrheit gar nicht helfen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer gesundheitspolitischen Konzeption ein therapeutisches Vakuum. Ich sage ich Ihnen auch, warum Sie ihnen nicht helfen wollen. Sie wollen sie als abschreckendes Beispiel für unsere Kinder durch die Gegend tragen und halten dies für eine vernünftige Drogenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

- B)** Dazu kann ich nur sagen, Herr Kollege Arentz: Überdenken Sie diese Position, die selbst innerhalb der CDU nicht mehr Standard ist.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist eine grauenhafte Polemik!)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Kollege Horstmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage gestatten.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Im Haushalt des Bundesministers Seehofer sei die Aids-Hilfe 1997 gegenüber 1996 um 22 % zurückgefahren worden. In Nordrhein-Westfalen passierte das Gegenteil, und dabei wird es auch mit einem Nachtragshaushalt 1997 bleiben! Das schadet Ihnen als Opposition - zugegeben -, aber es ist gut für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Im Ausschuß haben Sie diese Erklärung noch nicht abgeben wollen!)

- (C)** Auch bei der nächsten Position haben Sie den dritten Anlauf unternommen, Unwahrheiten in die Welt zu setzen. Herr Kollege Arentz, was Sie über die Entwicklung der Altenpflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen gesagt haben, war eine wesentliche Falschaussage.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen haben wir in der Altenpflegeausbildung im Jahre 1997 - ich habe es bei anderer Gelegenheit gesagt, ich wiederhole es - 2 500 Auszubildende mehr als noch 1996. Ich will Ihnen auch sagen, wie das möglich ist. Es liegt daran, daß wir anders als früher nur noch Altenpflegeschüler in der Erstausbildung übernommen haben. Früher haben sich die Auszubildenden etwa zur einen Hälfte in Erstauszubildende, für die das Land eingetreten ist, was die Ausbildungskosten angeht, und für die die Umlagefinanzierung eingetreten ist, was die Ausbildungsvergütung betrifft, und zur andern Hälfte in Umschüler aufgeteilt, die mit Mitteln des Arbeitsförderungsgesetzes für eine Umschulung zum Altenpfleger unterstützt worden sind. Dreimal dürfen Sie raten, woran das liegt. Im Grunde genommen sollte ich Ihnen nur einen Versuch lassen, denn ich habe Ihnen das nötige Stichwort "Kürzungen bei Fortbildung und Umschulung durch die Bundesregierung bei der Bundesanstalt für Arbeit" bereits genannt. Alles andere, Herr Kollege Arentz, was Sie über Nordrhein-Westfalen gesagt haben, entspricht nicht der Wahrheit.

Ein letztes Wort! Wie oft, Herr Kollege Arentz, haben Sie in den vergangenen Monaten den Versuch gemacht, an Stellen, an denen Sie in Anspruch genommen wurden, das zu vertreten, was Bonn beschlossen hatte, und erklärt, wie wichtig es sei, in diesen schwierigen Zeiten hoher finanzieller Belastung der öffentlichen Haushalte auch in der Sozialpolitik nach Zielgenauigkeit zu schauen und Sozialpolitik zielgenau anzulegen.

(D) Dann aber kommen Sie her und halten der Landesregierung vor, sie wolle darauf reagieren, daß künftig viele blinde Menschen in Nordrhein-Westfalen einen vorrangigen Anspruch aus der Pflegeversicherung haben. Welche Demagogie, Herr Kollege Arentz! Sie und Ihre Leute haben genauso wie wir es wie selbstverständlich mitgetragen, daß die Einführung der Pflegeversicherung im Bundessozialhilfegesetz entsprechende Anpassungen bei Sozialhilfeleistungen für Blinde ausgelöst hat. Das gleiche kritisieren Sie im Lande Nordrhein-Westfalen, obwohl Sie ganz genau wis-

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) sen, Herr Kollege Arentz, daß aufgrund dieser Operation kein einziger blinder Mensch mit seiner zukünftigen Leistung aus Pflegeversicherung und Sozialhilfe schlechtergestellt ist, als er es bisher war.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, dies ist der Versuch der Täuschung der Öffentlichkeit.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Ich gebe zu: Sie finden auch kaum einen anderen Ansatz. Und weil das in Nordrhein-Westfalen so bleibt, bin ich guten Mutes, daß auch die Rollenverteilung in diesem Lande so bleibt, wie sie ist: Wir regieren, und Sie opponieren, wie immer Sie das wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Meyer das Wort.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Aha! Jetzt kommt ein rhetorisches Feuerwerk ohne Inhalt!)

- (B) **Laurenz Meyer (CDU):** Herr Kollege Matthiesen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich kann zunächst nur sagen, daß wir diesen Nachtragshaushalt eigentlich begrüßen, weil er endlich Klarheit über die Unterschiede zwischen Opposition und der Regierungskoalition schafft, über das, was wir wollen, und das, was Sie machen,

(Beifall bei der CDU)

nicht das, was Sie sagen, sondern das, was Sie machen.

Damit das von vornherein klar ist, Herr Matthiesen: Sie stehen dafür in der Verantwortung, Sie als SPD und nicht die GRÜNEN oder wer auch immer. Sie müssen als federführende Partei in dieser Koalition dafür geradestehen, was Sie hier für einen Unfug

(Beifall bei der CDU)

für Arbeitsplätze und für Existenzgründer, für Verkehr und für Arbeitsplätze in der Baubranche anrichten, was für einen Unfug Sie hier machen, wo Sie Ihre Schwergewichte setzen. Das ist grundfalsch, was hier stattfindet.

Der Wirtschaftsminister steht mitten auf diesem ganzen Karussell an nicht eingehaltenen Verspre-

chungen und Reden draußen bei IHK und Handwerkskammern.

Schwerpunkte sollten nach unserer Meinung sein: Arbeitsplätze - runter! Die Investitionsquote war noch nie so niedrig wie jetzt. Mittelstandspolitik - runter! Existenzgründungen - praktisch nichts dafür im Haushalt vorhanden!

Sie können aber auch in den Verkehrsbereich schauen: Landesstraßenbau - runter! Instandhaltung von Landesstraßen - runter! Das einzige, was vielleicht "beruhigend" ist, daß bei Frau Bruns der kommunale Fahrradwegebau erhalten bleiben soll. Das ist möglicherweise das Schwergewicht, das Sie noch setzen können, wo sich nichts an Kürzungen ereignet.

Herr Minister Clement, Sie müssen sich das einfach einmal vorrechnen lassen: Nordrhein-Westfalen ist inzwischen nach Ihrem Vorzeigepolitiker Lafontaine im Saarland das schlechteste Land, was die Investitionsquote angeht. Und dann wundern Sie sich darüber, daß die Arbeitsplätze im Baubereich in der Art und Weise in unserem Land abschmelzen, wie es hier passiert. Sie sind mit schuld an dieser Arbeitslosigkeit in der Baubranche, weil Sie Ihr Geld für Verwaltung ausgeben statt für Investitionen. Dafür stehen Sie gerade, Sie auch als Person!

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

- Ja, nun! 1970 stand Nordrhein-Westfalen noch an der Spitze der Investitionsquote, bei 25 Prozent. Sie haben es durch diese grandiose Politik geschafft, inzwischen bei zehn Prozent Investitionsquote anzukommen, und das sind Arbeitsplätze in diesem Lande, direkte Arbeitsplätze in der Industrie und im Handwerk.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz klar sagen: Der Wirtschaftsminister und der Verkehrsminister insbesondere muß sich doch wirklich langsam fragen, was er denn noch für eigenständige Politik machen kann. Der Verkehrsminister ist auf eine Verwaltungsstelle zur Verwaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Regionalisierungsgesetzes reduziert. Von Ihren 3 Milliarden DM im Haushalt kommen 2,3 Milliarden DM direkt vom Bund und werden bei Ihnen nur verwaltet.

(Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Woher denn sonst?)

- Ja, natürlich! Das ist doch ganz klar: weil Sie in den Bereichen, in denen Sie selbst zuständig sind,

(C

(D

(Meyer [CDU])

- (A) in geradezu unerträglicher Weise die Investitionen zurückfahren, da Sie sich nur noch selbst verwalten in diesem Lande und nichts mehr tun. Landesstraßen werden kaum noch gebaut, die bestehenden Landesstraßen verrotten, weil nichts zur Instandhaltung getan wird. Das ist die ganze Wahrheit für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der CDU)

Und der Wirtschaftsminister ist ausschließlich auf Kofinanzierung von europäischen Programmen und Bundesprogrammen und die Kohlefinanzierung reduziert. Von den übrigen großen landesweiten Aufgaben, die hier stattfinden sollen, bleibt praktisch nichts mehr übrig.

Die Existenzgründungsoffensive: Der Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit - wer hätte es anders erwartet! - ist höher als das für eigentliche Existenzgründungen zur Verfügung stehende Geld. 5 Millionen DM in diesem Jahr für Öffentlichkeitsarbeit!

Gleichzeitig streichen Sie die Kredite für mittelständische Unternehmen, das KMU-Programm, um 60 Prozent drastisch zusammen.

Risikokapital! Von den neun Millionen Mark in diesem Jahr bleiben 1,2 Millionen Mark übrig.

- (B) Meistergründungsprämie! 75 Prozent Kürzung, wenn es so kommt, wie Sie es angekündigt haben.

Dann sagen Sie gleichzeitig auf der Handwerksmesse: "Jeder, der einen Antrag stellt, wird das Geld auch kriegen." Meine Damen und Herren, wo bleibt denn da die Glaubwürdigkeit dieses Wirtschaftsministers!

(Beifall bei der CDU)

Sinnfälliger kann man es nun wirklich nicht machen!

Die einzige konkrete Änderung, die Sie im Nachtragshaushalt im Wirtschaftsbereich haben, Herr Minister Clement, ist: Sie stellen eine Million Mark für eine Öffentlichkeitsarbeit für einen wirklich guten Zweck ein: zugunsten von Ausbildungsplätzen - Öffentlichkeitsarbeit! - und kürzen diese eine Million DM bei der Meistergründungsprämie für die Leute, die in Zukunft die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen sollen. Ich sagte es: Sinnfälliger kann man es wirklich nicht machen, als Sie es hier im Nachtragshaushalt tun.

Von den Anträgen, die zur Meistergründungsprämie vorliegen, liegen zur Zeit wegen der Haus-

haltungssperre 250 auf Eis. Das heißt: 250 Anträge werden zur Zeit durch das blockiert, Herr Matthiesen, was Sie bisher schon angerichtet haben. Anschließend will der Wirtschaftsminister in diesem Bereich noch weiter kürzen. (C)

Wir haben uns erkundigt und erfahren, daß jeden Monat rund 100 Anträge kommen. Wenn wie in der Vergangenheit jeden Monat 100 Anträge auf Gründung neuer Betriebe kommen, dann müßten in den kommenden Monaten noch 500 neue Anträge eingehen. Das heißt, Sie brauchen allein noch weitere 15 Millionen DM, um diese Anträge erfüllen zu können. Sie haben aber nur noch freie Mittel in Höhe von 14,2 Millionen DM. Im Wirtschaftsausschuß stellen Sie diese 14,2 Millionen DM als Verfügungsmasse für Ihre globale Minderausgabe zur Disposition.

Meine Damen und Herren, man kann es wirklich nicht drastischer sagen: Draußen wird auf Deubelkomm-raus geredet, und hinter der Hecke werde anschließend die Maßnahmen getroffen, damit wirklich nichts für neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen stattfinden kann.

Oder nehmen wir den Risikokapitalfonds. Ankündigungsminister Clement: "Es wird einen Fond von 100 Millionen DM geben: 60 Millionen von den Sparkassen und Banken, 40 Millionen DM vom Land." So hat er es denen denn auch verkündet. In drei Jahresraten soll das Geld zur Verfügung gestellt werden. So ist das bei den Betroffenen angekommen. Was macht dieser Wirtschaftsminister anschließend? Er beantragt für das kommende Haushaltsjahr lediglich 4 Millionen DM und 3 Millionen DM für die Managementgesellschaft. 5 Millionen DM hat er im letzten Jahr schon für die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich ausgegeben. Das zeigt die wahren Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, was hier geredet und was hier getan wird. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das soll angeblich das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument in dieser Legislaturperiode sein. Wo werden denn hier die Schwerpunkte gesetzt?

Die 5 Millionen DM, die Sie für die Kapitalbeteiligungsgesellschaft in Neuss zugesagt haben, könnten sofort aktiviert werden und zur Gründung von neuen Betrieben bzw. zu Betriebsübernahmen führen. Hier gibt es schon eine Institution, die besteht, und es braucht nicht erst eine Managementgesellschaft gegründet zu werden.

(Meyer [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen, das alles ist wirklich in höchsten Maße unglaublich, und es wird hier in großem Umfang eine Täuschung der Öffentlichkeit vorgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hombach, ich sage Ihnen ganz offen: Ich möchte unter solchen Umständen wirklich nicht Wirtschaftspolitiker innerhalb der SPD-Fraktion sein. Da muß man sich in der Tat fragen, mit welchem Selbstverständnis sich jemand in der Zeitung für den Mittelstand und für Handwerksbetriebe äußert. Das kann man allenfalls noch mit einer gewissen machosistischen Art tun. Ansonsten ist mir das völlig unerklärlich. Und man fragt sich, ob wirklich echte Mittelstandspolitiker in der SPD-Fraktion vorhanden sind. Na gut, es gibt ja manchmal auch den einen oder anderen Vegetarier unter Metzgern.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber ich kann mir wirklich beim besten Willen nicht vorstellen, mit welcher Mentalität man dieses Vorgehen durchhalten kann.

Wenn ich mir die letzten Tage anschau, Herr Clement, dann frage ich mich, wo Ihr Aufschrei bei dem bleibt, was die Frau Höhn in Sachen Garzweiler II veranstaltet?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Was hat die Frau Ministerin eigentlich mit diesem Thema zu tun? Wer hat sie damit betraut, diese neuen Gutachten in Auftrag zu geben?

(Zuruf von der CDU: Sabotage ist das!)

Wer stellt ihr eigentlich für so etwas das Geld zur Verfügung? Sie sollten das Geld lieber für die Schaffung neuer Arbeitsplätze statt für die Verhinderung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Da sagt die Frau Höhn: Das kommt 1997 nicht mehr. - Das ist doch Ihr Zuständigkeitsbereich, Herr Clement; da wird Ihnen vorgeschrieben, was in diesem Jahr passiert und was nicht, und Sie sagen kein Wort dazu! Eine Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums war nicht zu erhalten. Man hat das wochenlang vorliegende Gutachten angeblich noch nicht gelesen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich das Theater um die Flughäfen ansieht, dann stellt man fest, daß das genau dasselbe ist, was hier stattfindet. Will man

eigentlich ganz bewußt Investoren mit diesem Theater verunsichern? (C)

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

- Immer, wenn Sie so aufgeregt sind, dann hat man bei Ihnen ins Schwarze getroffen. Das habe ich inzwischen schon gemerkt. Gott sei Dank sind Sie in dieser Beziehung reichlich verlässlich.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU)

- Das ist wahr.

Für die Übertragung an diese Beteiligungsgesellschaft gibt es nun wirklich keinerlei finanztechnische Notwendigkeit. Wir können das alles im September hier im Parlament beschließen. Das Parlament begibt sich, wenn es nicht selber beschließen will, einer großen Verantwortung, indem es diese Verantwortung delegiert. Das wollen wir nicht. Wir wollen, daß dieses Parlament sich zur Privatisierung der Flughäfen und zum Ausbau der Flughäfen in Nordrhein-Westfalen bekennt, weil sie eine wichtige Standortvoraussetzung in unserem Lande sind.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Meyer, Ihre Zeit ist abgelaufen.

(D)

Laurenz Meyer (CDU): Liebe Frau Präsidentin, ich habe festgestellt, daß hier zehn Minuten standen. Ich habe, glaube ich, 15 Minuten. Könnten Sie das bitte mal kontrollieren?

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Also das ist so ausgemacht. Können wir das noch einmal ganz schnell - -

Laurenz Meyer (CDU): Jeder Redner hat 15 Minuten, so ist es mir auf den Weg gegeben worden. Ich würde auch gerne meine Redezeit ausnutzen.

(Beratung der Vizepräsidentin mit den Beisitzern.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sagen ein klares Ja der CDU zum Verkauf. Und wir sagen auch ein klares Ja zum Beschluß durch das Parlament. Für Investoren - Herr Minister Clement, das muß doch zumindest Ihnen einleuchten - hätte eine Absichtserklärung, die das Parlament beschließt, verbunden mit einem Ausbau

(Meyer [CDU])

(A) beschluß zum Flughafen, ein ganz anderes Gewicht.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Meyer, die Sache ist geklärt.

Laurenz Meyer (CDU): Deshalb beantragt die CDU-Fraktion zur Drucksache 12/2188 eine namentliche Abstimmung, um hier Klarheit hinsichtlich der Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Meyer, wir haben es geklärt: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie können jetzt nicht mehr sprechen, so leid es mir tut.

Laurenz Meyer (CDU): Dann komme ich in den nächsten Minuten zum Schluß.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Nein, jetzt! Darüber möchte ich ungern verhandeln.

(B)

Laurenz Meyer (CDU): Frau Präsidentin, wenn Sie mir gestatten, den Schluß noch vorzutragen, dann bin ich auch sofort fertig.

Der Herr Clement - das ist ganz klar - muß wirklich dringend die Position wechseln. Die Öffentlichkeit fragt nämlich zunehmend, was denn den Worten, die er in den vergangenen Jahren gesprochen hat, an Taten folgt. Wenn er nicht bald den Posten wechselt, dann kommt wirklich zum Vorschein, daß hier die ganze Zeit nur geredet und nichts umgesetzt worden ist. Deswegen kann ich die Triebfeder für Ihre Unruhe durchaus gut nachvollziehen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Meyer, - -

Laurenz Meyer (CDU): Sie sind bei den ganzen Einschnitten in Ihren Etat still; das ist ganz klar. Es gibt ja das Wort vom Superminister, was den

Haushalt und die Zuständigkeiten angeht. Das einzige, was ich als Superminister erkennen kann - -

(Heiterkeit - Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Meyer, ich bitte Sie noch einmal herzlich, zum Ende zu kommen.

Laurenz Meyer (CDU): - - ist eine supergroße Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Die funktioniert allenfalls noch ganz gut. In der Sache findet nichts statt.

Meine Damen und Herren, ich muß leider zum Schluß kommen, obwohl ich eigentlich auf etwas anderes eingerichtet war.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Sie sind schon weit über die Zeit.

Laurenz Meyer (CDU): Ich komme zum Anfang zurück.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall)

(D)

Dieser Nachtragshaushalt schafft endlich Klarheit über die Unterschiede hier im Parlament. Die Verabschiedung dieses Nachtragshaushalts am kommenden Freitag wird ein trauriger neuer Höhepunkt für die Arbeitsplätze und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Kollegen Hombach für die SPD-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der CDU: Zehn Minuten!)

Bodo Hombach (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Kollege Meyer, das sparsame Wirtschaften mit der Zeit ist in der Tat auch ein Problem. Da Sie eben die Leidenschaft und die vermeintlichen Schwierigkeiten für Mittelstandspolitiker in der SPD angesprochen haben, will ich auch Ihnen mein Beileid ausdrücken. Denn Sie

(Hombach [SPD])

- (A) haben ja erst vor wenigen Tagen bei der Mittelstandsvereinigung der CDU an die Adresse der Wirtschaftsvereinigungen der Handwerker und der Industrie- und Handelskammern beredt Klage darüber geführt, daß sie mit der Landesregierung, mit der SPD und den GRÜNEN so intensiv und gut zusammenarbeiten würden, daß die CDU kaum noch stattfände. Da muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das tut mir für Sie leid. Denn wir hatten Ihnen hier ja einen kräftigen Wettbewerb um Mittelstand, Handwerk und Wirtschaftsverbände in der Frage angekündigt: Wer betreibt die richtige Standortpolitik im Interesse der Wirtschaft und damit verbunden der Arbeitsplätze und der Leistungen für das Land?

Kollege Meyer, Sie zitieren immer wieder---

(Laurenz Meyer [CDU]: Zur Sache!)

- Das ist exakt das, was ich gerade tue, Herr Kollege, auch wenn Ihnen das nicht aufgefallen ist. Das muß aber Ihr Problem sein. Sie zitieren hier wiederholt Datenvergleiche mit dem Bund. Es muß Ihnen aufgefallen sein, daß sich seit der deutschen Einheit das Steueraufkommen in Nordrhein-Westfalen positiv entwickelt hat, während es in weiteren Ländern stagniert - in Bayern zum Beispiel - und in anderen Ländern rückläufig ist. Wir sind aufgrund des Strukturwandels, den wir schon geschafft haben, im Prozeß der Erholung der Wirtschaft teilweise weiter als andere, und wir werden immer stärker Nettozahler im Länderfinanzausgleich. Das kann nicht Folge verfehlter Strukturpolitik oder Entwicklung sein. Ganz im Gegenteil. Das ist auch für Sie ganz gewiß ein gutes Zeichen.
- (B)

Wenn Sie wiederholt Bonn zum Vergleich heranziehen und NRW wiederholt im Vergleich zu anderen Ländern herabsetzen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß in Deutschland 1990 die Zinsbelastung des Bundeshaushalts 431 DM pro Kopf der Bevölkerung betrug. Im Jahre 1997 sind es bereits 1 057 DM pro Kopf eines jeden Bürgers. Das ist eine schwere Hypothek für die Wirtschaft und für den Haushalt, und das steht in engem Zusammenhang mit dem, worüber wir hier reden.

Wenn Sie hier schon wieder die Investitionsquote unseres Landes mit der von Bayern vergleichen, dann müssen Sie hinzufügen, daß das, was in Bayern statistisch Bestandteil der Landesinvestitionsquote ist, bei uns zu über 60 % über Investitionen abgewickelt wird, die aus den Kommunen kommen. Das heißt, wir haben eine andere

Grundlage der Berechnung dessen, was wir Investitionsquote nennen. Es wäre korrekt, das hier zu sagen.

Wie sieht denn nun der Wirtschaftsausschuß, wie sehen wir Wirtschaftspolitiker den Nachtrag? Kollege Meyer, zuallererst zu Ihrem Genösel, das sehr rituell ist. Sie sagten selbst, hier erlebt man den Unterschied zwischen Opposition und Regierung augenfällig. Das ist nun einmal so. Der Mehrheitsführer des Rates der Stadt Mülheim hat gesagt: "Wie schrecklich ist eine Haushaltsdebatte. Von der SPD-Opposition werden Argumente vorgetragen, die meine Kollegen in Duisburg gegen die dort regierenden Sozialdemokraten haben." Diese Art der Ritualisierung, die Umkehrung dessen, was in Bonner Haushaltsdebatten stattfindet, nach hier hilft uns nicht weiter.

Klar ist - das ist unverrückbar, und das müssen Sie auch einsehen -: Die Wirtschaft erwartet nichts so sehr wie eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik. Die Kontroverse zwischen der Bundesregierung und dem Präsidenten des BDI, Henkel, vom letzten Wochenende zeigt sehr deutlich: Wenn die Bundesregierung der Wirtschaft Entlastungen zusagt, sie aber in Wirklichkeit weiter belastet, dann schädigt das nicht nur das Ansehen des Staates, der Politik, sondern auch den Wirtschaftsstandort.

(D)

Kollege Walsken hat zu Anfang klargemacht, welche Leistung es ist, daß wir als erstes Bundesland unseren Nachtragshaushalt fertiggestellt haben - andere Länder ziehen nach - und daß der Nachtragshaushalt in Bonn nach großem Getöse und vielen Schwierigkeiten frühestens nach der Sommerpause erwartet werden kann.

Der Nachtragshaushalt ist auch aus anderer Sicht wirtschaftspolitisch vernünftig. Er hat eine vernünftige Balance zwischen wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gehalten und wurde vor allen Dingen nicht zugunsten unterschiedlicher Begehrlichkeiten bei konsumtiven Ausgaben aufgedrösel. Das ist auch wichtig. Die Kehrseite ist: Wir konnten in diesem Haushalt keine Schwerpunkte setzen, weil wir an ihm nicht modelliert haben.

Zur Zeit ist bei uns zu beobachten, daß die Zeichen der Wirtschaft auf Erholung stehen, die Exporterlöse steigen, die Lohnstückkosten sind gesunken, die Unternehmensgewinne steigen. Allerdings wird viel zu wenig in den Standort Deutschland investiert. Wir haben das Problem, daß die Entwicklungen der Wirtschaft, die positiv sind, am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Das sollten

(Hombach [SPD])

(A) sie nicht. Der wirtschaftliche Erfolg ist kein Selbstzweck. Er ist verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen. Die Investitionen gehen an Deutschland vorbei - das konnten Sie in diesen Tagen in allen Fachzeitungen der Wirtschaft lesen, zuletzt gestern im "Handelsblatt" unter dem Titel: "Die Wirtschaft läuft Sturm gegen Bonn" -, weil die Bundespolitik hinsichtlich des Aspektes Haushalts- und Finanzpolitik so unüberschaubar geworden ist, daß sie zunehmend zum Standortrisiko wird.

Es muß Sie nachdenklich machen, Kollege Meyer - und ich bin sicher, das tut es auch -, daß selbst der Präsident der Vereinigten Staaten beim G-7-Treffen in Washington sich aufgerufen fühlt, den deutschen Bundeskanzler anzumahnen, er solle endlich mehr für Arbeitsplätze tun und Arbeitsplätze schaffen. Denn eines ist klar: Wirtschaftspolitik ist kein Selbstzweck. Sie dient der Schaffung von Arbeitsplätzen, und hier ist das Defizit der Bundesregierung erschreckend. Man hat nicht einmal mehr den Eindruck, daß es eine Art von Wunsch, von Drängen gäbe, das Handeln in den Dienst der Beschäftigungspolitik zu stellen.

(B) Sie haben recht: Der Beteiligungskapitalfonds ist das Herzstück unserer gemeinsamen - darf ich fragen: Immer noch "gemeinsamen"? Ich hoffe es - Reform für Mittelstand und Handwerk in dieser Legislaturperiode. Das Risikokapital kommt spät - insofern stimme ich Ihnen völlig zu. Aber es kommt 15 Jahre zu spät. Wir hätten uns vor 15 Jahren, vielleicht noch früher, zur Unterstützung von Unternehmen, die kreativ sind, die neue Produkte, neue Märkte ins Auge fassen, andere Finanzierungsformen ausdenken müssen als bankübliche. Denn das Absicherungssystem der Banken, "Mutter ihr klein Häuschen" zu verwenden, war längst anachronistisch, seit es bei uns dynamische, forschende Unternehmen gibt. Wir brauchen diese neue Finanzierungsart immer noch und jetzt erst recht.

Sie haben es erwähnt: Wir halten zäh und beharrlich an dem fest, was wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und als Konzept auch mit Ihnen zusammen beschlossen haben, sprich: an der Sicherung des Risikokapitalfonds. Wenn es allerdings der Regierung am 30. Juni gelingt - was ihre Vertreter hoffen: Der Finanzminister ist zuversichtlich, auch der Wirtschaftsminister ist zuversichtlich -, durch den Druck des Parlaments dahin, daß nun endlich etwas geschehen müsse, mehr privates Kapital zu mobilisieren - zu gutem

Zwecke auf der Basis unserer Vorstellungen, zur Realisierung unseres Konzeptes -: Herrgott noch einmal, das müßten Sie doch bejubeln, (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn man in dieser Zeit ohne staatliches Geld Gutes tun kann, wenn man durch Innovation und Ideenreichtum das Richtige tun kann. Sollte das gelingen, werden wir es jedenfalls bejubeln.

Sollte es nicht gelingen - und so lautet unser Antrag -, dann werden wir handeln. Das heißt: Es wird mit dem Aufbau - dies hat der Minister im Ausschuß erklärt - der Managementgesellschaft begonnen. Ich habe nicht den geringsten Anlaß, an dieser Zusage zu zweifeln. Und der nächste Haushalt wird exakt die Mittel ausweisen, die wir brauchen, um unser Konzept zu verwirklichen. Dafür stehen wir, und ich hoffe, daß wir auch in Zukunft noch gemeinsam dafür eintreten. Wir jedenfalls bleiben beharrlich.

Über den Haushaltsplan 1998 werden wir natürlich viel später sprechen. Aufregungen darüber, Herr Kollege Meyer, ob sich denn in ersten Ideen bestimmte Haushaltsansätze wiederfinden, sind aus meiner Sicht ein wenig verfrüht. Denn unsere Fraktion, unser Koalitionspartner und sicherlich auch Sie, wir wollen uns das heiligste Recht des Parlaments, über Haushaltsansätze zu debattieren, doch wohl nicht nehmen lassen. (D)

Daß der Wirtschaftsminister in seinem Einzelplan eine globale Minderausgabe von 122,5 Millionen DM erwirtschaften muß, das ist sehr schwer und bedeutet einen Eingriff in den Wirtschafts- und Verkehrshaushalt. Aber wir wissen - und so sieht die Politik in diesem Zusammenhang aus -, daß bei der Erbringung der globalen Minderausgabe eine Prioritätensetzung erfolgen wird. Titel, die der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Förderung von Existenzgründung und beruflicher Bildung dienen, müssen aus unserer Sicht verschont bleiben.

Und da sind wir denn auch bei dem Thema "Meistergründungsprämie". Wir alle - letztendlich war es ein einstimmiger Beschluß - können stolz darauf sein, daß diese Idee, in den Reihen des Parlaments geboren, nämlich Betriebsgründungen von Handwerkern mit einem Zuschuß von 20 000 DM anzuregen, so wirksam geworden ist. Nach dem Stand Mitte letzten Monats sind inzwischen 1 879 Gründungen gefördert und nur 226 Anträge abgelehnt worden. Es sind - man höre und staune - pro Unternehmen 3,8 Arbeitsplätze, also insgesamt 7 140 Arbeitsplätze entstanden.

(Hombach [SPD])

- (A) Ich zähle diese Details auf und setze sie zueinander ins Verhältnis, weil daran erkennbar wird, daß wir hier Arbeitsplätze mit einem staatlichen Mitteleinsatz von 7 000 DM pro Platz geschaffen haben. Es wäre hirnrissig, ein solches Konzept - ich kenne keine bessere Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen - nicht mit Volldampf weiterzuverfolgen. Es ist - ich wiederhole - erklärter Kern unserer Politik, daß das Geld, was ausgegeben werden wird, wesentlich den Arbeitsplätzen und der beruflichen Entwicklung zugute kommt.

Am Ende werden wir Bilanz ziehen können, wo die globale Minderausgabe erwirtschaftet worden ist. Daß sie erwirtschaftet und zwar da erwirtschaftet werden muß, wo es freie Mittel gibt, daß es korrekt ist, wenn der Minister dem Parlament die Bereiche mit freien Mitteln nennt, das wissen Sie so gut wie ich. Aber es wird unsere Aufgabe sein, Prioritäten bei dem zu setzen, was tatsächlich kommt. Ich wiederhole erneut: Um arbeitsplatzrelevante Bereiche werden wir in den künftigen Gesprächen, wenn es um Geld geht, streiten.

- (B) Herr Kollege Arentz, Sie wären glaubwürdiger, wäre das, was Sie hier vortragen, stimmiger. So aber haben Sie hinsichtlich der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst - wahrscheinlich gegen eigenes Wissen - nicht erwähnt, daß eine gemeinsame Entschließung des Haushalts- und Finanzausschusses existiert, die vorhandenen Kapazitäten im öffentlichen Dienst voll auszuschöpfen. Daß diese Entschließung Sinn macht, wissen Sie auch. Den das Problem des letzten Jahres bestand ja nicht darin, daß etwa eine Stelle gefehlt hätte. Vielmehr war es dadurch entstanden, daß aufgrund der Qualifizierungs- und Nachfragestruktur nur 73 % der angebotenen Stellen überhaupt hatten besetzt werden können. Das war das Dilemma.

Insofern weist der gerade erwähnte Beschluß den richtigen Weg. Das aber, was Sie hier - in erkennbarer Absicht - gerade gegen die Regierung wenden wollten, bedeutet hier den falschen Weg. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Landsberg das Wort.

- (C) **Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Hombach! Die von Theo Waigel produzierten Steuerlöcher stellen den Etat des Wirtschaftsministers vor ganz besondere Probleme. Hier findet sich der größte Teil der gesetzlich ungebundenen Ausgaben. Und entsprechend muß das MWMTV auch den größten Beitrag zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe leisten. Mit mehr als nunmehr 162 Millionen DM liegt das MWMTV noch vor dem MAGS. Eine globale Minderausgabe in dieser Größenordnung läßt sich nicht mehr nur durch Restebewirtschaftung umsetzen. Hier geht es ans Eingemachte, an vorhandene Programme und um Prioritätensetzung in materieller Politik. Die CDU hat das vorhin in der "Sozialrunde" ja schon bemängelt.

- (D) Neben den Schwierigkeiten, die das MWMTV bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe bewältigen muß, ergeben sich natürlich auch Schwierigkeiten für das Parlament - das muß ich als Finanzpolitikerin an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen. Die Steuerungskompetenz des Haushaltsgesetzgebers wird mit globalen Minderausgaben in dieser Größenordnung auf Dauer ernsthaft beeinträchtigt. Meine Damen und Herren von der CDU, es macht allerdings schon einen Unterschied, ob ein Haushalt bereits bei der Aufstellung eine globale Minderausgabe enthält oder ob Bonn nach Aufstellung des Haushalts und der ihm zugrunde liegenden Steuerschätzung neue Haushaltslöcher verschuldet hat, d. h.: Es geht um die Frage, ob es zulässig ist, vor dem letztgenannten Hintergrund mittels eines Nachtrags 500 Millionen DM einzusparen. Ich meine, das ist erheblich schwieriger.

Im Sinne der Haushaltsgrundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit gehe ich aber davon aus, daß wir im Haushalt 1998 keine globale Minderausgabe bekommen oder daß sie doch zumindest auf eine Größenordnung beschränkt wird, die erfahrungsgemäß ohnehin im Rahmen verbleibender Haushaltsreste anfällt.

Herr Meyer, Sie haben sich vorhin darüber beschwert, daß es 5 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit zur Gründungs-offensive gibt und daß auf der anderen Seite die Zinsverbilligungsprogramme zusammengestrichen werden. Obwohl ich sonst an anderen Stellen große Töpfe für die Öffentlichkeitsarbeit und wenig Politik darunter sehr heftig kritisiert habe, sehe ich das an dieser Stelle anders. Die 5 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit haben ein Klima in diesem Lande

(Landsberg [GRÜNE])

- A) geschaffen, das es tatsächlich ermöglicht, daß sich viele Gründerinnen und Gründer motiviert fühlen, ihre Gründung jetzt umzusetzen. Das ist mittlerweile sogar zum Problem für viele Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen geworden. Die Leute stehen Schlange, weil sie ihre guten Ideen in Arbeitsplätze umsetzen wollen.

In der Enquete-Kommission ist berichtet worden, daß wir in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik insgesamt über 800 Wirtschaftsförderprogramme haben, wovon nur 13 wirklich effizient sind. Das heißt, wir müssen auch ernsthaft darüber nachdenken, ob Programme hier in Nordrhein-Westfalen gestrichen oder, sagen wir einmal, anders eingesetzt werden könnten und wir damit zu einer besseren Übersichtlichkeit und auch zu einer größeren Effizienz der Förderprogramme kommen würden.

Ich bin auch der Meinung, ein Sinken der Investitionsquote ist an sich noch nicht das Problem. Der haushaltstechnische Begriff von Investition gibt wirklich nicht alles das wieder, was wir in diesem Sinne auch angebracht fänden. Ich möchte nur auf die Bildungsausgaben hinweisen.

- B) Im Grunde ist es natürlich auch so, daß ein irgendwann einzurichtender Beteiligungskapitalfonds ein Sechstertitel und damit kein Investitionstitel sein wird und damit faktisch die Investitionsquote des Landeshaushaltes senkt. Wenn das aber so ist, dann muß man sich natürlich überlegen, ob es ein Problem ist, wenn man insgesamt Ausgaben kürzt. Ich möchte auch an dieser Stelle wieder an Bonn erinnern und noch einmal deutlich machen: Was hier im Moment im Nachtragshaushalt gekürzt wird, ist nicht hausgemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Thema, das sich leider nicht im Nachtragshaushalt wiederfindet, ist der Beteiligungskapitalfonds NRW. Darüber ist heute schon mehrfach gesprochen worden. Wir haben in der vergangenen Woche über den Beteiligungskapitalfonds im Wirtschaftsausschuß sehr intensiv diskutiert. Wir haben sieben Monate darüber im Plenum und in den Fachausschüssen beraten und konnten dann in der letzten Woche am Mittwoch den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen endgültig verabschieden.

Dieser Antrag enthält aber lediglich das Konzept für den Beteiligungskapitalfonds. Nach vielen Gesprächen mit der Wirtschaft, den Kammern, mit dem beteiligten Ministerium wurde der Antrag überarbeitet.

- C) Es ist nunmehr ein Zweisäulenmodell mit einem Dach entstanden, dem Beteiligungskapitalfonds NRW. Der eine Fuß des Zweisäulenmodells ist die Risikokapitalgesellschaft NRW, die sich an innovativen Betriebsgründungen und Erweiterungen beteiligen soll. Wir wollen Gelder für gute Ideen und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Die Koalitionsfraktionen haben im Ausschuß beschlossen, daß der Risikokapitalfonds NRW zu 60 % von den beteiligten Banken und zu 40 % vom Land zu finanzieren ist. Das heißt, es sind insgesamt 100 Millionen DM gefordert. Das steht auch so in diesem konzeptionellen Antrag.

SPD und GRÜNE haben den NRW-Unternehmen immer wieder versprochen, daß wir im Sommer 1997 mit dem Beteiligungskapitalfonds starten werden. Meine Fraktion hat aus diesem Grunde am Dienstag in ihrer Fraktionssitzung vor der Sitzung des Wirtschaftsausschusses erklärt, sie sei bereit, die notwendigen finanziellen Grundlagen für den Fonds noch im Nachtragshaushalt 1997 zu legen.

- D) Dazu hätte der Landtag lediglich eine neue Titelgruppe einrichten müssen, die nicht einmal Bar-mittel enthält. Wir hätten einen Zufließvermerk aus Kapitel 08 030 Titel 661 11 gebraucht. Das sind die zinsverbilligten Finanzierungen von Beteiligungen. Dann hätten wir noch in diesem Jahr Mittel zufließen lassen können, um den Aufbau der Managementgesellschaft, die Einstellung des Managers, das erste Personal etc. zu finanzieren. Möglicherweise hätten wir dann Ende 1997 auch schon die ersten Beteiligungen vergeben können. Wir wissen, daß dem MWMTV mehr als 100 Anträge von Unternehmen vorliegen, die dringend Kapital brauchen, um Arbeitsplätze zu schaffen und um ihre guten Ideen in marktgängige Produkte umzusetzen.

Leider hat die SPD-Fraktion weder die Titelgruppe noch den Zufließvermerk gewollt.

Wir hätten außerdem eine Verpflichtungsermächtigung in der neuen Titelgruppe über den im Ausschuß beschlossenen Antrag in der Höhe von 40 Millionen DM Landesanteil gebraucht. Damit hätte der Landtag dann rechtsverbindlich erklärt, daß er 1998, 1999 und 2000 bereit ist, je ein Drittel dieses Betrages in die Risikokapitalgesellschaft einzulegen.

Zentral dabei ist, daß der Wirtschaftsminister nur so, also nur über den Nachtragshaushalt 1997, tatsächlich die rechtliche Ermächtigung bekommt, um noch in diesem Jahr Verträge mit den Banken

(Landsberg [GRÜNE])

- (A) zu unterschreiben. Aber auch das hat die SPD-Fraktion nicht gewollt. Herr Meyer, Sie wissen, wir sind an die Passage aus dem Koalitionsvertrag gebunden,

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

wonach wir hier nur gemeinsam abstimmen. Mir zuckt es dann manchmal in der Hand - das muß ich zugeben -, weil mich das Thema auch persönlich sehr engagiert macht. Aber ich denke, daß wir alle leider an den Koalitionsvertrag gebunden sind.

(Laurenz Meyer [CDU]: Die Koalition wird doch nicht auseinanderbrechen, wenn Sie da mitstimmen!)

- Wir werden an diesem Punkt die Koalition sicherlich nicht auseinanderbrechen lassen.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, mit dieser Devise "Konzept ja, Geld nein", meine ich, haben Sie sich selbst keinen Gefallen getan. Sie haben auch damit den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mit Sicherheit nicht besonders viel Verständnis abluchsen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Der Wirtschaftsminister hat uns im Wirtschaftsausschuß erläutert, er könne den Aufbau der Managementgesellschaft noch in diesem Jahr aus "PROFIS" finanzieren. Es mag sein, daß das möglich ist, auch wenn man uns im Haushalts- und Finanzausschuß darüber noch anderes berichtet hat. Aber wir alle wissen: Wenn wir ein politisches Signal wollen, wenn wir ein Signal dafür wollen, daß dieser Beteiligungskapitalfonds eine wichtige Angelegenheit dieser Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist, wenn wir wollen, daß Existenzgründerinnen und Existenzgründer motiviert werden, um gute Ideen in Arbeitsplätze umzusetzen, dann brauchen wir einen Auftakt, der ähnlich viel Dampf erzeugt wie die Gründungs-offensive Nordrhein-Westfalen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Wenn wir wollen, daß das Vertrauen der Wirtschaft in diese Landesregierung wächst, dann brauchen wir nicht nur Ankündigungen, sondern auch die Umsetzung unserer rot-grünen Konzepte in konkrete Politik. Wir brauchen einen Auftakt, der zeigt, wie wichtig uns dieses Anliegen ist. Diese Chance hat die SPD im Nachtragshaushalt leider verschenkt.

- (C) Viel schlimmer als die fehlende Einrichtung der Titelgruppe aber ist, daß der Wirtschaftsminister nun kein Geld an den Füßen hat, um den Banken die Unterzeichnung der Verträge noch in diesem Jahr vorzuschlagen. Selbst wenn jetzt das Kabinett im Haushaltsplanentwurf 1998 die neue Titelgruppe für den Beteiligungskapitalfonds NRW verankern würde, hätte dieser Haushaltsplan doch erst zum 1. Januar 1998 Rechtskraft. Damit verschieben wir den Beteiligungskapitalfonds mindestens um ein weiteres Jahr, und wir verschieben auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Wir haben im Wirtschaftsausschuß nachgefragt, ob denn wenigstens im Haushaltsplanentwurf 1998 die erste Tranche für diesen Risikokapitalfonds angemeldet ist. Ich rufe in Erinnerung: Für diese erste Tranche von 40 Millionen DM brauchen wir 13,3 Millionen DM im Jahre 1998. Herr Clement, Sie haben aber lediglich 4 von den 13 Millionen DM angemeldet. Ist das die Perspektive, mit der Sie die Banken überzeugen wollen, 60 Millionen DM in den Fonds einzulegen?

(Minister Wolfgang Clement: Jawohl!!)

- Ich bin gespannt. Ich lasse mich gerne von etwas Besserem überzeugen, aber ich bin wirklich gespannt.

(Minister Heinz Schleußer: Wir machen das gemeinsam!)

(D) - Herr Schleußer, wir nehmen Sie beim Wort. Wir werden im Herbst noch einmal gucken, und dann werden wir sehen. Aber ich habe wirklich Sorge, daß uns die Banken in diesem Verfahren irgendwann abspringen. Es ist doch so, daß die Banken bis heute keinen funktionierenden Beteiligungskapitalfonds für kleine und junge Unternehmen aufgelegt haben. Das liegt zum einen an der fehlenden Risikokapitalkultur in Deutschland, darüber hinaus aber auch am gesetzlich verordneten Sicherheitsstreben der Banken, die ohne Omas Häuschen eben gerade für kleine Beteiligungsvolumen kein Geld bereitstellen.

Erst die hier im Landtag erzeugte öffentliche Dynamik hat die NRW-Banken dazu bewegt, für die Zielgruppe der kleinen und jungen Unternehmen in den Beteiligungskapitalfonds Mittel einzubringen. Wenn wir die Banken jetzt noch ein weiteres Jahr hinhalten, wenn sich die Landesregierung um die letzte Woche im Wirtschaftsausschuß beschlossene Zusage herumdrückt, dann habe ich wirklich große Sorge, daß uns die Banken abspringen.

(Landsberg [GRÜNE])

(A) Ihr Wort, Herr Clement, in Gottes Ohr! Ich hoffe, daß Sie recht haben und wir am Ende des Jahres tatsächlich den Fonds haben. Aber ich bin davon noch nicht überzeugt.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Gottes Ohr - so weit ist er noch nicht!)

- Das weiß man nicht, Herr Matthiesen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Nicht übertreiben!)

Möglicherweise legen ja auch die Banken ohne Landesbeteiligung einen eigenen Fonds auf. Der wird aber mit Sicherheit nicht die arbeitsplatzintensive und innovative Zielgruppe bedienen, die wir im Antrag der Koalitionsfraktionen ansprechen wollten. Das Kapital eines 100%igen Bankenfonds würde vielmehr die Kapitalversorgung mittelalter und mittelgroßer Unternehmen verbessern, die sich später an der Börse veräußern lassen. Für diese Unternehmen steht aber heute schon in der Bundesrepublik genügend Kapital zur Verfügung.

Die SPD hat angeführt, wir sollten abwarten - Sie haben es ja gerade noch wiederholt, Herr Clement -, ob die Banken nicht vielleicht mehr als diese 60 Millionen DM in den Fonds einbringen würden; dann könne das Land sparen. - Daß wir als Land sparen, begrüße ich. Wir haben ja gerade beim Nachtragshaushalt sehr empfindliche Einschnitte vorgenommen.

(B)

Aber daraus jetzt zu schließen, wir bräuchten nicht die volle Verpflichtungsermächtigung und nur ein knappes Drittel des im Wirtschaftsausschuß eingeforderten Kapitals, das erhöht nicht die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik dieser Koalition. Es wird auch nicht dazu führen, daß dieses Konzept unter dem Strich mehr Erfolg hat; denn diese haushaltsgesetzliche Ermächtigung ist doch keine Verpflichtung, daß der Wirtschaftsminister das Geld auch ausgibt. In diesem Sinne habe ich tatsächlich ein hohes Vertrauen in die Ressortkompetenz von Herrn Clement. Ich gehe davon aus, daß Sie das Geld auch nur dann verausgaben werden, wenn es wirklich benötigt wird.

Ich meine, wenn wir eine erfolgreiche Risikokapitalgesellschaft gründen, die auch hohe Gewinne abwirft, dann wäre es durchaus sinnvoll, diese Kapitalgesellschaft später an Private zu veräußern. Dann erhielte das Land die Mittel zurück, möglicherweise mit einer hübschen Rendite. Das, meine ich, ist doch kein Nachteil. Falls die Gewinn-

erwartung aber so gering ist, daß sich die Gesellschaft später wahrscheinlich nicht veräußern läßt, dann werden die Banken sicherlich nicht mit mehr als 60 Millionen DM einsteigen. (C)

So oder so - ich meine, das Land hätte nichts zu verlieren, wenn wir jetzt ernsthaft loslegen würden.

Wichtiger als die Risikokapitalgesellschaft ist für meine Fraktion aber das zweite Standbein der Beteiligungskapitalgesellschaft: Das ist die jetzt schon existierende Kapitalbeteiligungsgesellschaft in Neuss. Die KBG ist bis heute ein zahnloser Papiertiger geblieben. Sie wissen, sie hat bis heute 17 Beteiligungen. Ich glaube, sie existiert jetzt 20 Jahre. Sie stottert im Grunde so vor sich hin. Das kann man ihr auch nicht verdenken, denn sie hat nur einen Mitarbeiter.

Wir haben uns im Rahmen dieses Antrags im Wirtschaftsausschuß innerhalb der Koalitionsfraktionen darauf verständigt, daß wir wollen, daß diese KBG jetzt endlich rund läuft und daß sie Beteiligungskapital insbesondere für die Regelung der Betriebsnachfolge im Handwerk und für andere kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellt. Die KBG wird die Masse der Fälle unserer Beteiligungsholding bearbeiten. Hier wird auch die Masse der Arbeitsplätze gefördert. (D)

Dazu muß man allerdings das Instrumentarium der KBG ganz entscheidend verbessern und weiterentwickeln. Wenn die KBG lediglich eine Abwicklungsinstanz unter den Bedingungen des Eigenkapitalhilfeprogramms des Bundes wäre, hätte sie sicherlich ihre Aufgabe verfehlt. Wir haben daher mit den Koalitionsfraktionen gemeinsam beschlossen, daß das Kapital der KBG um 12,5 Millionen DM aufgestockt werden soll, davon 5 Millionen DM Landesmittel. Auch hier ist die SPD-Fraktion leider nicht bereit gewesen, eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt einzustellen. Ich bedauere das sehr.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Haben Sie den Hombach denn nicht im Griff, oder was?)

- Ich dachte, daß Herr Hombach in Ihrer Fraktion sitzt. Ich habe gehört, Herr Matthiesen, daß Sie entscheidenden Anteil daran hatten, daß am Nachtragshaushalt nicht mehr gerüttelt wird. Deswegen ist das jetzt hier die Gelegenheit - wo auch Sie gerade da sind, Herr Matthiesen - ,

(Beifall und Zuruf des Laurenz Meyer [CDU]
- Gegenruf des Bodo Hombach [SPD])

Korrekturen am Nachtragshaushalt vorzunehmen.

(Landsberg [GRÜNE])

- (A) Wir haben noch nicht die dritte Lesung gehabt. Meine Fraktion ist dazu bereit. Wenn wir das tun könnten, wäre ich sehr froh darüber.

Wir haben im Wirtschaftsausschuß nachgefragt, ob wir denn damit rechnen können, daß die 5 Millionen DM für die KBG in den Haushaltsplanentwurf 1998 eingestellt sind. - Es wurden keine Mittel eingestellt. Wenn die SPD nicht unser Koalitionspartner wäre, würde ich dafür stärkere Worte finden als nur: Das verstehe ich einfach nicht. Ich verstehe es nicht. Es macht mich wirklich fassungslos. Das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Landesregierung werden Sie so nicht weiter fördern.

(Zustimmung des Fritz Kollorz [CDU])

Wenn wir schon einmal ein gemeinsames Projekt haben, das sogar die CDU-Fraktion auch will, kann man dazu wirklich nicht mehr viel sagen. Wenn wir diesen Fonds gemeinsam wollen, dann sollten wir auch dafür sorgen, daß er zustande kommt.

(Laurenz Meyer [CDU] zur SPD: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

- (B) Ich meine, daß der Beteiligungskapitalfonds ein entscheidendes Glied wäre, um die Technologieförderung des Landes und die Umsetzung dieser Innovationen in konkrete Arbeitsplätze voranzutreiben. Er ist ein fehlendes Glied.

Ich würde mich sehr freuen, Herr Matthiesen, wenn wir es noch schafften - wir haben nachher die zweite Lesung im Haushaltsausschuß oder auch noch vor der dritten Lesung -, eine Finanzierung für den Beteiligungskapitalfonds bereitzustellen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Nein!)

- Das bedaure ich.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich würde Ihnen gern einen Gefallen tun, aber wir wollen den Nachtrag nicht mehr verändern!)

- Ich würde das auch als Gefallen annehmen.

(Bodo Hombach [SPD] zu Minister Heinz Schleußer: Heinz, was sagst du denn dazu? - Minister Heinz Schleußer: Ich habe schon viel dazu gesagt!)

Davon abgesehen stimmen wir dem Nachtragshaushalt gerne zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Landsberg. - Für die Landesregierung spricht der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herr Clement. Bitte schön.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, Sie haben vorhin zwei Begriffe gebraucht, die mir im Kopf hängengeblieben sind. Das eine Stichwort war "Glaubwürdigkeit", das andere "Masochismus".

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Begriff "Masochismus" muß ich Ihnen ganz offen sagen: Es gehört wirklich etwas dazu, Ihnen zuzuhören. Sie müssen einmal darüber nachdenken, was Sie den einzelnen, auch Ihren Gesprächspartnern zumuten. Es geht nicht, daß man außerhalb des Parlaments miteinander in aller Ruhe und Vernunft spricht, hier aber den Eindruck erweckt, man habe die Welt völlig neu zu erfinden, irgend jemand habe ein Rezept für die Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, und Sie könnten mit einer Art Rundumschlag alles umlegen, was Ihnen in die Quere kommt. Sie wenden eine Sprache und eine Argumentation an, die so weit außerhalb aller politischer Kultur ist, daß ich das nicht für verantwortlich halte - um Ihnen das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen nicht damit rechnen, daß Sie jedesmal, wenn Sie vor einem Mikrophon stehen, zulangend können, als seien Sie außer Rand und Band. Sie schlagen hier auf eine Landesregierung ein, die einen Nachtragshaushalt einbringen und Kürzungen vornehmen muß - selbstverständlich -, ohne auch nur mit einem Halbsatz anzudeuten, daß das mit der gesamten wirtschaftlichen Situation, mit der höchsten Abgabenbelastung in Deutschland, mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland und mit der katastrophalsten Wirtschaftspolitik, die Deutschland je gehabt hat, zusammenhängt.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie ernsthaft, Sie könnten das noch irgend jemandem nahebringen? Sie tun so, als sei das hier eine Veranstaltung, in der man entscheiden könne, woher die Steuern kommen. Sie reden davon, daß wir Geld des Bundes an irgend jemanden weiterleiten. Sie reden über Steuergeld, das

(D)

(Minister Clement)

- (A) von Ihrer Bundesregierung in katastrophaler Weise verplempert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden über eine wirtschaftliche Situation, in der die Bundesregierung jetzt ein Steuerkonzept zu praktizieren versucht, bei dem die gesamte Wirtschaft außer Rand und Band gerät. Und Sie ziehen hier mit einer Philippika über uns her, weil wir unter dem Druck der Verhältnisse und der katastrophalen Umstände, die, soweit politisch verantwortlich, in erster Linie jedenfalls die Bundesregierung zu verantworten hat, katastrophale Steuereinbrüche haben und daraus Konsequenzen ziehen müssen. Sie glauben, das mit einer Art bäuerlichem Rundumschlag abtun zu können, und halten das für Wirtschaftspolitik.

Halten Sie eine Rede mit solchen Platitüden einmal bei Ihrem Bundesvorstand in Bonn! Bringen Sie einmal den Mut dazu auf, und beziehen Sie dabei Investitionsquoten in Deutschland und die Art ein, wie die von Ihnen mitzuverantwortende Bundesregierung zur Zeit an die Unternehmen herangeht, und zwar einschließlich der Reaktionen der Industrie.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

- (B) Glauben Sie ernsthaft, Sie könnten irgend jemandem mit solchen halbbeleidigenden Vorwürfen imponieren? Das steht einem bis hier oben! Das ist eine Sprache und eine Argumentation, die so weit außerhalb der politischen Kultur ist, daß Sie sich ein anderes Verhalten angewöhnen sollten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das wollte ich Ihnen einmal sagen, weil ich das Schulterklopfen außerhalb des Parlaments und dann solche Vorstellungen im Parlament leid bin. Das paßt nicht zueinander.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ich sage das über Sie genauso!)

Man muß sich auch selbst treu bleiben. - Das nur als persönliche Bemerkung.

Im übrigen: Sie sagen doch niemandem hier etwas Neues. Daß ein Nachtragshaushalt, der notwendig ist, weil wir Steuereinbrüche in der Größenordnung von 1,8 Milliarden DM haben, nicht vergnügungsteuerpflichtig ist, wissen wir alle. Das brauchen Sie hier niemandem mit großen Worten, mit Phrasen nahezubringen. Daß das zu Kürzungen in allen Ressorts führt, liegt auf der Hand. Das ist wirklich keine Neuentdeckung, die

Sie unter die Menschheit bringen. Ich mag nicht diese Gesprächsbasis, bei der der eine den Watschenmann abgibt, wenn der andere glaubt, ihn zur Verfügung zu haben.

(C)

Zur Sache! Selbstverständlich ist die Investitionsquote zu niedrig. Das gilt auch unter Beachtung dessen, was Frau Kollegin Landsberg zu Recht gesagt hat, nämlich daß die Investitionsquote inzwischen ein finanztechnisches Instrument ist und über die tatsächlichen Wirkungen von öffentlichen Maßnahmen keine Auskunft gibt. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß die Investitionsquote viel zu niedrig ist und wir alles tun müssen, um sie zu erhöhen.

In Ihren Anträgen wird aber deutlich, was sich in der Gesellschaft abspielt und was mit der Realität der verschiedenen Verantwortlichkeiten der Ebenen Bund, Länder und Kommunen zu tun hat. Im gleichen Atemzug, in dem Sie so etwas sagen, tritt Kollege Reul an und fordert mehr Lehrer, wir dürften auf keinen Fall Lehrer abbauen. So könnte ich reihenweise Ihre Wünsche und Forderungen durchgehen. Das ist doch die Widersprüchlichkeit des Prozesses, in dem wir sind.

Sagen Sie doch einmal: Sollen wir bei den Lehrern, bei der Polizei, bei den Finanzbehörden oder bei den Hochschullehrern abbauen? Was schlagen Sie konkret vor in Anbetracht einer Finanzsituation, die Sie aufgrund der Verantwortung Ihrer Partei in Bonn maßgeblich mitverschuldet haben?

(D)

(Heinz Hardt [CDU]: Die Ministerien schlanker machen! - Laurenz Meyer [CDU]: Fangen Sie in Ihrem eigenen Ministerium an!)

Das ist so widersprüchlich! Alles, was Sie zum Beispiel der Kollegin Behler heute vorgehalten haben, ist konsumtiv - eines nach dem anderen. Und anschließend sagen Sie: Nun soll der Clement einmal dafür sorgen, daß die Investitionsquote steigt. Das ist in einer erstaunlichen Weise widersprüchlich.

(Beifall bei der SPD)

Es führt kein Weg daran vorbei: Die Investitionen müssen wieder steigen, und wir müssen überlegen, wie wir Investitionen fördern. Nur: Die Mittel sind mehr als begrenzt, und zwar aufgrund der Ursachen, die ich Ihnen genannt habe. Dabei lasse ich die einzelnen Länder der Bundesrepublik außer acht. Ich könnte auch noch den Finanzausgleich durchgehen und darstellen, wo die Finanzkraft steigt, die dazu führt, daß wir ununterbrochen mehr finanzieren müssen.

(Minister Clement)

- (A) Damit wir das klar ausgesprochen haben: Sie können schon davon ausgehen, daß ich versuche, für die Investitionsförderung das zu bekommen, was möglich ist.

Das dritte wollte ich Ihnen einmal als Ordnungspolitiker sagen. Sie sollten - das habe ich Ihnen schon im Wirtschaftsausschuß versucht deutlich zu machen - im Gegensatz zu Frau Kollegin Landsberg, die da prinzipiell anderer Meinung ist, es eigentlich nicht sein. Sie sind für mich der erste CDU-Wirtschaftspolitiker, der mit ununterbrochener Brachialgewalt dafür eintritt, mehr öffentliche Mittel in die Wirtschaft zu pumpen. Sie fordern dies ununterbrochen mit wohlklingenden - für mich manchmal etwas hohlklingenden - Begriffen. Bei der gesamten Risikokapitalbeteiligungsgesellschaft haben Sie mir nichts anderes vorzuwerfen, als daß ich nicht so viel öffentliches Geld wie möglich in diese Beteiligungsgesellschaft pumpe.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Da frage ich mich: Wo bin ich denn? Ist es nicht so vernünftig wie nur etwas, zunächst einmal zu sehen, was denn die Kreditwirtschaft tut, und das aus der Kreditwirtschaft herauszuholen, was drin ist? Und es ist eine Menge drin. Das wissen Sie genausogut wie ich. Selbstverständlich ist es für die Kreditwirtschaft in Nordrhein-Westfalen kein Kunststück, 100 Millionen DM für einen Risikokapitalfonds aufzubringen. Warum verlangen Sie von uns, daß wir von vornherein sagen: Nun geben wir einmal 40 Millionen DM von Landesseite.

(B)

(Laurenz Meyer [CDU]: Ihr habt ---)

- Aber, Herr Kollege Meyer, nicht "ihr". Nun hören Sie, Herr Kollege Hardt und Herr Kollege Meyer, einmal zu: Sie sind das! Der Kollege Meyer hat dies im Wirtschaftsausschuß in jedem zweiten Satz ununterbrochen gefordert. Und meine Antwort ist: Ja, wenn es sein muß, ja, aber vorher möchte ich gern wissen, ob denn die Privatwirtschaft nicht mehr tun kann. Diese Frage, Herr Kollege Meyer - damit wir uns recht verstehen -, können Sie dann mit nach Bonn nehmen. Wenn Ludwig Erhard Ihnen zuhören würde, würde er sich drehen wie ein Kreisel. Ich möchte Ihnen empfehlen, eine solche Forderung, wie Sie sie hier stellen, einmal im CDU-Bundesvorstand oder in Bonn vorzutragen. Sie sollten dort einmal sagen: mehr öffentliches Kapital in Risikofinanzierung! Ich finde es erstaunlich, wie widersprüchlich man auf den verschiedenen staatlichen Ebenen sein kann.

Ich weiß, daß Frau Kollegin Landsberg dazu eine andere Ansicht hat als ich. Das ist mir bekannt. Das hat sie ja deutlich gesagt. Aber sie hat sich dem genauso angeschlossen. Wir werden ja nach dem berühmten 30. Juni - vielleicht gibt es auch noch einen 1. Juli - unnachsichtig und unnachgiebig mit der Kreditwirtschaft darüber sprechen, was sie bringen kann. Und das, was sie bringen kann, wird genutzt. Wenn wir dann kein öffentliches Geld mehr brauchen, dann werde ich ein Halleluja singen, und der Finanzminister wird dann vor mir herlaufen und noch lauter singen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Was glauben Sie eigentlich, in welcher Welt wir leben? Sie sind in Bonn absolut pleite. Sie führen diesen Staat in die Katastrophe und fahren ihn richtig vor die Wand. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen: mehr Geld vom Staat! Diese Weltbilder, die Sie mit sich herumtragen, sind doch absurd. Das dürfen Sie niemandem mehr so beibringen.

Sie können sich darauf verlassen - das sage ich auch an die Adresse von Frau Kollegin Landsberg -: Wenn wir in der Lage sind - ich gehe davon aus, daß wir auch in der Lage sind -, in diesem Jahr mit dem Managementaufbau - und das sagt Kollege Hombach zu Recht - vorrangig zu beginnen, dann werden wir damit beginnen. Selbstverständlich! Niemand zwingt uns, am 1. Januar 1998 zu beginnen. Niemand könnte die private Kreditwirtschaft daran hindern zu sagen: Wir fangen am 1. August 1997 an. Aber wenn sie es tut und wenn wir sie dazu kriegen, dann müßten Sie uns an sich gratulieren. Ich bin einmal gespannt, wie Sie dann die Kurve kriegen, Herr Kollege.

(C)

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, würden Sie eine Frage von Frau Landsberg zulassen?

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Ja, sicher.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollegin Landsberg, bitte.

Alexandra Landsberg (GRÜNE): Herr Minister, das scheint mir ein kleines Mißverständnis zu sein. Ich habe natürlich nicht die Ansicht vertreten, daß

(Landsberg [GRÜNE])

(A) wir möglichst viel öffentliches Geld irgendwo hineingeben sollten. Ich habe es auch mit der Erklärung zu erläutern versucht, daß wir von 800 Wirtschaftsförderprogrammen lediglich 13 effiziente haben.

(Minister Wolfgang Clement: Welche 800 Programme meinen Sie?)

- Es gab anscheinend eine Diskussion in der Enquetekommission, wie mir von verschiedenen Leuten zugetragen wurde.

(Minister Wolfgang Clement: Wo es eine Diskussion gegeben hat, weiß ich nicht. Ich habe jedenfalls keine 800 Programme. Ich weiß nicht, wovon da die Rede ist. Da werden immer solche Dinge fabuliert. Wenn ich das eben dazwischensagen darf, Frau Kollegin ---)

Präsident Ulrich Schmidt: Nein, Herr Minister. Lassen Sie erst einmal die Gesamtfrage vortragen, dann können Sie es zusammenfassen.

(B) **Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Da es mir auch nicht darum geht, dort möglichst viel öffentliches Geld hineinzugeben, möchte ich fragen, ob wir uns denn einig sind, daß wir dann, wenn wir den Zweck nur mit einer bestimmten Menge öffentlichen Geldes erreichen, am Ende, falls es nicht mehr anders geht, diese Mittel auch bekommen?

Präsident Ulrich Schmidt: Jetzt alles zusammen!

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Darin sind wir uns einig. Aber meine Zuversicht ist offensichtlich größer, daß wir es auch schaffen, privates Kapital zu mobilisieren. Damit habe ich das klar gesagt.

Ich möchte noch gern etwas anfügen: Das gilt dann auch für die KGB in Neuss, die wir auch in Gang bringen wollen. Aber da muß ich Ihnen das gleiche sagen: In der KGB Neuss

(Leo Dautzenberg [CDU]: KGB!)

sitzen die Westdeutsche Landesbank, die WGZ-Bank und die Privatbanken. Was werden wir tun?

(C) Wir werden zunächst einmal sie bitten - und ich bin überzeugt, sie werden es tun -, ihre Mittel zu erhöhen. Natürlich ist die KGB

(Heinz Hardt [CDU]: KGB!)

zur Zeit zu gering ausgestattet und in ihrem Wirkungskreis wesentlich zu bescheiden.

(Leo Dautzenberg [CDU]: KGB!)

- Was habe ich denn gesagt?

(Zurufe von der CDU: KGB!)

- Vielen Dank. Das war sicher kein Freudscher Versprecher. Nein, von dem hätten wir sicherlich kein Geld bekommen.

Also: Auch da wird unser Streben sein, die beteiligten Unternehmen der Kreditwirtschaft zu bewegen, dort die Mittel zu erhöhen und das Management entsprechend auszustatten. Aber ich denke doch nicht im Traum daran, zunächst einmal zu sagen: Hier kommen wir erst einmal mit öffentlichem Geld. Ich bin fest davon überzeugt, daß die gerade angesprochenen Unternehmen der Kreditwirtschaft bereit sind, das zu tun. Das liegt in ihrem immensen Interesse. Das ist klassische Mittelstandsförderung. Ich gehe davon aus, daß wir es dort hinbekommen werden.

(D) Dann möchte ich, Herr Kollege Meyer, noch etwas zur Meistergründungsprämie sagen, weil Sie da auch glauben, mich irgendwelcher Fehlinformationen überführen zu können. Damit wir uns auch da klar verstehen: Was ich im Wirtschaftsausschuß dargestellt habe, sind die Spielräume, aus denen die globale Minderausgabe erwirtschaftet werden muß. Und das ist unweigerlich. Ich habe damit nicht gesagt und nicht sagen können, aus welchem dieser Spielräume, aus welchen einzelnen Titeln die Mittel erwirtschaftet werden sollen. Das werden wir im Laufe der Beratungen sehen. Ich habe Sie sehr fair darüber informiert.

Ich wiederhole jetzt für Sie und damit hier vor dem Plenum des Landtages, was ich auch am Vorabend der Handwerksmesse in Köln vor der Handwerkskammer Köln gesagt habe, nämlich daß ich davon ausgehe - und ich füge hinzu: und alles tun werde -, daß jeder Antrag, der auf Meistergründungsprämie gestellt wird, auch von uns positiv beantwortet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir können dann ja sehen, ob das erfüllt wird.

(Minister Clement)

- (A) Sie haben von der Haushaltssperre gesprochen. Sie wissen ja, daß die jetzt am Freitag endet, wenn dieser Haushalt durch das Parlament verabschiedet ist. Dann werden die Mittel wieder zur Verfügung stehen und eingesetzt. So, wie ich es in Köln gesagt habe, wird es sich hier erfüllen.

Deshalb ist meine Bitte: Lassen Sie uns konkret über das, was ansteht, diskutieren. Die Situation ist denkbar schwierig. Lösen Sie sich von der Vorstellung, hier dürften Sie fordern, alles aus öffentlichen Mitteln zu nehmen, was in Bonn an öffentlichen Mitteln verschüttet wird. Diese Vorstellung wird nicht in Erfüllung gehen, sondern wir werden unsere wirtschaftspolitischen Ansätze hier sehr mühselig, aber sehr konkret weiter verfolgen. Keiner davon wird aufgegeben. Sie müssen damit rechnen, mich auch in Zukunft abends bei der IHK, bei der Handwerkskammer zu genießen. Dann sind Sie regelmäßig friedlicher. Das finde ich erfolgversprechender. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. -

- (B) Nach diesen drei Durchgängen zum Nachtragshaushalt ist vorgesehen, jetzt die Abteilung GFG aufzurufen. Können wir uns darauf verständigen, daß das so gemacht werden kann? - Das ist so. Dann spricht für den Bereich

b) Gemeindefinanzierung

der Kollege Leifert von der CDU-Fraktion.

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachtragshaushalte haben wir aus den verschiedensten Gründen schon etliche hier im Landtag Nordrhein-Westfalen erlebt. Ein Nachtrag zu einem laufenden Gemeindefinanzierungsgesetz ist bisher einmalig. Das ist eine Premiere, eine traurige Premiere. Zum ersten Mal wird vom bewährten Prinzip der Ist-Abrechnung im übernächsten Jahr - also für das GFG 1997 in 1999 - abgewichen. Bei dieser Abrechnung sind dann positive oder leider meistens negative Abrechnungsbeträge für den Finanzausgleich fällig. Die Höhe der Abrechnungsbeträge hängt davon ab, wie stark sich der Finanzminister bei den Einnahmen aus den Verbundsteuern des Landes zwischen Soll und Ist verschätzt hat. Diese bewährte Gepflogenheit wird nunmehr zum ersten Mal in

der Geschichte des kommunalen Finanzausgleichs verlassen. (C)

Von Steuereinnahmeminderungen sind Kommunen naturgemäß mit ihren festgelegten Anteilen ebenso betroffen wie Bund und Länder. Das trifft für den 15-%-Anteil an der Einkommensteuer des Bundes ebenso zu wie für den 23-%-Anteil an den Verbundsteuereinnahmen des Landes.

Was allerdings der Finanzminister bei Steuereinnahmeminderungen einfordert, hat er leider in der Vergangenheit bei Steuereinnahmesteigerungen nicht immer gelten lassen. Da wurden dann Befrachtungen eingeführt, Sonderaktionen gestartet oder sogenannte Reformen wie die unselige Verwirklichung des Ifo-Gutachtens durchgeführt.

Vieles davon wurde nur veranstaltet, um die Steigerung der Schlüsselzuweisungen für alle Gemeinden möglichst gering zu halten, um so die Basis der Schlüsselzuweisungen für die Steigerung der kommenden Jahre auf einem möglichst niedrigen Niveau einzufrieren. Diesen Griff in die Gemeindekassen mußten die Kommunen in der Vergangenheit leider viel zu oft rügen.

Zu kritisieren ist ebenfalls, daß das Land Abgaben von Bürgern und Gemeinden regelrecht hortet und den vorbestimmten Zwecken vorenthält. Rund 400 Millionen DM aus der Abwasserabgabe liegen beim Land in Form von zinslosen Darlehen der Gemeinden als sogenannte Ausgabereste. Auch im vergangenen Jahr 1996 standen 215 Millionen DM Einnahmen lediglich 113 Millionen DM Ausgaben gegenüber. (D)

Meine Damen und Herren, es wäre besser, statt Gemeindegeld zu horten, den im Abwasserbereich notleidenden Gemeinden zum Beispiel in der Eifel endlich ausreichende finanzielle Hilfen aus dem gehorteten Schatz zu geben. Statt dessen knebeln Sie, Herr Innenminister, die kommunale Selbstverwaltung mit der Einsetzung von Staatskommissaren.

Das Abrechnungssystem des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen wurde bisher lediglich durch sogenannte Kreditierung durchbrochen. Gründe, warum nun plötzlich die Premiere eines sogenannten Nachtragsgemeindefinanzierungsgesetzes veranstaltet wird, lassen sich plausibel vermuten.

1. Ohne ein solches Nachtrags-GFG mit den Belastungen der Kommunen in 1997 während des laufenden Haushaltsjahres wären weitere Einsparungen im Landeshaushalt notwendig gewesen,

(Leifert [CDU])

- (A) auf die sich - wie so oft - Rot und Grün wahrscheinlich nicht einigen konnten.

Das zeigt auch die Aussage von Frau Nacken bei der jüngsten Sitzung des GRÜNEN-Parteirates. Sie führte nach Zeitungsmeldungen aus:

"Wir mußten der Privatisierung des Flughafens Düsseldorf zustimmen, damit grüne Projekte nicht dem rigiden Sparkurs zum Opfer fallen."

So ist auch der Nachtrag 1997 gestrikt. Nicht die grünen Projekte, sondern die Kommunen sind die Opfer rot-grüner Finanzakrobatik.

2. 1999 ist Kommunalwahljahr. Dann will man mit einigermaßen guten Zahlen dastehen und zieht deshalb ein Nachtrags-GFG der erprobten Abrechnung des GFG 1997 in 1999 vor.

3. Landesregierung und Finanzminister ist die Basis der Schlüsselzuweisungen zu hoch, auf die gemäß Steigerung der Landesausgaben die prozentuale Aufstockung der Schlüsselzuweisungen erfolgen soll. Da nutzt der Finanzminister die Gunst der Stunde, diese Basis der Schlüsselzuweisungen um 1,9 % zu vermindern, auf die er dann in 1998 laut Referentenentwurf GFG 3 % aufstocken will.

- (B) Durch den Nachtrag, meine Damen und Herren, werden die Schlüsselzuweisungen stärker abgesenkt als die Landesausgaben insgesamt. Die Verbundmasse sinkt nach Verrechnung mit Veränderungen beim Solidarbeitrag um 249,4 Millionen DM gleich 1,95 %. Um 207,9 Millionen DM gleich 1,89 % sollen die Schlüsselzuweisungen für die Kommunen gekürzt werden. - So weit, so schlecht. Denn viele insbesondere strukturschwache Städte und Gemeinden sind gerade auf verlässliche und für das laufende Haushaltsjahr sichere Schlüsselzuweisungen angewiesen, um die Aufgaben der örtlichen Daseinsfürsorge erfüllen zu können und den Ausgleich der Verwaltungshaushalte zu erreichen.

Deshalb hätten alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Kürzung der Schlüsselzuweisungen zu vermeiden oder zu minimieren. Das ist nicht geschehen.

Erstens. Die Kürzung der Schlüsselzuweisungen in dieser Höhe ist nicht berechtigt, wenn Ministerpräsident, Landesregierung und Koalition zu ihren Versprechen stehen, daß sich Schlüsselzuweisungen wie die Landesausgaben entwickeln sollen. Die Schlüsselzuweisungen sinken - wie ich gesagt habe - um 1,89 %, die Landesausgaben insgesamt allerdings nur um 1,47 %.

Nach Ihren eigenen Kriterien kürzen Sie also die Schlüsselzuweisungen um 0,42 Prozentpunkte, also rund 50 Millionen DM, zu stark.

Meine Damen und Herren, auf die Landesregierung und die Koalition ist in Sachen Schlüsselzuweisungen kein Verlaß. Klamheimlich versuchen sie, mit dem Nachtrag ihre eigenen Versprechungen an die Kommunen zu unterlaufen.

Zweitens. Die Kürzung der Schlüsselzuweisung für die Städte und Gemeinden in dieser Höhe ist nicht notwendig.

Dazu zwei Anmerkungen:

Zum einen wäre eine stärkere Kürzung der sogenannten Zweckzuweisungen zugunsten der Schlüsselzuweisungen notwendig und richtig. In manchen Fällen, wie zum Beispiel bei der Stadterneuerung, ist dieses Vorhaben jedoch nicht zu verwirklichen, weil die bestehenden Verpflichtungen aus rechtskräftigen Bewilligungsbescheiden einzulösen sind. Die Verpflichtungsermächtigungen aus den vergangenen Jahren, also die vorgezogenen Wechsel auf die Zukunft, waren und sind zu hoch.

Leider haben Sie all unsere Anträge in der Vergangenheit abgelehnt und all unsere Warnungen in den Wind geschlagen, die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen frühzeitig zu mindern, um so wieder Spielraum in diesem Bereich zu gewinnen.

Zum anderen ist jedoch entscheidend, daß sich der Innenminister gegenüber den Spendenscheckinteressen der Fachminister nicht hat durchsetzen können. Allzu gerne ziehen diese zuschußspendend durch die Lande, um sich als Wohltäter feiern zu lassen.

(Lothar Hegemann [CDU]: So ist das!)

Dem konnte Innenminister Kniola nicht Einhalt gebieten. Während es seinem Vorgänger manchmal passierte, daß er in kommunalen Belangen manchmal als Tiger absprang und als Bettvorleger landete, muß man Innenminister Kniola anlasten, daß er gar nicht erst abspringt, weder als Tiger noch als Ente.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Des weiteren wäre es nicht notwendig gewesen, Schlüsselzuweisungen in der vorgesehenen Höhe zu kürzen, wenn man die vielen offenen und versteckten Sondertöpfchen des GFG ordentlich gefilzt hätte. Insbesondere der § 16,

(C)

(D)

(Leifert [CDU])

- (A) der sogenannte Ausgleichsstock, könnte einiges hergeben.

Meine Damen und Herren, heute, in einer Zeit, in der den Städten und Gemeinden finanziell das Wasser bis zum Hals steht,

(Zuruf von der SPD: Warum denn?)

kann es nicht angehen, daß Ministerpräsident Rau nach Lippe reist und mit großzügiger Geste 25 Millionen DM Gemeindegeld verschenkt.

(Heinz Wirtz [SPD]: Was ist denn mit den Kurorten dort?)

- Mein lieber Herr Kollege Wirtz, Sie können sich gleich hier äußern.

Was ist mit den Kurorten im Kreis Soest und anderswo? Die bekommen keine 25 Millionen DM.

Weitere zig Millionen DM könnten im § 16 - abgesehen von Schülerfahrtkostenhilfen, Kurortehilfen und Abwassergebühren - lockergemacht werden, wenn man nur wollte; denn jedes Jahr haben wir erhebliche Rückflüsse aus anderen Töpfen in diesen § 16, die in den allermeisten Jahren die Haushaltsansätze im § 16 bei weitem übersteigen.

- (B) Aber, meine Damen und Herren, der zur Beratung stehende Regierungsentwurf will genau das Gegenteil, will Geld für staatliche Landesaufgaben aus § 16 GFG zusätzlich herauschneiden. Es soll im § 16 Abs. 1 ein neuer Satz 4 eingebaut werden, der erlaubt, aus Gemeindegeld für modellhafte Projekte, die einer vorzeitigen Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlings in ihre Heimat dienen, Mittel lockerzumachen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich des Guten zuviel. Schlüsselzuweisungen zu kürzen, gleichzeitig aber zusätzliche Landesaufgaben aus Gemeindegeld zu finanzieren, ist zutiefst kommunalunfreundlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend bleibt festzustellen: Dieser Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 ist nicht nur einmalig, er ist einmalig schlecht. Er minimiert nämlich nicht die Belastungen für die Kommunen auf das unbedingt Notwendige, sondern reduziert die wichtigste Einnahmequelle, die Schlüsselzuweisungen, wider besseres Wissen über Gebühr und lastet den Kommunen zusätzliche neue Aufgaben auf. Das ist für die kommunale Familie unannehmbar. Der Nachtrag 1997 ist deshalb abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Leifert. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Wirtz das Wort. Bitte schön. (C)

Heinz Wirtz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Leifert, lassen Sie mich eingangs ganz kurz das aufgreifen, was Sie zum Schluß erwähnt haben, nämlich die Änderungen des § 16 in punkto Bürgerkriegsflüchtlinge. Dazu wird sicherlich gleich auch der Herr Innenminister noch etwas sagen: Meines Wissens ist dieser Beschluß im Vermittlungsausschuß gefaßt worden. Soweit mir bekannt, ist dort nicht nur die SPD beteiligt, sondern auch Ihre Kollegen von der CDU.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Am 24. April diesen Jahres hat unser Finanzminister Heinz Schleußer in diesem Landtag gesagt:

"Sobald die Datenlage verlässlich ist, werde ich wie in der Vergangenheit zeitgerecht und schnell handeln."

Mit diesem Hinweis hat Heinz Schleußer in der ihm eigenen Zurückhaltung und feinen Art einen Vorgang umschrieben, der sich besser und genauer so darstellen läßt: Waigelscher Eiertanz um die Finanzen, der bis heute nicht beendet ist; gegenseitige Schuldzuweisungen über falsche Daten durch die Bundesminister Rexrodt und Waigel. (D)

Wer von beiden hat denn nun falsche Daten geliefert: Rexrodt die falschen Wirtschaftsdaten? Waigel die falschen Finanzdaten? - Ich glaube, beide haben recht, sich diese Vorwürfe gegenseitig zu machen.

Wir können nur hoffen, daß wir jetzt die richtigen Rahmendaten des Bundes zur Steuersituation erhalten haben, damit wir im Land und in den Kommunen endlich eine geordnete Finanzgrundlage für die jeweiligen Handlungsfelder haben.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Meine Damen und Herren, mit diesen Eingangsbemerkungen möchte ich eines feststellen: Die jetzt über den Nachtragshaushaltsplan vorgenommenen Korrekturen der Haushaltsdaten sind nicht durch das Land, sondern durch den Bund ausgelöst worden. Hierauf muß leider immer wieder hingewiesen werden, da die Opposition das Kasperletheater der Bundesregierung durch ständiges Wiederholen zu vertuschen sucht, wie es eben auch während der Haushaltsdebatte geschehen ist.

(Wirtz [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtragshaushalt 1997 muß leider auch das Gemeindefinanzierungsgesetz negativ verändert werden: Von den 18 Milliarden DM geringeren Steuereinnahmen für das gesamte Bundesgebiet ist Nordrhein-Westfalen mit 1,8 Milliarden DM Mindereinnahmen sowie die Städte und Gemeinden dieses Landes leider mit rund 250 Millionen DM betroffen.

Was soeben im Rahmen der Debatte zur Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltsplanes beschrieben wurde, wird auch für viele Gemeinden in diesem Lande gelten. Sie werden ebenfalls Nachtragshaushaltspläne erstellen müssen. Darüber hinaus werden die Gemeinden durch geringere Ausgaben nicht zur Belebung der Wirtschaft im wünschenswerten Umfang beitragen können. All das ist eine Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik aus Bonn.

Wie man über staatliche Lenkung positive Effekte in der Gesamtwirtschaft erzielen kann, machen uns andere Staaten vor. Die Koalition in Bonn jedoch ist dazu nicht in der Lage.

- (B) Wie Sie wissen, verändert sich durch die Korrektur der Einnahmeansätze aus den geringeren Steuereinnahmen die Bemessungsgrundlage für den allgemeinen Steuerverbund. Deswegen muß auch das Gemeindefinanzierungsgesetz angepaßt werden.

Die SPD-Fraktion akzeptiert, daß die Landesregierung in ihrem Entwurf zum GFG vorgesehen hat, die investiven Mittel nur in geringem Umfang zu kürzen. Statt dessen soll eine Reduzierung bei den konsumtiven Ausgaben erfolgen. Die investiven Zweckzuweisungen werden nur um 5 %, also um 41,5 Millionen DM, gekürzt, während die allgemeinen Schlüsselzuweisungen leider um 207 Millionen DM herabgesetzt werden müssen. Hiermit geht auch an die Kommunen das Signal, möglichst nicht im investiven Bereich Kürzungen vorzunehmen.

Trotz allem bleibt festzustellen, daß durch das waigelsche Kasperletheater und die fatalen Fehleinschätzungen insbesondere solche Kommunen in erhebliche Schwierigkeiten geraten, die Haushaltssicherungskonzepte erstellen müssen. Gerade diese Kommunen, die ihren Finanzausgleich nicht mehr aus eigener Kraft schaffen können, geraten in die Bredouille. Auch hier hat es die Bundeskoalition - also die CDU und die F.D.P. - durch eine Verlagerungspolitik bei den Ausgaben geschafft, viele Kommunen an den Rand des

- (C) Ruins zu treiben. Ich nenne nur die Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung zu Lasten der Sozialhilfe, die die Kommunen zu tragen haben.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch den erneuten und unverschämten Versuch Herrn Waigels, die gerade erst eingerichtete Pflegeversicherung anzugreifen. Auch diese Kasse will er um 8 Milliarden DM plündern, was sich letztendlich negativ auf die Leistungen an Pflegebedürftige und dann wieder auf die Kommunen als Ausfallbürgen auswirken wird. Dieses ist, meine Damen und Herren, modernes Raubrittertum.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein gewisser Trost dabei ist, daß in der Geschichte die Raubritter ausgemerzt wurden. Ich frage mich in letzter Zeit immer öfter: Wie leidensfähig ist eigentlich der deutsche Wähler? Was läßt er sich eigentlich noch alles von dieser Bundesregierung gefallen? - Ich hoffe, daß der Wähler der Bonner Koalition bei der nächsten Bundestagswahl die Rechnung präsentiert und daß es zur Ablösung kommen wird.

Die Konzeptionslosigkeit und das Mißmanagement dieser Bundesregierung in Wirtschafts- und Finanzfragen kann sich dieser Staat nicht mehr länger leisten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Meine Damen und Herren, im kommunalpolitischen Ausschuß hat die CDU zumindest anerkannt, daß der Nachtragshaushalt und die geringeren Zuweisungen eine Folge der geringeren Steuereinnahmen sind. Sie hat dann einzelne Zweckzuweisungsansätze kritisiert. Diese möchte sie für den Ausgleich der Steuermindereinnahmen herangezogen wissen. Die CDU weiß aber auch, daß dies im Ergebnis nichts bewirkt. Es bleibt für die Kommunen leider dabei, daß sie weniger Geld erhalten. Die CDU möchte darüber auch nur eines erreichen: Sie möchte Programme und finanzpolitische Operationen, die ihr nicht gefallen, weil sie nicht in ihr politisches Konzept passen, aus dem GFG herausnehmen. Eine Begründung hierfür vermissem ich bis heute. Damit will die CDU auch nur von der fatalen Politik in Bonn ablenken.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ist das denn wahr!)

Im Zuge dieser Diskussion hat die CDU auch den § 16 GFG angeführt. Diese Rechtsgrundlage - sie wurde gerade wieder einmal angeführt - ist für den Ausgleich besonderer Belastungen der Kommunen geschaffen worden, wie zum Beispiel Zu-

(Wirtz [SPD])

- (A) weisungen zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren.

Ich muß Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, fragen, ob Sie zum Beispiel den Eifelgemeinden, die Sie eben selbst benannt haben, in denen die Bürger mehr als 10 DM pro Kubikmeter Wasser zahlen müssen, einen Ausgleich dieser hohen Kosten nicht mehr gönnen.

Ein weiteres Beispiel der Förderung aus § 16 sind Zuweisungen für anerkannte Kurorte. Wollen Sie den Gemeinden, nachdem Ihr Gesundheitsminister Seehofer die Kurorte an den Rand des Ruins gebracht hat, den Ausgleich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz nicht mehr gewähren? - Mir wäre es allerdings auch recht, wenn es dafür andere Einzelplanansätze gäbe.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Wirtz, würden Sie eine Frage des Kollegen Leifert zulassen?

Heinz Wirtz (SPD): Nein, ich habe nur noch wenig Zeit, aber noch einiges zu sagen.

(Albert Leifert [CDU]: Er hat meine Rede falsch zitiert!)

- (B) Sie haben im Ausschuß das Emscher-Programm kritisch benannt. Wollen Sie denn den Menschen an der Emscher weiterhin den Gestank aus diesem noch teilweise offen geführten Abwasser zumuten? Ich glaube, deren Leidensfähigkeit ist nun wirklich ausgereizt.

Diese Menschen, die in der Mehrzahl aus ihrer Arbeit im Bereich Kohle und Stahl dieses Land mit aufgebaut haben, haben ein Recht darauf, ein menschengerechtes Wohnumfeld zu haben, und wollen sich durch den weiteren Gestank aus der Emscher nicht den Appetit auf das Mittagessen verderben lassen. Ihnen wird schon übel bei der Politik dieser Bundesregierung, und das reicht auch.

(Zuruf von der SPD: Sehr schön!)

Meine Damen und Herren, es bleibt festzustellen, daß es das erste Mal ist, daß ein Nachtragshaushalt aus dem Verschulden dieser Bundesregierung heraus zu einer negativen Korrektur des Gemeindefinanzierungsgesetzes führt. Erstmals müssen - das hat Herr Leifert sicherlich richtig dargestellt - Beträge direkt aus dem laufenden GFG genommen werden.

(Zurufe von der CDU)

In der Vergangenheit bestand zumindest immer noch die Möglichkeit, solche Beträge nach den Jahresabrechnungen zu kreditieren, wenn die Steuerschätzungen in Berechnungen übergingen; dies ist jetzt leider nicht mehr möglich.

Nüchtern - Herr Leifert, das müßten auch Sie zugestehen - muß man feststellen, daß es auch nicht im Interesse der Kommunen sein kann. Zu erwartende Mindereinnahmen in den folgenden Jahren beim Bund und bei den Ländern werden dann auch besonders arg die Kommunen treffen. Müßten sie dann noch Kredite zurückzahlen, wäre das sehr fatal für die Kommunen.

Um es noch einmal klarzumachen: Die Kommunen - und am Ende der Kette die Bürger - haben nun insgesamt die Suppe auszulöffeln, die ihnen die verfehlte Bundespolitik eingebrockt hat. Den Bürgern als Betroffenen kann ich nur zurufen: Befreit uns 1998 von diesem Übel!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Wirtz. - Das Wort hat Herr Kollege Groth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon zu den Beratungen des Haushalts 1997 haben die Bündnisgrünen eine Einsparliste von etwa 600 Millionen DM vorgelegt. Die daraufhin eingesetzte Sparkommission unter der Führung des Finanzministers, Herrn Heinz Schleußer, kommt vermutlich im Ergebnis auf ein Einsparvolumen in dieser Höhe.

Glauben Sie mir, daß das nicht einfach ist. Es knirscht an allen Ecken und Enden, wenn man sparen will. Das wissen Sie auch. Aber wir bemühen uns, ein akzeptables Ergebnis hinzubekommen. Meine Damen und Herren, was helfen aber alle Bemühungen und Anstrengungen, wenn nichts mehr verlässlich ist? Ich gebe zu, daß mich der Frust packt: innerhalb weniger Wochen und Monate Mindereinnahmen von 1,8 Milliarden DM. Und das geschieht in einer Situation, meine Damen und Herren, in der 60 % der Kommunen in Nordrhein-Westfalen keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können und 100 % der Kommunen eisern sparen und konsolidieren, wo sie nur können.

Von der Bundesebene gibt es dazu keine konstruktiven Nachrichten. Statt dessen gehen täg-

(C

(D

(Groth [GRÜNE])

- (A) lich neue Horrormeldungen ein. Kürzlich sagte ein ARD-Kommentator: Die Halbwertszeit der neuesten Steuermeldungen ist nicht einmal mehr 24 Stunden.

(Reinhold Trinius [SPD]: So ist das!)

Den konservativen Politikerinnen und Politikern von CDU/CSU und der Pünktchen-Partei in Bonn verfaulen die Worte auf der Zunge. Gestern kam beispielsweise die Nachricht "zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe". Meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, was sagen Sie zur zeitlichen Begrenzung der Arbeitslosenhilfe? Was bedeutet das für das Soziale, was bedeutet das für die Ausgaben in den Kommunen, was bedeutet das für unsere Sozialhilfeausgaben, was bedeutet das für die Verwaltungshaushalte in NRW?

(Beifall bei der SPD)

Herr Hegemann, geben Sie mir darauf eine Antwort! So ist Ihre Bundesregierung.

Oder zum Beispiel die Steuerreform, die jetzt geplant ist ---

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Groth, würden Sie eine Frage von Herrn Hegemann beantworten?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, gerne, wenn sie vernünftig ist.

Präsident Ulrich Schmidt: Das müssen Sie dann entscheiden. - Herr Hegemann, bitte!

Lothar Hegemann (CDU): Würden Sie denn zur Kenntnis nehmen, daß der Vorschlag zur Begrenzung der Arbeitslosenhilfe zwar eine Mehrbelastung für die Kommunen bedeutet, der Vorschlag aber von Frau Simonis kommt und nicht von der Bundesregierung?

(Minister Franz-Josef Kniola: Das ist falsch; das wissen Sie auch!)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Hegemann, ich antworte Ihnen darauf, wie der Innenminister dieses Landes es gerade getan hat: Es ist falsch, und es wird die Kommunen belasten. Das ist wieder ein

neuer Anschlag auf die kommunalen Finanzen, der aus Bonn kommt. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Oder nehmen Sie doch einfach die geplante Steuerreform. Nur geringe Mehrbelastungen im Jahre 1998, die bei ungefähr 109 Millionen DM liegen - die Schätzungen gehen auseinander -, führen schon 1999 nach der Bundestagswahl zu Belastungen der Kommunen in der Bundesrepublik von 9,5 Milliarden DM. Das machen Sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort einmal klar! Die Kommunen müssen ihre Schwimmbäder und ihre Jugendeinrichtungen schließen; sie wissen nicht mehr, wie sie ihre Theater unterhalten sollen, und Sie kürzen an allen Ecken und Enden und entleeren die öffentlichen Kassen. Nicht mit uns!

Bei diesen Schätzungen wissen wir aber auch, daß Waigel seine Schätzungen in der Regel nicht erreicht. Die tatsächlichen Ergebnisse sind dann jeweils immer noch geringer ausgefallen. Meine Damen und Herren, Herr Waigel ist gescheitert. Er ist zu einem Finanzjongleur verkommen und verrennt sich in Buchungstricks. Das hat mit solider Finanzpolitik überhaupt nichts mehr zu tun. Diese Finanzpolitik ist nicht mehr planbar, sondern nur noch unerträglich geworden.

Diese Einschätzung setzt sich im übrigen auch in der Wirtschaft durch. Selbst dort hat die Bundesregierung durch immer neue Vorschläge in Sachen Steuerreform ihren geringen Kredit restlos verspielt. (D)

In der "Rheinischen Post" von gestern urteilt der Veba-Chef Ulrich Hartmann beispielsweise, daß die jüngste Finanzpolitik dilettantisch gemacht sei und es heute schon absehbar sei, daß die kommenden Steuerschätzungen an der Wirklichkeit weit vorbeigingen. Da kann ich nur sagen: Recht hat der Mann!

Gleichzeitig läuft aber die Bundesregierung von Konferenz zu Konferenz und verkündet, daß das Staatsdefizit aus heutiger Sicht in diesem Jahr 3 % des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten und das Maastricht-Defizitkriterium eingehalten werde. Wie, bitte schön, soll das denn gehen? Was glaubt Herr Waigel denn, wie das gehen kann?

Herrn Waigel glaubt doch schon kein Mensch mehr. Das Vertrauen in die Stabilität nimmt doch Schaden, wenn mit Beliebigkeit einmal die Goldreserven neu bewertet und einmal die Dollarreser-

(Groth [GRÜNE])

- (A) ven angegangen werden sollen, nur weil ansonsten die Defizitgrenze nicht einzuhalten ist. So etwas nenne ich Taschenspielertricks. Wissen Sie, meine Damen und Herren, früher sagten wir beim Monopoly-Spielen: Du hast geschummelt. Heute sagen die Kinder: Du hast gewaigelt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

So nimmt Volkes Stimme auf, was alle wissen. Stabilität und Kontinuität tut trotzdem not. Aus Bonn ist sie jedoch nicht zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte ich mir schon gewünscht, daß wir in NRW eine Kreditierung, also eine Verschiebung der Lasten in das übernächste Jahr, hätten vornehmen können. Das war - so der Finanzminister - wegen der Verfassungsgrenze nicht möglich. Der Finanzminister hat auch gesagt, daß wegen der Nähe zur Verfassungsgrenze bei den Investitionspauschalen und Zweckzuweisungen keine schärferen Einschnitte vorgenommen werden könnten. Deshalb kommt es nur bei den Schlüsselzuweisungen zu einer Anpassung.

- (B) Ich persönlich glaube allerdings, daß es möglich gewesen wäre, die Anpassungen hälftig bei den konsumtiven und den investiven Mitteln vorzunehmen. Das hätte die prekären Verwaltungshaushalte der Städte und Gemeinden, bei denen die größten Probleme liegen, zwar nicht ungeschoren davonkommen lassen, aber doch etwas mehr geschont.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kürzungen im Bereich der Zweckzuweisungen von pauschal 5 % sind aus meiner Sicht deshalb mindestens notwendig und hoffentlich im laufenden Haushalt tatsächlich verkraftbar. Es handelt sich leider nicht um eine echte Entfrachtung, die die Kommunalfinanzen stärken und die Fachinteressen wahren würde, denn es steht ihnen keine Ausgabenposition im Landeshaushalt gegenüber, damit die Finanzierung der Projekte gesichert werden kann.

Auf diese Art und Weise bemühen wir uns in NRW um eine konstruktive Politik, die auch Rücksicht auf Investitionen und Arbeitsplätze nimmt, die auf der kommunalen Ebene gehalten und ausgebaut werden sollen.

Herr Meyer fordert mehr Investitionen; Herr Leifert will sie beschneiden und die Zweckzuweisungen

gen heranziehen. Werden Sie sich erst einmal einig! (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dann können Sie vor Ort konstruktive Landespolitik machen, und dann sind wir auch bereit, mit Ihnen ernsthaft zu beraten und Änderungsanträge anzunehmen. Die Städte und Gemeinden können sich in Bonn bedanken, wenn sie jetzt im laufenden Haushaltsjahr bei laufender Konsolidierung nochmals Kürzungen im Verwaltungshaushalt vornehmen müssen.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Groth, würden Sie eine Frage von Herrn Leifert beantworten?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, gerne.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Leifert, bitte schön!

Albert Leifert (CDU): Herr Groth, ist Ihnen nicht bekannt, daß viele Städte und Gemeinden im Lande überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Zweckzuweisungen abzurufen, weil sie ihren Eigenanteil an der Finanzierung der Projekte überhaupt nicht mehr erbringen können und deshalb Fachminister dieses Landes die Fördersätze erhöhen, damit überhaupt die Eigenanteile erbracht werden können? (D)

(Beifall bei der CDU)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Leifert, ich darf Ihnen darauf antworten, daß mir sehr wohl die prekräre Finanzlage der Kommunen in ihren Verwaltungshaushalten bekannt ist. Ich selber streite dafür, daß für die Kommunen in diesem Lande mehr Schlüsselmasse her muß. Nur, Sie müssen sich doch in diesem Hause einig werden, was Sie eigentlich wollen. Man kann die Mark nur einmal ausgeben. Sie können die Investitionen nicht gleichzeitig ausweiten und streichen.

Werden Sie sich einig, sagen Sie hier klipp und klar, was Sie wollen, und wir werden mit Ihnen darüber diskutieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Groth [GRÜNE])

- (A) Aber mal hü und mal hott, das geht nicht. Sie müssen schon in der Mitte durch, konsequent und mutig handeln und dann auch dazu stehen, wie diese Landesregierung das mit der Unterstützung durch die rot-grüne Koalition hier auch tut.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dazu noch ein Wort, Herr Leifert! Kein Wort von Ihnen, kein Wort vom kommunalpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion zu diesen Fragen bei der Einbringung des Nachtragshaushalts in diesem Hause in der vorletzten Woche. Das sind wir aber aus den letzten Haushaltsberatungen von Ihnen gewohnt. Sie alle erinnern sich sicherlich: bei den Beratungen schweigen und am Ende laut lamentieren! Jetzt, beim Nachtragshaushalt, bin ich ja schon erfreut darüber, daß Sie überhaupt eine Zwischenfrage stellen, daß Sie wenigstens mit uns beraten. Auf eigene Anträge im Bereich Nachtrags-GFG warte ich jedoch bis jetzt vergebens.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Hört, hört!)

Im Ausschuß für Kommunalpolitik waren Sie dazu auch nicht in der Lage. Am Montag im Präsidium des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes war man sich über alle Gruppengrenzen hinweg zwischen CDU, SPD und GRÜNEN einig: Eine Kreditierung und damit Verschiebung der Lasten auf 1999 kommt nicht in Frage. Eine Anpassung der Schlüsselzuweisungen will jetzt aber auch keiner und keine. Da sollte man zumindest erwarten, Kollege Leifert, daß jetzt und hier von Ihnen ein Antrag kommt, daß Sie jetzt und hier einmal sagen, wie es geschehen soll, daß Sie einen konstruktiven Vorschlag machen, wie wir mit diesem Dilemma umgehen sollen, das uns Bonn beschert hat.

- (B) Statt dessen haben Sie keine Meinung und glauben, als Opposition seien Sie aus der Verantwortung heraus.

Sie und alle wissen es: Es gibt keinen Königsweg in dieser Frage. Aber gleichzeitig laufen Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU durchs Land und rufen laut: Das Land klaut den Kommunen das Geld! Meine Damen und Herren von der CDU, machen Sie doch erst einmal Ihre Hausaufgaben hier im Parlament! Dann können wir weiterreden. Stellen Sie vernünftige Anträge, und sagen Sie, wie Sie es besser machen würden.

Dann, erst dann haben Sie meines Erachtens das Recht, vor Ort Kritik an der Anpassung der Schlüsselzuweisungen zu üben. Sie aber machen

eine Oppositionspolitik - das schreiben Sie sich ins Stammbuch! -, wie sie unverantwortlicher und populistischer nicht vorstellbar ist! (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber täuschen Sie sich nicht: Im Land wird gut beobachtet, im Land wird aufmerksam registriert, wer den Schneid hat, laut zu sagen, was wahr ist und was richtig ist und was getan werden muß. Das wird sehr wohl beobachtet, und es wird auch beobachtet, wer nur lamentiert, aber die Alternativen nicht aufzeigt - und das sind Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion!

Nochmals - damit komme ich dann zum Schluß -: Die Änderungen, die jetzt mit dem Nachtrag vorgenommen werden müssen, sind keine Kürzungen des Landes bei den Kommunen, auch nicht, wenn Sie das so darstellen wollen. Es ist eine schmerzhafteste Anpassung an das, was aufgrund der Bundespolitik jetzt noch in unseren Kassen landet. Da beißt die Maus keinen Faden ab! - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Groth. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Kniola das Wort. (D)

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte über diese Veränderungen im Gemeindefinanzgesetz könnten wir unter die Überschrift stellen: "Der Schleußer hat's gegeben, der Waigel hat's genommen."

(Lachen bei der CDU)

Das wäre eigentlich exakt die Beschreibung des Zustandes, um den es hier geht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist nämlich eindeutig so, daß nicht etwa der Verbundsatz angegriffen wird, sondern daß wir gezwungen sind, aufgrund der Veränderung der Ausgangsdaten bei der Steuerschätzung Anpassungen vorzunehmen.

Herr Kollege Leifert, Ihnen ist dieser Vorgang selbstverständlich bewußt. Deswegen - Herr Kollege Groth hat das ja schon beschrieben - sind Sie in den Antworten, die Sie geben, so seltsam unschlüssig gewesen. Es war überhaupt nicht zu erkennen, wie Sie als CDU denn auf diese Ver-

(Minister Kniola)

- (A) änderung, die ja eine objektive Tatsache ist, reagieren würden.

(Albert Leifert [CDU]: Habe ich doch gesagt!)

- Nein, ich habe sehr wohl zugehört, Herr Kollege Leifert! Sie haben zunächst einmal die Abrechnung angesprochen. Dazu ist sehr deutlich hier auch von Herrn Kollegen Groth darauf hingewiesen worden - das kann ich nicht nur für den Städte- und Gemeindebund, sondern das kann ich für alle kommunalen Spitzenverbände einstimmig sagen -: Die Auffassung, dies zu kreditieren und auf die Abrechnung in zwei Jahren zu verschieben, hat auf der kommunalen Seite nun wirklich niemand vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund der Tatsache, daß wahrscheinlich die Schätzungen nach wie vor zu hoch sind und das Ist-Ergebnis wahrscheinlich - das ist leider die Erfahrung der letzten Jahre - dazu zwingen wird, daß es wieder einen negativen Abrechnungsbetrag gibt, will keiner, daß auf einen solchen negativen Abrechnungsbetrag noch weitere kreditierte Beträge aufgeschlagen werden und damit in bestimmten Jahren zu einer überproportionalen Belastung der kommunalen Seite führen würden.

- (B) Das können wir also ganz klar sagen: Kommunal ist nicht das gewünscht, was Ihr erster Vorschlag war.

Der zweite Vorschlag betrifft die Diskussion über das Verhältnis von Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen. Herr Kollege Leifert, es wäre wenigstens fair gewesen, wenn Sie anerkannt hätten, daß wir bei diesem Vorschlag, den die Landesregierung für die Veränderung des GFG gemacht hat, einen deutlich größeren Einschnitt, nämlich in Höhe von 5 Prozent, bei den Zweckzuweisungen vorgenommen haben und eben nur 1,9 Prozent bei den Schlüsselzuweisungen. Wir haben also klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß auch aus unserer Sicht Schlüsselzuweisungen ein ganz wichtiges, ein wertvolles Gut sind.

Hierzu muß man dann doch auch aufgrund Ihrer Bemerkung etwas sagen. Herr Kollege Leifert, ich kenne von den Kolleginnen und Kollegen der CDU hier im Landtag, die in den einzelnen Ausschüssen sind - ob das der Städtebauausschuß, der Schulausschuß, der Umweltausschuß ist -, keinen fachlichen Antrag, der besagt: Wir wollen auf

diese Programme verzichten. Es gibt keinen Kürzungsantrag! Es sind immer nur die Kommunalpolitiker, insbesondere Sie, die sagen: Wir wollen hier Einschnitte vornehmen.

Ich muß Sie auch fragen, woher Sie die Information haben, daß Gemeinden ihnen zugeteilte Bewilligungen nicht ausfüllen können, weil sie keine entsprechende Komplementärfinanzierung vornehmen können. Das Gegenteil ist der Fall! Ich könnte Ihnen reihenweise Beispiele dafür liefern, daß Gemeinden in die kommunale Vorfinanzierung von Projekten aus dem Bereich des Städtebaus oder aus anderen Bereichen eingetreten sind, weil sie erklären: Uns ist das Projekt, ist die Maßnahme kommunal so wichtig, daß wir bereit sind, sogar Zins- und Tilgungslasten auf uns zu nehmen, weil wir eine solche Maßnahmen finanzieren wollen.

Ich kenne die Rückgabe von Bewilligungen, weil sie komplementär nicht finanziert werden können, nicht. Ich sage das klar und deutlich, und Sie können auch nicht den Beweis des Gegenteils antreten.

Ihre Behauptung, daß es wegen dieser kommunalen Finanznöte eine Verringerung der Komplementärmittel der Gemeinden durch Beschlußfassung der Landesregierung oder des Landtags gegeben hätte, entbehrt jeglicher Grundlage. Das muß ich ganz klar und deutlich sagen. Was wir erlebt haben, ist das exakte Gegenteil. Es sind in einer Reihe von Fachbereichen die Landesanteile bei den Zweckzuweisungen deutlich zu Lasten der Gemeinden gesenkt worden. Das wird beklagt. Sie behaupten hier etwas, was wirklich genau das Gegenteil von dem ist, was der Wirklichkeit entspricht.

Herr Kollege Groth, ich will gerne auf Ihren Wunsch eingehen. Sie haben gesagt, Ihnen wäre es lieb gewesen, wenn man mit 50 % in den investiven Bereich und mit 50 % in den Bereich der Schlüsselzuweisungen hineingegangen wäre. Angesichts des Standes der Vorbelastung auch im Bereich der Zweckzuweisungsmittel hätte es nur die Alternative zwischen Schlüsselzuweisungen und IVP gegeben. Das muß man fairerweise so aussprechen. Vor diese Alternative gestellt, mußte ich mich auch angesichts der Diskussion, die wir hier unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten führen, klar und deutlich für eine Stärkung der kommunalen Investitionskraft entscheiden. Denn das ist das, was wir brauchen: Investitionen auch in den Kommunen um der Arbeitsplätze willen. Ich glaubte, daß vor diesem Hinter-

(C)

(D)

(Minister Kniola)

- (A) grund diese außergewöhnliche Operation - Kürzung der Schlüsselzuweisungen - zu verantworten sei.

Herr Kollege Leifert, Sie argumentieren immer damit, man hätte diese Kürzung der Schlüsselzuweisungen vermeiden können, wenn man die Sparkasse des § 16, die Bedarfszuweisungen, die Sondertöpfe, wie Sie es genannt haben, aufgelöst hätte. Sie wissen, daß wir jedes Jahr den Ausschuß ganz fair darüber informieren, welche Mittel dort vorhanden sind. Sie haben aus der letzten Aufstellung gesehen, daß dort noch eine freie Spitze von 11,4 Millionen DM vorhanden ist, die noch nicht gebunden ist. Dazu - ich rechne das weiter - könnte man weitere 10 Millionen DM rechnen, die wir für kommunale Gutachten und für außergewöhnliche Belastungssituationen - zum Beispiel für Bluter unter den Asylbewerbern oder Bürgerkriegsflüchtlingen - vorgesehen haben.

Man könnte auch - Herr Kollege Leifert, ich gestehe Ihnen das zu - auch die 40 Millionen DM hinzurechnen, die für den Bereich von Schulerneuerungsprojekten und für Projekte der kommunalen Energieeinsparung vorgesehen sind. Ich gestehe Ihnen zu, daß man diese Rechnung aufmachen könnte.

- (B) Ich muß auch sagen, daß für diesen Bereich - gerade für diese 40 Millionen DM - mir wie auch vielen anderen Kollegen des Landtages eine Fülle von Zuschriften vorliegen, in denen die Kommunen sagen: Nun kommt doch endlich mit diesem Geld voran, denn wir möchten Projekte in diesem Sektor realisieren. - Also man könnte eine solche Rechnung aufmachen.

Aber, Herr Kollege Leifert, wenn ich alle diese Posten, die verfügbar sind, addiere, kommt am Ende kein Betrag heraus, der es ermöglichen würde, den Zugriff ---

(Zuruf von der CDU)

- Nein! Ich habe gerade addiert: 61,4 Millionen DM. 61,4 Millionen sind nicht 50 % von 207,9 Millionen. Da haben Sie beim Rechenunterricht gefehlt, wenn das Ihre Aussage ist.

Ich muß also klar und deutlich sagen: Beim Zugriff auf die Schlüsselzuweisungen debattieren wir in Wirklichkeit nur noch über die Höhe. Das ist der Kern unserer Auseinandersetzung. Darüber könnte man trefflich streiten. Aber diesen Streit beginnen Sie erst gar nicht, weil Sie in Wirklich-

keit ohne Antwort sind, wie ich das eingangs gesagt habe. (C)

Lassen Sie mich zum Schluß, Herr Präsident, nur noch einen Punkt ansprechen, nämlich die Veränderung, die wir im § 16 vorgenommen haben, die Finanzierung von modellhaften Projekten zur vorzeitigen Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen. Hier will ich auf das hinweisen, was Kollege Wirtz schon angedeutet hat. Das Ganze ist ja Ergebnis eines sehr komplizierten Verhandlungsprozesses zwischen Bundesrat, Bundesregierung und Mehrheit des Deutschen Bundestages. Sie alle wissen, daß Bundesregierung und Bundestag einen zentralen Angriff auf die kommunalen Finanzen gestartet hatten, indem sie nämlich eine dramatische Kürzung bei der Arbeitslosenhilfe zu Lasten der kommunalen Sozialleistungen vorhaben. Am Ende dieses Prozesses stand die aus kommunaler Sicht spannende Aussage: Weil wir auf diesen Angriff auf die kommunale Finanzseite verzichtet haben, verpflichten wir jetzt euch Kommunen, daß ihr im Bereich der Bürgerkriegsflüchtlinge etwas leistet, was eigentlich unstrittig staatliche Aufgabe ist. Das ist die perfide Argumentation gewesen. Ich kann nur sagen: Es ist eine Argumentation, der wir uns zu stellen haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Ich bin froh, daß wir eine solche Möglichkeit eröffnet haben. Es ist ausdrücklich eine Möglichkeit, die sich an Kommunen wendet. Ich hoffe sehr, daß solche modellhaften Projekte tatsächlich zustande kommen und daß wir mit Hilfe von solchen kommunalen modellhaften Projekten auch wirklich ein Stückchen Humanität in dieses Schicksal von Bürgerkriegsflüchtlingen hineinbringen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, so daß die Beratung geschlossen werden kann. Ich schließe also die **Beratung**.

Wir haben **abzustimmen**, zunächst über vier Änderungsanträge der Fraktion der CDU.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2187** zum Einzelplan 08 mit dem Stichwort "Beteiligungskapitalfonds Nordrhein-Westfalens" abstimmen. Wer dem Än-

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) derungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalition **abgelehnt** worden.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2188** zum Einzelplan 20 auf; Thema "Veräußerung der Landesbeteiligungen an Flughäfen". Hier hat die CDU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt.

Ich rufe zur **namentlichen Abstimmung** auf und bitte die Schriftführer, tätig zu werden.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, damit ist die Wahl abgeschlossen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Ich darf Ihnen das **Ergebnis** der Abstimmung^{*)} mitteilen. Für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU stimmten 88 Abgeordnete,^{**)} gegen den Antrag stimmten 114 Abgeordnete. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2188 abgelehnt**.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich rufe den nächsten **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU auf, **Drucksache 12/2189** - Einzelplan 20, Thema: "Veräußerungsvorschlag der Landesbeteiligungen an Flughäfen". Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2189 abgelehnt** worden.

Ich komme zum vierten **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 12/2190** zum Haushaltsgesetz, Stichwort: "Erwirtschaftung globaler Minderausgaben". Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dieser Änderungsantrag der CDU-Fraktion **Drucksache 12/2190 abgelehnt** worden.

Ich komme zweitens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2130**, den Gesetzentwurf unverändert

- anzunehmen. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die **Beschlußempfehlung** mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**. Der **Gesetzentwurf** ist in zweiter Lesung damit auch **angenommen** worden.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion hat die **Rücküberweisung des Gesetzentwurfes** an den Haushalts- und Finanzausschuß beantragt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig so **angenommen**. Der Gesetzentwurf ist an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen worden. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfes findet in der Sitzung am kommenden Freitag statt.

Ich rufe auf:

- 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen (Universitätsgesetz - UG) und des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz - FHG)** (D)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/1708

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wissenschaft und
Forschung
Drucksache 12/2167

zweite Lesung

Ich habe auch auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2193** hinzuweisen. Die Abstimmung über diesen Entschließungsantrag erfolgt nach der Schlußabstimmung in dritter Lesung in der Plenarsitzung am kommenden Freitag.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kessel für die Fraktion der SPD das Wort.

^{*)} siehe Anlage

^{**)} Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) war nach eigener Bekundung während der namentlichen Abstimmung nicht im Planarsaal anwesend